Nr. 12.

25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 15. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Wie wirbt man Wahlrechtskämpfer?

Parteigenossen! Der Wahlrechtskampf macht es allen Genossen zur Pflicht, kein Mittel der Agitation ungenutzt zu lassen!

Die **Reaktion und die mit ihr verfippten Parteien**, Konservative, Nationalliberale, Freisinnige und Zentrum, verfügen über ungemessene Mittel der Agitation und Organisation. Ein ungeheurer Apparat von Vereinen aller Art steht ihnen zur Bekämpfung der Volksaufklärung zur Verfügung. Kriegervereine, der Flottenverein, der Reichsverband, gelbe und blaue Gewerkschaften — alles dient den Herrschenden und Privilegierten zur **Niederhaltung der Wahrheit und Volksbelehrung!**

Ein ungeheures Machtmittel der offenen oder geheimen Wahlrechtsfeinde ist auch die Presse. **Viele Tausende bürgerlicher Zeitungen** entstellen tagtäglich im Interesse der Klassenherrschaft systematisch die Wahrheit. In vielen Millionen Zeitungsexemplaren wird tagtäglich der **Wahlrechtskampf des Proletariats entstellt, verspottet, begeifert!**

Die Wahrheit vermag sich durch diesen Wall des Truges und der Verleumdung nur mühsam Bahn zu brechen!

Da ist es die **Aufgabe jedes denkenden, wirklich klassenbewußten Sozialdemokraten**, wenigstens die vorhandenen Machtmittel des Proletariats so zu handhaben, wie das die Situation erheischt!

Eine unserer wuchtigsten Waffen ist die **Parteipresse**. Sie führt täglich nachdrücklich den Kampf gegen die gegnerische Unwahrhaftigkeit. Sie bietet täglich reiches Material zur **Entlarvung aller Wahlrechtsgegner!**

Aber da diese Presse nur in die Hände der Parteigenossen kommt, ist sie unwirksam wider die Verleumdungen der Gegner, sofern diese die **unaufgeklärten** Massen zu täuschen suchen. Die sozialdemokratische Presse muß deshalb auch den **weitesten Kreisen der Indifferenten** zugänglich gemacht werden!

Das ist aber einfach dadurch zu erreichen, daß man die gelesenen Nummern nicht wegwirft, sondern sie **weitergibt!** Dazu bietet sich für jeden Abonnenten der Parteipresse reichlichste Gelegenheit!

Gerade in Zeiten der politischen Erregung wird auch der indifferente Klassengenosse ihm angebotene Lektüre nicht ausschlagen. Er wird begierig auch die andere Seite hören wollen. Er wird so allmählich politisch interessiert, aufgeklärt und vielfach **selbst Abonnent** der Parteipresse werden!

Benützen die Parteigenossen die **Parteipresse** — daneben auch die **Gewerkschaftspresse!** — als Werbemittel, so wird sich diese Art der Flugblattagitation, die nichts kostet als einige agitatorische Werbetätigkeit, von **äußerster Wirksamkeit** erweisen!

Unzählige Millionen solcher Aufklärungsblätter können in die indifferenten, aufklärungsbedürftigen Massen der Rechtlosen geworfen werden! Und sie werden ihre Früchte tragen!

Darum, Parteigenossen, bedient Euch allesamt mit Eifer dieses Aufklärungsmittels!

Werbt täglich neue Wahlrechtskämpfer!

Die wichtigste Aufgabe!

Das Volk der Rechtlosen kämpft in Preußen um sein Wahlrecht! Es verlangt Beseitigung der Dreiklassenschmach, allgemeines und gleiches Wahlrecht, geheime Abstimmung. Die Reaktion verweigert dem Volke sein Recht. Fürst Bülow erklärte, daß die nächsten Wahlen abermals nach dem elendesten aller Wahlsysteme stattfinden würden. Aber auch später denke die Regierung gar nicht daran, das Reichstagswahlrecht für Preußen einzuführen. Nicht einmal die öffentliche Abstimmung werde preisgegeben werden!

So setzt die Reaktion dem Schrei des Volkes nach gleichem Rechte dreisten Trutz entgegen. Und die Parteien, die sich als angebliche Anhänger des allgemeinen und gleichen Rechts aufspielen, Freisinn und Zentrum, ermöglichen durch **schamloses Gaukelspiel** die reaktionäre Trutzpolitik!

Wie war es am letzten Freitag bei der Wahlrechtsdebatte **im preußischen Junkerregiment?** Der Freisinn hatte sich **endlich bereit gefunden, jene Anträge, die er im vorigen** Jahre feig zurückgezogen, um ja nicht das Treiben der Reaktion und ihr Werkzeug, den Block, zu gefährden, zur Beratung zu bringen. Der Freisinn forderte 1. die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen, 2. eine Neueinteilung der Wahlkreise.

Und nun spielte sich die **jämmerlichste und frechste Komödie** ab, durch die je in einem Privilegiertenparlament die Entrechteten geäfft wurden.

Angeblich — das verkündete ja seit Jahresfrist marktschreierisch die freisinnige Presse — war der Block geschlossen worden, um die Politik liberaler zu gestalten! Der Block sollte ja das angebliche Vehikel des demokratischen und kulturellen Fortschritts sein — so war das tausendmal in der liberalen Presse zu lesen gewesen!

Und was tat der Block?

Er klaffte jäh auseinander, um in dem klaffenden Schlunde die freisinnigen Anträge zu begraben! Nachdem aber die konservativen und nationalliberalen (!) Blockgenossen die Wahlrechtsanträge begraben hatten, erklärte der Freisinn nicht etwa die Blockgemeinschaft für aufgehoben, sondern er gelobte der agrarischen, wahlrechtsfeindlichen Reaktion feierlich neue „unentwegte" Treue!

Gegen den Antrag auf Einführung des **Reichstagswahlrechtes** stimmten Konservative und Nationalliberale; **gegen die Neueinteilung der Wahlkreise** Konservative und Zentrum!

So war alles glatt abgelehnt!

Die offenen Wahlrechtsfeinde **triumphierten, und die Wahrechtskomödianten** vom Freisinn und Zentrum rieben sich schmunzelnd die Hände, daß das Possenspiel mit vertauschten Rollen so wunderhübsch geklappt hatte und das Volk so schnöde geprellt war!

Die Freisinnsschande übersteigt alle Begriffe; aber auch das **Verhalten des Zentrums ist über alle Maßen schmachvoll!**

Das Zentrum hat die ganze Zeit über seinen proletarischen und mittelständlerischen Wählern vorgespiegelt, es sei für das Reichstagswahlrecht! Und nun wird es sicherlich im Lande noch damit herumrenommieren, daß die Zentrumsfraktion am Freitag auch für den ersten Teil des freisinnigen Antrages gestimmt habe! Diesen Scherz konnte sich das Zentrum eben deshalb leisten, weil es wußte, daß der Antrag auch ohne Hülfe eines Zentrumsteils von Konservativen und Nationalliberalen **niedergestimmt** werden würde! Komödie, nichts als Komödie!

Zudem hatte der Freisinn nicht einmal eine **namentliche Abstimmung** beantragt! Offenbar, um die ganze Komödie dieses Volksbetruges so leicht wie möglich zu machen!

Denn wäre die Abstimmung eine **namentliche** gewesen, so hätte das Volk wenigstens feststellen können, wer von dem Zentrum die Sitzung **geschwänzt** hatte! War doch das Haus überaus schwach besetzt, kaum 200 Abgeordnete von den 433 waren zugegen!

Wieviel Zentrumsabgeordnete sich **geflissentlich** der Abstimmung ferngehalten haben, ist leider nicht festzustellen. Es ist freilich ja auch ohnehin bekannt, daß eine ganze Anzahl preußischer Zentrumsabgeordneter **Gegner** des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Preußen sind! Hatte sich doch eine ganze Anzahl Zentrumsabgeordneter — nicht weniger als **17!** — **geweigert**, im Januar des vorigen Jahres den damals von der Zentrumsfraktion eingebrachten Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts zu unterzeichnen! Und die Zentrumsabgeordneten Graf **Spee**, Graf **Strachwitz** erklärten namens ihrer Gesinnungsgenossen ganz unverhohlen in der Presse, daß die Herren Ballestrem, Pingen, Rintelen, Praschma, Arenberg, Stromberg, um nur die bekannteren namentlich aufzuführen, vom allgemeinen und gleichen Wahlrecht für Preußen **eben nichts wissen wollten!**

Daß es aber nicht nur diesen Siebzehn, sondern **der Zentrumsfraktion überhaupt** im Grunde gar nicht darum zu tun war, das Reichstagswahlrecht für Preußen einzuführen, daß vielmehr ihre Abstimmung nur **Spiegelfechterei** war, bewies die Abstimmung der Zentrumsfraktion über den zweiten Teil des freisinnigen Antrages, der die **Neueinteilung der Wahlkreise** forderte! Die heutige Wahlkreiseinteilung ist ein **wahrer Hohn** auf das Prinzip des allgemeinen und gleichen Wahlrechts! Sie stammt aus dem Jahre **1860**. Die Verschiebung in der Bevölkerungsziffer der Wahlkreise, die Massenanhäufung der Arbeiter und Kleingewerbetreibenden in Industriebezirken und Großstädten, haben diese Einteilung zum **schreiendsten Unrecht**, zur **doppelten Entrechtung der Nichtbesitzenden** gemacht!

Die Rechtlosigkeit der 85 Proz. der Wähler, die in der dritten Klasse wählen, wird noch skandalöser dadurch, daß nach der längst veralteten Wahlkreiseinteilung in einem ländlichen Wahlkreise auf 38 900 Einwohner ein Abgeordneter entfällt, in einem anderen Bezirke erst auf mehr als 300 000!

Dies skandalöse Doppelunrecht hätte wenigstens das Zentrum beseitigen können! Aber das Zentrum, das mit wohlfeilen Lugworten für das allgemeine und gleiche Wahlrecht eintritt, stimmte **gegen** den freisinnigen Antrag auf Neueinteilung der Wahlkreise!

Da, wo es wenigstens einen Teil der preußischen Wahlrechtsschmach beseitigen, das himmelschreiende Unrecht mildern konnte, schlug es sich **auf die Seite der Junker**, wodurch auch dieser Teil des Antrages **abgelehnt** wurde!

So sieht das „wahlreformfreundliche" Zentrum aus!

Dies **unerhört dreiste Gaukelspiel** gilt es den entrechteten, von ihrer eigenen Fraktion geprellten **Zentrumsarbeitern**, allen Entrechteten des Zentrums klarzumachen!

Die geistige Zwingburg, die eine jesuitische Kaplanokratie aufgerichtet hat, muß erstürmt werden!

Den schwarzen Heuchlern muß die Maske vom Gesicht gerissen werden!

Ueberall, wo die sozialdemokratische Aufklärung an die Zentrumsmassen herankommen kann, muß eine **Aufklärungsarbeit**, eine **rastlose Agitation einsetzen!**

Das klassenbewußte Proletariat hat den unerschütterlichen Willen bekundet, sich in Preußen das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu erringen. Die bürgerlichen Parteien haben darauf mit einer parlamentarischen Posse geantwortet!

Das klassenbewußte Proletariat hat in ganz Preußen gewaltige Demonstrationen veranstaltet. Die Regierung hat darauf — **ohne daß ein freisinniger oder Zentrumsabgeordneter dagegen protestiert hätte!** — mit den „äußersten Mitteln", also mit „spanischer Wichse" und „blauen Bohnen" einschreiten zu wollen erklärt!

Darauf hat nun wieder das Proletariat zu antworten! Und wodurch? Durch die **unermüdlichste Aufklärungsarbeit unter den Entrechteten!** Die preußischen Heloten, die noch im Banne des Zentrums und des Freisinns stehen, müssen **die Wahrheit erfahren!** Sie müssen aufgerüttelt, dem **Wahlrechtsaufgebot der Rechtlosen eingereiht** werden!

Die **Mehrheit des Volkes** muß auf die Schanzen gerufen werden!

Da **muß jeder mittun! Kein einziger darf sich** der Agitation entziehen! Denn schwer, mühevoll, opferreich ist der Kampf!

Am 12. Januar erbrauste der Massengesang der Hunderttausende:

> Der Feind, den wir am tiefsten hassen,
> Der uns umlagert schwarz und dicht,
> Das ist der Unverstand der Massen,
> Den nur des Geistes Schwert durchbricht!
> Ist erst dies Bollwerk überstiegen,
> Wer will uns dann noch widersteh'n?
> Dann werden bald auf allen Höh'n
> Der wahren Freiheit Banner fliegen!

Auf ihr Hunderttausende, ihr Millionen! **Laßt das stolze Wort zur stolzen Tat werden!**

Volksverdummung, Volksausbeutung und Volksknebelung.

Diese drei Worte, in die sich die Tätigkeit des preußischen Junkerparlaments zusammenfassen läßt, spielten in dem bisherigen Verlauf der Etatsberatung des Abgeordnetenhauses eine große Rolle. Zwar spricht kein Mensch im Hause davon, aber was bedeutet es anderes als die Verdummung des Volkes, wenn auch in der neuen Aera von fast allen Parteien und von der Regierung das Zusammenarbeiten von Schule und Kirche, die Mitwirkung der Kirche an der Bildung der Jugend gepredigt wird? Was bedeutet es anderes als die Volksausbeutung, wenn die preußischen Junker und ihr Abgott, der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben, für neue indirekte Steuern Propaganda machen? Was bedeutet es anders als Volksknebelung, wenn man dem Volke nicht nur sein höchstes Recht vorenthält, sondern ihm, sobald er von seinen gesetzlichen Befugnissen Gebrauch macht, gewaltsam gegenüberzutreten droht?

Die Straßendemonstrationen am Sonntag haben es den preußischen „Volksvertretern" angetan. Unter den 433 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses ist auch nicht ein einziger, der den Sinn der Demonstrationen begriffen hat, nicht ein einziger, der Verständnis dafür zeigt, daß die Masse das Bedürfnis fühlt, auf die dreiste Herausforderung der Regierung endlich einmal eine schärfere Antwort zu erteilen. Selbst die angeblichen Freunde des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts, die Herren vom Zentrum und vom Freisinn, fühlen sich genötigt, ihre allerhöchste Mißbilligung über die Demonstrationen auszusprechen, durch die angeblich die Reform des Wahlrechts wesentlich erschwert wird. Als ob die Regierung dem Volke freiwillig ein Zugeständnis machte! Nein, wenn das Volk das gleiche Wahlrecht in Preußen erringen will, dann darf es nicht untätig beiseite stehen und abwarten, bis es vielleicht dem Freisinn einmal gefällt, die politische Situation zugunsten der Gesamtheit auszunutzen; dann muß es vielmehr selbst Hand ans Werk legen. Ob wir unseren Gegnern damit einen Gefallen tun, das kann uns gleichgültig sein.

So ganz fruchtlos, wie es die Bourgeoisie hinstellt, sind die Straßendemonstrationen denn doch nicht. Mag Herr Wiemer sie immerhin als töricht bezeichnen, das eine steht fest, daß ohne die von der Sozialdemokratie inszenierte Bewegung, die sich in gleicher Weise gegen die offenen Gegner des allgemeinen Wahlrechts richtet wie gegen seine pflaumenweichen Befürworter, der Redner der Freisinnigen Volkspartei, Dr. Wiemer, am Dienstag der Regierung nicht so scharf gegenübergetreten wäre. Zwar messen wir

seinen hochtönenden Phrasen keine allzugroße Bedeutung bei, aber ein Symptom ist es doch, daß er im Gegensatz zu Fischbeck von einer Brüskierung seiner Freunde sprach und namens der freisinnigen Fraktionen des Abgeordnetenhauses und des Reichstages feierlichst erklärte, daß die Antwort der Regierung „völlig unzureichend" sei. Viel ist das ja nicht, aber es ist doch immerhin keine Vertrauenserklärung, wie sie Herr Fischbeck voller Devotion am Freitag der Regierung erteilt hat.

Geradezu groteskkomisch wirkte Herr Wiemer, als er mit Pathos die Angriffe schilderte, denen sein Freund Kopsch am Sonntag ausgesetzt war. Der arme Kopsch! Demonstranten hatten sich vor seinem Hause eingefunden. Ganz erstaunt, war er der Meinung, man wolle ihm ob seines energischen Eintretens für den Bülow-Block eine Ovation darbringen — und plötzlich wurde er gewahr, daß es sozialdemokratische Demonstranten waren. Was ist diesen Leuten noch heilig, wenn sie nicht einmal vor der Majestät einer Kapazität wie Kopsch Halt machen!

Der zweite Punkt, der aus den Etatsdebatten hervorgehoben zu werden verdient, betrifft das Volksschulwesen. Herr Studt ist gegangen, aber sein Geist lebt in der Dunkelkammer des Dreiklassenparlaments fort. Der neue Minister Holle, der seine Erbschaft angetreten hat, ist genau so wie er der Ueberzeugung, daß die Schule nicht von der Kirche getrennt werden darf und daß die fachmännische Schulaufsicht für Preußen nicht angängig ist. Er steht auf dem Boden der geistlichen Schulaufsicht, nur soll sie nicht mehr im Nebenamt, sondern im Hauptamt ausgeübt werden. Unter diesen Umständen hätte Studt ruhig im Amt bleiben können.

Was schließlich die in der Debatte berührten Steuerfragen betrifft, so erhoben die Konservativen, Freikonservativen und das Zentrum entschieden Einspruch gegen den Gedanken der Einführung direkter Reichssteuern, und Herr v. Rheinbaben pflichtete ihnen bei und empfahl warm neue Steuern auf Tabak und Branntwein. Rund heraus erklärte er, daß das deutsche Volk im Vergleich zu anderen Staaten noch lange nicht genug indirekte Steuern zahle.

Im übrigen drehte sich die Debatte hauptsächlich um etatstechnische Einzelheiten, nur ab und zu wurde eine Frage von allgemeinem Interesse gestreift. So erfuhr man, daß die Berufung des Herrn v. Stubenrauch auf den Posten des Berliner Polizeipräsidenten nicht etwa mit dem Harden-Prozeß zusammenhänge, daß der neue Polizeipräsident ein gutes Einvernehmen zwischen Berlin und seinen Vororten herstellen wolle und daß die Idee einer Spreepräfektur aufgegeben sei. Auch die Polen trugen ihre Leiden vor, ohne indessen auf das Haus und die Regierung Eindruck zu machen. Für die Leiden der Unterdrückten hat diese Gesellschaft kein Empfinden.

Der Block gesprengt?

Das führende Organ der schwäbischen Demokratie, der Stuttgarter „Beobachter", bringt einen durch auffallende Schrift wie durch Inhalt und Ton als parteioffiziell gekennzeichneten Artikel über „Die neue Krisis". Verfasser ist dem eigenartigen Stil nach der Reichstagsabgeordnete Konrad Haußmann. Es wird zunächst mitgeteilt, daß die Sitzung der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft am letzten Sonnabend, in der die bekannte Antwort auf Bülows Erklärung zur preußischen Wahlrechtsfrage beschlossen wurde, auf Antrag des Abgeordneten Konrad Haußmann einberufen worden ist. An der Fraktionssitzung haben sämtliche württembergischen Abgeordneten teilgenommen. Die Erklärung der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft wird dann folgendermaßen kommentiert:

„Der Reichstagsabgeordnete Payer hat am 6. Januar den 10. Januar als einen „kritischen Tag erster Ordnung" im voraus erklärt. Die Fraktionsgemeinschaft hat diese Auffassung dadurch zu der ihrigen gemacht, daß sie die ministerielle Erklärung für „völlig unzureichend" einstimmig erklärt und die Aufnahme der Agitation im Lande beschlossen hat, unter Zustimmung der preußischen freisinnigen Abgeordneten.

Indem die Fraktionsgemeinschaft einmütig und vor der Oeffentlichkeit konstatiert, daß Fürst Bülow an dem ersten kritischen Tage versagt hat, würdigt sie die eingetretene Verschiebung der ganzen politischen Lage. Diese Verschiebung erstreckt sich natürlich nicht bloß auf das Abgeordnetenhaus. Fürst Bülows politische Persönlichkeit kann nur als Einheit beurteilt werden. Diese Persönlichkeit besitzt, wie sich am 10. Januar erwiesen hat, nicht die Kraft oder nicht die Lust oder nicht den Mut, sich dem konservativen Kommando zu entziehen. Diese Schwäche ist indelebel. Darum ist die politische Selbständigkeit des Kanzlers kein Faktor der politischen Rechnung mehr. Der Kredit ist ihm am vorigen Freitag abhanden gekommen. Das politische Vertrauen zu dem Kanzler kann, soweit es sich um die freisinnige Fraktionsgemeinschaft handelt, als ausgeschaltet angesehen werden. Das wird die Zukunft mit Sicherheit lehren, und Fürst Bülow selbst hat seine Reichspolitik für abhängig von der Unterstützung der Linksliberalen ausdrücklich erklärt. Daraus folgt alles Uebrige von selbst.

Fragt man aber in künftigen Tagen, in denen die Aera Bülow Geschichte geworden sein wird, nach dem Grund der politischen Verworrenheit, die er seinem Nachfolger hinterlassen haben wird, so wird die Antwort lauten:

Dem vierten Kanzler fehlte der Blick für die geistigen Zusammenhänge; er war so arglos, zu glauben, daß er im Reich mit den von ihm erweckten liberalen Erwartungen segeln und im preußischen Fahrwasser reaktionär steuern könne. Er hat aus der Personalunion zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Ministerpräsidenten die Konsequenzen nicht zu ziehen verstanden, und er hat die politischen Pflichten nicht erfüllt, die er durch die Richtung seiner im Dezember 1907 inaugurierten neuen Politik übernommen hatte.

Er hatte sich und die Reichsgewalt als Vermittler zwischen rechts und links angeboten, und er hatte noch im Dezember 1907 die Mittellinie zwischen Bismarck und Uhland ziehen zu wollen erklärt. Er hat in der eminent politischen Frage des preußischen Wahlrechts seine Mittlerrolle öffentlich preisgegeben und es unter dem Beifall der preußischen Feudalität sogar abgelehnt, auch nur für die Aufhebung der öffentlichen Stimmabgabe einzutreten. Weniger konnte er für den Liberalismus nicht tun. Nicht einmal den schlimmsten Verstoß gegen die guten Sitten, die Zulassung der Wählerknechtung im Wahlraum, hat er aufzuheben sich entschlossen. Er hat damit proklamiert, daß er Preußen nicht einmal auf das Niveau des sächsischen Wahlrechts bringen wolle, das geheime Abstimmung hat. Die Wirkungen dieser blinden Politik auf das politische Leben sind einschneidend gewesen. Preußen hat unter der Leitung des Fürsten Bülow einen historischen Moment und eine politische Konstellation verpaßt.

So wird das Urteil der politischen Geschichte lauten. Die Parteigeschichte aber wird registrieren: **Fürst Bülow hat den Block eigenhändig gesprengt, als er den Grundgedanken seiner Blockpolitik verleugnet hat.**

Die Linke aber, die ihren guten Willen zur positiven Mitarbeit bewiesen hat, hat das wichtige Recht, sich vor jeder Steuer- oder Gesetzesbewilligung auf das Mißtrauen zurückzuziehen, das ihr Fürst Bülow zur Pflicht gemacht hat."

So die offizielle Erklärung der württembergischen Demokratie, die der Form nach zugleich eine Kundgebung der gesamten linksliberalen Fraktionsgemeinschaft sein könnte, wenn nicht die Tatsachen etwas anderes lehrten. Was die anscheinend so kräftige unzweideutige Absage an den Fürsten Bülow und seinen Block auch nur für die schwäbische Demokratie in Wirklichkeit bedeutet, muß erst durch Taten dargetan werden. Wir glauben nicht eher an die starken Worte der Blockdemokraten, bis sie durch die Tat ihre Worte wahrnehmen und öffentlich ihr Verhältnis zum Block kündigen.

Militäretat und Dienstzeit in der Budgetkommission.

(14. Januar.)

Die Sitzung beginnt mit der Beratung des Militäretats. Es liegen dazu folgende Resolutionen vor:

Von der **sozialdemokratischen Fraktion:** der Reichstag wolle beschließen:

1. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldigst einen Entwurf über die Reform des Militärstrafrechts vorzulegen.

2. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, nachdrücklichst dahin zu wirken, daß die gesetzlich garantierte Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Militärgerichte nicht illusorisch gemacht wird.

Vom **Zentrum:** Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit dem nächstjährigen Reichshaushalt eine Denkschrift über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie vorzulegen.

Zur Frage der Dienstzeit wird von den **Sozialdemokraten** beantragt:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit dem Reichshaushaltetat für 1909 eine Vorlage über **Einführung der einjährigen Dienstzeit bei allen Truppenteilen** an den Reichstag gelangen zu lassen.

Die Anträge sollen bei den einschlägigen Kapiteln des Militäretats erledigt werden.

Die Beratung wird eingeleitet durch einen Vortrag des Referenten v. Elern. Demselben ist zu entnehmen, daß der preußische Militäretat im Jahre 1908 eine

Mehrausgabe von 36 800 000 Mark

gegen 1907 erfordert. Diesem Mehr stehen Mehreinnahmen oder Minderausgaben beim außerordentlichen Etat gegenüber im Betrage von 4,4 Millionen Mark, so daß eine reine Mehrausgabe von 32 400 000 Mark verbleibt. Von dieser Mehrausgabe entfällt der größte Teil — nicht weniger als 17 100 000 Mark — auf das **Steigen der Preise der Naturalien,** also auf den Zolltribut an die Agrarier.

Zu Titel 1: Gehalt des Kriegsministers, bringt Abg. Müller-Fulda zur Sprache, daß sich Bezirksoffiziere an der Wahlagitation beteiligen, daß andererseits in Fulda ein zur Disposition gestellter Offizier wegen Unterzeichnung eines Wahlaufrufes gemaßregelt worden sei. Auch Erzberger bringt solche Beschwerden vor, insbesondere erzählt er, daß ein Hauptmann in Altenburg ein Instruktionsbuch geschrieben habe, in dem gegen Sozialdemokraten und Zentrum gehetzt wird!

Der Kriegsminister tadelt die politische Tätigkeit der Bezirksoffiziere; er fühlt sich nicht verantwortlich für das, was ein schreiblustiger Hauptmann schreibt. Die zur Disposition gestellten Offiziere haben volle politische Freiheit, wie das Beispiel des Generals Liebert beweise!

Abg. Südekum nimmt dem Altenburger Hauptmann seine **Dummheiten gegen die Sozialdemokraten** nicht übel. Die dortigen Soldaten seien gegen solche Schreibereien immun, die Angriffe können uns nur nützen. Wenn aber der Kriegsminister seinen Tadel über die mitgeteilten Fälle ausspricht, so soll er's nicht beim Tadel lassen, sondern energisch Remedur schaffen, so energisch, daß die Offiziere seinen Willen respektieren. Noske spricht über die Kriegervereinsagitation in den Kasernen und über die „staatserhaltende" Politik, die ruhig in den Kasernen getrieben werden dürfe!

Einem speziellen Fall von Gesinnungsschnüffelei aus Gera gegenüber erklärt der Kriegsminister, er glaube die Behauptungen einfach nicht. In den Kasernen würden alle Zeitungen, außer sozialdemokratischen, geduldet. Südekum antwortet darauf und verlangt Konkurrenzfreiheit für alle politischen Richtungen. Sodann werden die

Anträge über die zwei- bezw. einjährige Dienstzeit

diskutiert. Abg. Haeusler vom Zentrum, der früher General war, begründet den Zentrumsantrag. Aus seiner Erfahrung heraus tritt er sehr energisch für die zweijährige Dienstzeit auch bei den berittenen Truppenteilen ein. Der militärische Geist und die Ausbildung würden nicht darunter leiden. Den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der einjährigen Dienstzeit begründet Noske: Unser Antrag ist gestellt aus finanziellen und prinzipiellen Gründen. Der Militäretat erfordert 900 Millionen, mit der Verzinsung der Schulden kommen jährlich 1000 Millionen allein für das Heer heraus! Voriges Jahr wurde uns eine Minderung der Ausgaben versprochen, in diesem Jahre haben wir Mehrausgaben im Betrage von zirka 58 Millionen Mark. Haeusler hat unseren Antrag mitbegründet, es genügt schon eine viel kürzere Zeit zur Ausbildung, das beweist auch die Militärbehörde durch ihre Beurlaubungen zu Erntezwecken. Teilweise ist nur ein Drittel des Armeekorps im Dienst. Die finanzielle Leistungsfähigkeit ist jetzt an der Grenze angelangt, wir müssen die Dienstzeit verkürzen.

Frhr. v. Hertling möchte mit der Herabsetzung der Dienstzeit auch das Besichtigungswesen reformiert wissen. Der Kriegsminister ist bereit, eine **Denkschrift** über die zweijährige Dienstzeit vorzulegen; es werde daraus hervorgehen, daß die zweijährige Dienstzeit bei der Kavallerie nicht durchführbar sei. . . . Die ganze Organisation im Heere sei auf die dreijährige Dienstzeit zugeschnitten. Richtig wäre allerdings, was Haeusler sagt: daß **ein reitender Artillerist in einem Jahre kriegsbrauchbar** ist; aber die Einjährigen bilden nur ein Drittel der Eskadron, es werde mehr verlangt von den Soldaten als einfache Kriegsbrauchbarkeit, er soll Pferde ausbilden und reiten lernen. In Frankreich habe sich die zweijährige Dienstzeit bei der Kavallerie nicht bewährt. . . . Den sozialdemokratischen Antrag müsse er ohne weiteres ablehnen, er führe zum Milizheer, und **die Miliz wollen wir nicht,** sie hat sich nirgends bewährt. . . . Auch billiger wird das nicht; denn man müßte im Jahre zwei Manöver abhalten. Gegenüber v. Hertling verteidigt er die Besichtigungen und bestreitet, daß diese nervös machen.

Abg. Eickhoff lehnt den sozialdemokratischen Antrag ab: schematisch sei er damit einverstanden, aber die preußische Schulbildung sei zu gering, als daß man sich mit einer einjährigen Dienstzeit begnügen könne.

Abg. Schrader ist gleichfalls gegen den sozialdemokratischen Antrag. Er richtete an den Kriegsminister die Frage, ob nicht an eine demnächstige Verringerung der Heeresstärke und Ersetzung der Zahl durch tüchtige Ausbildung gedacht werden könne. Die Zeiten seien friedlich und einem solchen Schritte günstig.

Abg. Haeusler verteidigt nochmals den Zentrumsantrag; den sozialdemokratischen Antrag werde das Zentrum ablehnen. Die hohen Kosten erregen auch bei Liebermann v. Sonnenberg Bedenken, er möchte daher sparen, wo nur irgend möglich. — Südekum führt aus: Der Antrag des Zentrums leide an Inkonsequenz: Wenn nach den Ausführungen Haeuslers die zweijährige Dienstzeit für Kavalleristen genügt, so muß für Infanteristen die einjährige Dienstzeit unter allen Umständen genügen. Der Kriegsminister antwortet nochmals auf Haeusler, schweigt sich aber gegenüber der Anfrage Schraders aus. Es wird dann der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, der Zentrumsantrag einstimmig angenommen. Das Gehalt des Kriegsministers wird bewilligt. Ebenso werden die anderen persönlichen Ausgaben beim Kriegsministerium, Titel 2 bis 12 im Gesamtbetrage von 2 033 500 M. bewilligt.

Dann wird die Beratung abgebrochen.

Der marokkanische Wirrwarr.

Paris, 12. Januar. (Eig. Ber.)

Mit einem Polizeimandat hat sich die Republik der weltpolitischen Spekulanten in Marokko festgesetzt. Statt Instruktoren für die Polizisten des Sultans schickte sie Kriegsschiffe und Okkupationskorps aus, von den „bedrohten" Punkten aus zog sie, natürlich immerzu auf „Sicherung" bedacht, der militärischen Operation immer weitere Kreise. Alles, um „gemäß den Abmachungen von Algeciras" im Reich des Sultans Abdul Aziz geordnete Zustände zu schaffen. Aber gibt es heute noch einen Sultan Abdul Aziz? Darf man den armen Mann so nennen, der zitternd auf die Nachricht wartet, daß sein Finanz- oder genauer Pumpminister in Paris die Summen auftreibt, womit seine Majestät den Harem und seine Eunuchen ernähren und darüber hinaus den Sold für die zur Wiedereroberung seines Reiches nötigen Soldaten erübrigen kann. Abdul Aziz ist ein Herrscher ohne Land und ohne Hauptstadt. Dem Herrn von Marrakesch Mulay Hafid hat sich nun auch Fez angeschlossen, die Hauptstadt des Nordens. Nach den vorliegenden Nachrichten scheint sich die städtische Revolution in verhältnismäßig friedlichen Formen abgespielt zu haben. Paschahs und Ulemas, die weltlichen und die geistlichen Autoritäten, gingen Hand in Hand, und für Abdul Aziz' Sache erhob sich niemand zur Verteidigung. Aber gerade die gute Organisation des Handstreichs verleiht ihm ernste Bedeutung. Gelingt es den Machthabern von Fez, mit der Propaganda der nationalen und religiösen Verteidigung die Stämme zur Einstellung ihrer Rivalitäten zu gewinnen, so wird Frankreich, das jetzt den Schutz der in Marokko angesiedelten Europäer besorgt, in große, unabsehbare kriegerische Operationen verwickelt. Aber zugleich taucht die Gefahr eines internationalen Konflikts auf, da das Polizeimandat schwerlich überall als Verzicht der anderen Staaten gedeutet werden wird, die etwa bei einer allgemeinen Erhebung in Gefahr geratenen Konnationalen zu schützen. Für die Umtriebe der Chauvinisten auf allen Seiten böte sich da nur allzuviel Gelegenheit dar. Wenn die erste Voraussetzung der Beschlüsse von Algeciras — die Herrschaft Abdul Aziz — nicht mehr besteht, kann sich die Situation, die vor der Konferenz bestand, in jedem Augenblick erneuern, und in einer noch gefährlicheren Art, da sich die französische Politik unterdessen unter dem Einfluß der Etienneschen Clique in einer auf ein kommerzielles und politisches Monopol abzielenden Taktik festgerannt hat.

Aber man muß gar nicht erst diese Möglichkeiten in Erwägung ziehen, um die schwierige Situation Frankreichs zu erkennen. Mag auch Mulay Hafid, der nicht weniger in Geldnöten steckt als sein Bruder, nicht imstande sein, das Land tatsächlich in seine Gewalt zu bringen und einen nationalen Krieg zu entfesseln, so folgt daraus nur eine allgemeine Anarchie, die Stamm gegen Stamm treibt und mit der Störung des ganzen Wirtschaftslebens auch die Interessen der europäischen Gläubiger Marokkos beeinträchtigt. Soll Frankreich da intervenieren? Soll es Abdul Aziz sein Reich zurückerobern? Der „Temps" hat gestern erklärt, daß davon nicht die Rede sein könne, aber im übrigen hat er sich mit vieldeutigen Redewendungen begnügt. Leicht mag der französischen Regierung der Entschluß in der Tat nicht werden. Abdul Aziz' Hoffnung ist jetzt einzig das Gelingen seines großen Anleiheversuchs in Paris. Soll sich die Regierung bei den Banken zu seinen Gunsten bemühen? Wenn sie es tut und neues französisches Kapital in Marokko festgelegt wird, so muß sie die Sache des abgesetzten Sultans ganz zu der ihren machen und ihm nötigenfalls auch militärischen Beistand leisten, aber auch das geliehene Kapital in einer Art sicherstellen, die auf ein System hinausläuft, wie es England in Aegypten etabliert hat. Also auch hier lauert der Konflikt.

Diese Lage erfordert eine erneuerte, geschärfte Aufmerksamkeit des Proletariats aller Länder, vor allem aber Frankreichs und Deutschlands. Dem kolonial-nationalen Spekulantentum und den ihm ergebenen Regierungen muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Arbeiterklasse einen Krieg um den afrikanischen Landraub mit allen Mitteln zu bekämpfen bereit ist. Ueberall müssen die sozialistischen Parteien der Politik des Chauvinismus, die in Wahrheit die Politik der heuchlerischen Profitmacherei ist, energisch entgegentreten.

•

London, 14. Januar. Nach einer Meldung aus Tanger ist General Damade an der Spitze von 3000 Mann gestern in Rabat eingetroffen. Der Vormarsch längs der Küste wurde durch die französischen Kriegsschiffe gedeckt. Die Soldaten bezogen außerhalb der Stadt ein Lager.

Larache, 14. Januar. Die Ereignisse in Fez haben hier große Erregung hervorgerufen. Man befürchtet, daß die marokkanischen Stämme in die Stadt eindringen, um so mehr, als die ganze Gegend unsicher ist. Die Plünderer halten täglich die Postkuriere an. Eine Karawane von 100 Kamelen wurde auf dem Wege nach Fez in der Nähe von El-Kear angegriffen und geplündert.

Abweichend von der obigen Nachricht behauptet ein Telegramm vom 14. d. M. aus Tanger: General d'Amade befindet sich, entgegen anderweitigen Meldungen, noch immer mit den Truppen in Burnika, ungefähr 30 Kilometer von Rabat entfernt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Januar 1908.

Bankdiskont und Wirtschaftskrise.

Aus dem Reichstag. Die vor den Weihnachtsferien gestellte Interpellation des Grafen Kanitz wegen des

hohen Bankdiskonts kam heute endlich zur Verhandlung, nachdem der Bankdiskont mittlerweile von 7½ auf 6½ Prozent heruntergegangen ist, so daß der Antragsteller einiges Recht hatte, sich über die Verzögerung zu beschweren. Graf Kanitz versuchte nachzuweisen, daß das beste Heilmittel gegen die Schädigungen des hohen Diskonts die Einführung der Doppelwährung sein würde. — Daß die Agrarier sich für diese Forderung stets mit so großem Feuereifer ins Zeug legen, hat seinen Grund in dem mit dieser Währungsänderung verknüpften Plan, das Silber zu einem über seinen wirklichen Kurswert weit hinausgehenden Wertansatz in ein festes Verhältnis zum Gold zu bringen. Dann könnten alle in Gold kontrahierten Schulden in dem geringwertigeren Silber bezahlt werden. Mit einem Schlage hätten die Gutsbesitzer ihre Hypothekenlasten erleichtert. So etwas ist schon des Schweißes der Edlen wert. Graf Kanitz hält es allerdings für ratsam, nicht so plump mit der Tür ins Haus zu fallen, wie der Silber-Arendt. Er will sich zunächst, um Handel und Verkehr an das Silber zu gewöhnen, damit begnügen, daß mehr Silber als Scheidemünze ausgeprägt wird, und zwar anstatt jetzt 15 M. auf den Kopf der Bevölkerung 25 M. Ferner will er die Annahmeverpflichtung für Silbergeld weit über die jetzige Grenze von 20 M. hinaus in die Höhe gesetzt wissen. Schließlich brachte Graf Kanitz seine Silbersehnsucht in dem mit schmetternder Stimme verkündeten Vergleich zum Ausdruck: Wir müssen eine silberne Mauer um unsere Goldwährung bauen! Bei der Ausführung dieses Planes würde es natürlich dahin kommen, daß die Agrarier sich in der goldenen Burg festsetzten und ihren Gläubigern die silberne Mauer überließen.

Der Staatssekretär des Innern, Frhr. v. Bethmann-Hollweg, konnte, so schwer es ihm auch ankam, nicht umhin, die Auffassung des Agrarphilosophen Kanitz über die Schäden der Goldwährung zu bekämpfen. Aber ohne Ausgießung einer ganzen Flasche agrarischen Oels geht's doch nun einmal nicht bei einer Regierung, der die Versprengung eines einzigen Tropfens demokratischen Oels bereits als ein Akt rühmenswerter Freigebigkeit erscheint. Der Minister kündigte an, eine Untersuchungskommission solle sich mit der Ergründung der Währungsfrage befassen, unmittelbar stehe aber die Einbringung einer Novelle zum Münzgesetz bevor, durch die eine verstärkte Ausprägung von Silber gewährleistet werden solle.

Späterhin kam der neue Reichsbankpräsident Havenstein zum Wort, dessen Rede leider so undeutlich war, daß nur mit großer Mühe hin und wieder ein ganzer Satz auf der linken Seite des Hauses verstanden werden konnte. Wichtig war, daß er sich für die Aufrechterhaltung der Goldwährung verbürgte. Im gleichen Sinne traten zwei Bankdirektoren, der Nationalliberale Weber aus Löben und der Freisinnige Kaempf auf Grund ihrer Sachkenntnis den agrarischen Wirtschaftsideen entgegen, indem sie rundweg jede Annäherung an die Doppelwährung verwarfen. Herr Kaempf verstieg sich sogar — wohl infolge der nachträglich seiner Partei aufdämmernden Erkenntnis, wie schnöde Bülow sie eigentlich behandelt hat — zu einer scharfen Verurteilung der gesamten Wirtschaftspolitik der Regierung. Er maß ihr ein Hauptteil der Schuld an den mißlichen Zuständen bei, die sich in Deutschlands Handel und Verkehr herausgebildet haben. Daß man mit einer solchen Auffassung aber unmöglich eine schutzzöllnerische und agrarische Regierung unterstützen dürfte, hätten sich Herr Kaempf und seine Freunde eigentlich schon früher sagen müssen. Daß sie jetzt den Mut haben werden, mit dem Nährvater des Blocks zu brechen, muß man erst sehen, ehe man es glauben kann.

Nachdem der freikonserative Herr v. Gamp-Massaunen noch seinem agrarischen Herzen Luft gemacht hatte, wurde die Debatte auf morgen vertagt. Außerdem wurde noch die Interpellation der Polen wegen der Enteignungsgesetze auf die Tagesordnung gesetzt.

Ein neues kaudinisches Joch.

Der „Kölnischen Zeitung" wird aus Berlin telegraphiert: Die Nachricht verschiedener Blätter, daß dieser Tage die Finanzminister der Bundesstaaten in Berlin zu einer Beratung der neuen Steuervorlage zusammentreffen würden, ist in dieser Form unrichtig. Es handelt sich nicht um eine eigentliche Ministerkonferenz, sondern lediglich um die ordnungsmäßigen Beratungen der Bundesratsausschüsse, zu denen der oder jener Minister in eigener Person erscheint und zwar besonders aus Süddeutschland, da dessen Reservatrechte in Frage kommen. Nachrichten, die über Einzelheiten dieser Frage durch die Blätter gehen, sind wertlos, da solche einzelne Dinge durch die noch nicht abgeschlossene Beratung fortgesetzt abgeändert werden können. An eine **Vertagung** dieser Forderungen **denkt die Regierung nicht**, da sie nicht weiß, woher sie ohne neue Steuern die Mittel zur Aufbesserung der Gehälter und zur Deckung des Fehlbetrages im Reichshaushalt nehmen soll.

Der arme Freisinn! Nun soll er nach der brutalen Absage an alle liberalen Blütenträume, die er in der **Wahlrechts- und Schulfrage** von der Regierung erhielt, auch noch **Monopole und andere indirekte Steuern** schlucken! —

Freisinnige Konsequenz.

Zu dem eigenartigen, in seiner Trivialität geradezu komischen Beschluß der drei freisinnigen Fraktionen, vorläufig im Block zu bleiben, aber unentwegt für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen zu wirken, schreibt die „Berliner Volks-Zeitung":

„Das verstehe, wer kann! Auf diese reaktionäre Provokation, auf diese beleidigende Erklärung Bülows konnte es, unbekümmert um die nächsten Konsequenzen, nur Eins geben: Sturz des Ministerpräsidenten Bülow! Die Macht dazu hat die bürgerliche Linke; denn mit dem Zentrum kann Bülow nach allem, was geschehen ist, die politischen Geschäfte nicht fortführen, und ohne die freisinnigen Fraktionen besitzt Bülow keine Majorität. Noch selten war eine parlamentarische Taktik so klar vorgezeichnet, wie in diesem Fall. Der Sturz Bülows — das hätte man im Volke, südlich wie nördlich der „Mainlinie", verstanden. Die liberalen Fraktionen haben leider anders entschieden und zu der ersten Enttäuschung durch Bülow eine zweite gefügt. Auf das politische Handwerk, wie es das preußische Junkertum betreibt, rücksichtslos und mit wachsendem Erfolg, versteht man sich bei den jetzigen „Führern", den blockseligen Freisinnigen, nicht. **Die jahrzehntelangen Mißerfolge haben hier ein „kleines Geschlecht" erzeugt**, das sich nicht zu einer mutigen Tat aufzuraffen vermag. Vielfach fragt man, was käme dann nach? Nun, kann es denn schlimmer werden, als es schon ist, und sind die erwähnten Konzessionisten wirklich wert, daß man sich darum politisch prostituiert? Was ist denn der Unterschied gegen früher? In den letzten Jahren wurde wirtschaftlich wie politisch eine junkerliche, reaktionäre Politik getrieben, nun soll es in gleichem Geiste weiter gehen, aber diesmal statt mit dem Zentrum mit der — bürgerlichen Linken!! Das ist der ganze Unterschied." —

Ein Fußtritt für den Freisinn?

Der Bund der Landwirte hielt am Sonntag zu Hannover eine Provinzialversammlung für die Provinz Hannover ab. In dieser Versammlung, an der auch der verflossene Minister Podbielski teilnahm, sprach der unvermeidliche Dr. Dietrich Hahn über die **Blockpolitik**. Er verlangte, daß der Block „nationale Politik ohne Gegenleistung" betreiben soll, d. h. ohne Gegenleistung für die Liberalen, denn der Bund wird schon seine Rechnung zu finden wissen. Den Freisinn, der sich immer als den Kern des Blockes betrachtet, behandelte Hahn als den Geduldeten, und er führte aus:

„Der Bund würde der größte Esel sein, wenn er sich verleiten ließe, dem Liberalismus zuliebe das Zentrum an die Wand zu drücken. Denn wenn der Freisinn nicht mehr will, **oder wenn wir ihn nicht mehr brauchen, dann fliegt er sofort heraus aus dem Block und das Zentrum tritt an seine Stelle.**"

Das hat dem Freisinn gerade noch gefehlt, dem Freisinn, von dem Hahn behauptete, daß der Freisinn nicht aus reiner Ueberzeugung das Reichstagswahlrecht fordere, sondern um sich die Volksgunst zu sichern!

Die Nationalliberalen in Hannover, die ohnehin nur von Bundesgnaden leben, möchten dem Bunde die Brüderschaft mit dem Zentrum verekeln; die Kulturkampfpaukerei zieht bei den Bündlern jedoch nicht, und da bringt es das jungliberale Organ, der „Hannov. Courier" fertig, zu schreiben, die Freundschaft zwischen Hahn und dem Zentrum sei um so auffallender, als große prinzipielle Unterschiede bezüglich des — Wahlrechts beständen.

„Herr Dr. Hahn ist doch ein entschiedener Anhänger des jetzigen Wahlrechts, und als solcher hat er sich am Sonntag ja auch energisch gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ausgesprochen, während das Zentrum, wie ihm wohl bekannt sein wird, den entgegengesetzten Standpunkt einnimmt und das Reichstagswahlrecht für Preußen wünscht."

Danach hat es den Anschein, als ob der Kampf der Nationalliberalen sich bei den Landtagswahlen **mit aller Wucht gegen die Aenderung des Wahlrechtes richten soll**, um dem Bunde der Landwirte gefällig sein zu können. Ein netter Liberalismus!

Und diesem Block will der Freisinn auch ferner treu bleiben?! —

Gegen den Block.

Den Süddeutschen Demokraten scheint die Kriegserklärung Bülows an den Liberalismus denn doch die Schamröte ins Gesicht zu treiben! Es wird gemeldet:

Nürnberg, 14 Januar. (B. H.) Die gestrige Generalversammlung des demokratischen Vereins Nürnberg faßte nach einem Referat des Redakteurs Stelzner und einer lebhaften Erörterung folgende Resolution: „Die Stellungnahme des Reichskanzlers als preußischer Ministerpräsident gelegentlich der Wahlrechtsdebatte im preußischen Landtag hat endlich zur Evidenz gezeigt, daß der verantwortliche Leiter der deutschen Reichsregierung in Wahrheit nicht gewillt ist, den einfachsten liberalen Grundsätzen Rechnung zu tragen. Deshalb richtet die Generalversammlung an die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstag **die dringende Bitte, aus dem Block auszuscheiden.**"

Frankfurt a. M., 14. Januar. (B. H.) In einer Versammlung des demokratischen Vereins Frankfurt wurde mit großer Mehrheit folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung des Frankfurter demokratischen Vereins mißbilligt aufs schärfste die vom Ministerpräsidenten Fürsten Bülow namens der Staatsregierung im preußischen Landtage abgegebene Erklärung über die Wahlrechtsfrage und erwartet von den linksliberalen Fraktionen, daß sie den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht und für das allgemeine Wahlrecht in Preußen ohne Rücksicht auf die Blockpolitik im Reiche mit allem Nachdruck fortsetzen. Die Versammlung hat nach der Erklärung des Reichskanzlers kein Vertrauen mehr dazu, daß er wirklich liberale Forderungen durchzusetzen bestrebt ist. Sie erwartet, daß nunmehr alle zusammengehen, die das gleiche Ziel der Erringung des Reichstagswahlrechts für Preußen haben.

Wahlrechtsreform und Mittelstand.

In der Debatte, die das preußische Abgeordnetenhaus über die Wahlrechtsreform gepflogen hat, ist viel vom Mittelstand die Rede gewesen, als demjenigen Teil der Bevölkerung, dessen Interessen bei einer etwaigen Abänderung des Wahlrechtes in besonderem Maße zu berücksichtigen seien. Auch der Redner der Nationalliberalen hat erklärt, daß bei der heutigen Art des preußischen Wahlrechts die „breite Schicht des Mittelstandes" nicht zur Geltung komme und er begrüßte es, daß bei einer etwaigen Reform der „Einfluß des breiten Mittelstandes ganz besonders gewahrt" werden solle.

Demgegenüber sei daran erinnert, wie von nationalliberaler Seite gelegentlich der preußischen Gemeindewahlreform über diesen Mittelstand geurteilt wurde. Diese Wahlreform wurde bekanntlich vom Zentrum deshalb gefordert, damit es in den Städten des Westens durch Beförderung seines kleinbürgerlichen Anhanges in die zweite Wählerabteilung sich die Mehrheit in den Rathäusern sicherte. Die rheinischen Nationalliberalen zeigten sich aus begreiflichen Gründen einer solchen Gemeindewahlreform abgeneigt. Die „Kölnische Zeitung" verbrach wahre Jammerartikel und stellte als notwendige Folge der Wahlreform hin, daß „diejenigen Männer, die durch die Größe ihres Geistes, durch die Tiefe ihrer Bildung und durch die Schärfe ihres Urteils sich auszeichnen unter ihren Mitbürgern, in Zukunft nicht mehr in den Stadtverordnetenversammlungen den Ausschlag geben".

In Zukunft würde in der dritten Klasse das Proletariat, in der zweiten der geringere Mittelstand die Uebermacht haben. Und auf diesen Mittelstand ergoß sich die ganze Wut des rheinischen Organs für Bildung und Besitz. Die „Kölnische Zeitung" kennzeichnete (21. April 1900) ihn als die

„Vertreter der Bierbankpolitik und des Spießbürgertums, die von der Bedeutung ihrer werten Person ganz gewaltig überzeugt sind, immer den Nagel auf den Kopf zu treffen vermeinen, dabei aber mit ihrem kurzen Verstande und der Unzulänglichkeit ihres Urteils den Kern der Sache in der Regel verkennen und sich an Nebensächlichkeiten zu halten pflegen, oder aber gewohnt sind, ihre Sonder- und Standesinteressen in den Vordergrund zu schieben und bei jeder Gelegenheit ihr Steckenpferdchen zu reiten bereit sind; Leute, die die ihnen bei ihrem kleinen Gesichtskreise eingewurzelten Vorurteile maßgebend sein lassen oder endlich sich von einer kleinlichen und einseitigen Auffassung der Verhältnisse und von einem übertriebenen Verantwortlichkeitsgefühl leiten lassen, stets ein Wenn und ein Aber zur Hand haben und ihre Aufgabe darin finden, an allem herumzunörgeln was ihnen zur Entscheidung vorgelegt wird."

Die „Kölnische Zeitung" beschwor die Regierung, die Folgen ihres Vorhabens zu bedenken und sich nicht in optimistischer Weise eine falsche Vorstellung von der zukünftigen Gestaltung der Dinge zu machen. Schlimmer, als es hier das nationalliberale Blatt tut, kann man von dem Mittelstand wohl nicht reden, größer die Gefahr, die er für das öffentliche Wohl darstellt, wohl nicht schildern. Damals, bei der preußischen Gemeindewahlreform, war der Mittelstand für die Nationalliberalen der Inbegriff aller Beschränktheit, Rückständigkeit, Aufgeblasenheit und Streberhaftigkeit, seine Vertreter waren das Muster der Bierbankpolitiker und Spießbürger, deren Einfluß auf das Gemeinwesen nicht kurz genug gehalten werden konnte. Heute, bei der preußischen Landtagswahlreform, ist der Mittelstand das Heil und die Hoffnung des Vaterlandes, und seinen Einfluß zu mehren gilt als nationale Pflicht.

Freilich begreift man die Gründe für die verschiedene Beurteilung des Mittelstandes durch die Nationalliberalen. Damals galt ihnen der Mittelstand als Eindringling in die zweite Gemeindewählerklasse, der das liberale Vorrecht derer von Bildung und Besitz gefährdete; jetzt aber dient ihnen der Mittelstand als Gegengewicht gegen die Arbeiterklasse, die in Preußen auf dem alten Stande der Rechtlosigkeit gehalten werden soll. Darum werfen sie sich auf als die Freunde der „Spießbürger" und „Bierbankpolitiker", als die Schützer der Leute mit dem „kurzen Verstande" und dem „unzulänglichen Urteil"! —

Polen-Vorlage.

Gestern hat eine neue Beratung zwischen der Regierung und den Fraktionsführern des Abgeordnetenhauses über die Polen-Enteignungsvorlage stattgefunden. Wie der „Berl. Lokal-Anz." halboffiziös mitteilt, wird sie voraussichtlich eine Abänderung des vor Weihnachten geschlossenen Kompromisses zur Folge haben. Die Abänderung wird im wesentlichen darin bestehen, daß man auf die Lokalisierung der Enteignung auf neun Kreise der beiden in Frage stehenden Provinzen verzichtet, und daß dafür der Regierung gesetzlich das Recht eingeräumt wird, in allen Teilen Westpreußens und Posens bis zu einer Gesamtfläche von 70 000 Hektar auf Grund des § 13 des Gesetzes zu enteignen. Der § 13 lautet: „Zur Sicherung des gefährdeten Deutschtums wird dem Staate behufs Abrundung und Stärkung der bestehenden Ansiedelungsgruppen das Recht zur Enteignung solcher Grundstücke verliehen, die zu diesem Zweck erforderlich sind. Ausgeschlossen ist die Enteignung von Gebäuden, die dem öffentlichen Gottesdienst gewidmet sind, und von Begräbnisstätten." —

Es wird angenommen, daß die zweite Lesung der Ostmarkenvorlage schon Donnerstag stattfinden wird.

Die Preßgarde des Polizeiministers.

Der „Deutschen Tageszeitung" ist die von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage eingebrachte Interpellation anscheinend unbequem — vielleicht in der Befürchtung, daß der Reichstag sich doch etwas anders zu den Polizeiexzessen stellen könnte, als die Intelligenz des Junkerparlaments. Sie sucht deshalb die freisinnigen Parteien und das Zentrum zu bewegen, eine Besprechung der Interpellation im Reichstage dadurch zu verhindern, daß sie den Sozialdemokraten nicht die fehlenden Stimmen zur Unterstützung des Antrages auf Besprechung (bekanntlich gehören zur Erzwingung einer Besprechung 50 Stimmen) stellen.

„Wenn die bürgerlichen Parteien," schreibt das Bündlerblatt, „das richtige Staatsbewußtsein und die richtige Staatsgesinnung hätten, so würden sie die Besprechung unmöglich machen. Die Sozialdemokratie kann allein die 50 Stimmen, die notwendig sind, um die Besprechung einer Interpellation herbeizuführen, nicht aufbringen. Sie ist auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen. Leider müssen wir es als sehr wahrscheinlich bezeichnen, daß sie diese Unterstützung auch finden wird. Ob die Besprechung der Interpellation dazu bestimmt ist, neue Straßendemonstrationen zu veranlassen, diese Frage möchten wir offen lassen; die Vermutung liegt allerdings sehr nahe, und die verantwortlichen Behörden werden mit der Möglichkeit rechnen müssen."

Wir wollen abwarten, ob sich Freisinn und Zentrum zu dem von dem Bündlerblatt geforderten Frondienst hergeben. —

Offiziös, also albern!

Die „Nordd. Allg. Ztg." möchte gern wissen, wer von den sozialdemokratischen Abgeordneten und Führern an der Straßendemonstration teilgenommen hat. Dumm und unverfroren wie sie ist, behauptet sie einfach, der und der sei nicht dabei gewesen. Nun, bildet sie sich ein, wir werden ihr verraten, wer dabei war! Sie mag doch den Gentleman fragen, dem scherzhafte Genossen mit Kreide eine große 8 (nämlich Groschen) auf den Rücken malten, als er gar zu demonstrativ demonstrierte. Wer dabei war, weiß Bescheid — die „Nordd. Allg. Ztg." braucht es nicht zu wissen!

Ebenso geistreich ist es, wenn das Blatt an unsere Bemerkung, der Schuß, der gefallen sei, dürfte am Ende die Platzpatronenschießerei irgendeines Lockspitzels gewesen sein, folgende Bemerkung knüpft:

„Ei, ei! Hiernach scheint ja das edle Organ ziemlich genau zu wissen, daß diese „alberne Detonation" von keinem scharfen Schuß herrührte. Es redet ganz unumwunden von „dieser Platzpatrone", die ihm also bekannt sein muß. Sollte es denn unter solchen Umständen nicht auch über den Schützen Auskunft geben können?"

Die Polizei hat ja die Schießeisen der Polizisten untersuchen lassen, um festzustellen, daß von ihnen keiner geschossen habe. Eine solche Revision war bei den Demonstranten nicht nötig, denn sie besaßen keine Revolver, sie wurden ja niedergesäbelt, trotzdem sie sich absolut friedfertig verhielten!

Der Herausgeber der Zeitschrift „Das Blaubuch", der liberale Publizist Heinrich Hagenstein, fällt denn auch über die glorreichen Attacken folgendes Urteil:

„Aber das Blut, das bei dieser Gelegenheit vergossen, kommt erstens auf ihr Konto und das der Junker, und dann hätt's auch ohne Gefahr für die Sicherheit der Reichshauptstadt erspart bleiben können. Denn was heißt das? Werden bei den gleichgültigsten Hoffestlichkeiten die Straßen nicht kilometerweis abgesperrt? Hindert man nicht bei den belanglosesten Einzügen ohne weitere Umstände die ihrer Arbeit nachgehenden Bürger? Und da sollte es nicht das gute Recht dieser Bürger sein, einmal in corpore am Sonntag, wenn's keinen behelligt, vor das Haus dessen zu ziehen, der ihres Staates erster Diener ist (ich meine den König). Wen stört's? Und waren die Bürger nicht unbewaffnet? Wollten sie jemand ein Leid zufügen? Aber dabei flieht Blut. Das ist Preußisch-Kurant. Herr Hauptmann Stephan — legt seinen Namen zu den Hamburger „Kriegern", die dem zehnjährigen Revolutionär vor mehr als Jahresfrist der „Ordnung halber" vier Finger abhackten — hat Heldenblut. „Säbel heraus! Einhauen!" Noch lebt altpreußische Tapferkeit. Die Attacke war blendend schön. „Alles niederreiten, was sich uns in den Weg stellt." Dem Sieger an der Gertraudtenbrücke winkt sicher ein Orden ..."

Eine Ente.

Ein Korrespondent des Hirschschen Telegraphenbureaus hatte an englische Blätter die Sensationsmeldung gekabelt, daß die sozial-

demokratische Partei die Absicht habe, zur Steigerung der Massendemonstrationen einen fünftägigen Generalstreik in Berlin zu inszenieren. Von London aus ist die Nachricht dann wieder in Berliner Blätter übergegangen.

Dem genannten Bureau ist auf Anfrage von parteioffizieller Seite aus bereits mitgeteilt worden, daß die Nachricht völlig aus den Fingern gesogen ist.

Was die sozialdemokratische Partei zu tun oder zu lassen gedenkt, wird sie nicht durch bürgerliche Journalisten vorher ankündigen lassen! —

Ein unzureichender Grund.

Das „Berliner Tageblatt" schreibt:

„Aus unserem Leserkreise erhalten wir zahlreiche Zuschriften, in denen — entgegen unserer eigenen Auffassung — für die **Straßenmanifestationen** zugunsten des allgemeinen gleichen Wahlrechts Partei genommen wird. Die Absender dieser Zuschriften sind nicht damit einverstanden, daß wir diese Kundgebungen mißbilligt haben, und sie erinnern unter anderem daran, daß in der Wahlnacht vom 25. Januar 1907 die „patriotischen" Straßenkundgebungen den vollen Beifall der Regierung fanden, und daß Fürst Bülow sich vor diesen Hurrabrüllern beglückt verneigt hat. Wir müssen, trotz allen noch so einleuchtend klingenden Gegengründen, an der Ansicht festhalten, daß Straßenmanifestationen schon darum ein verfehltes Mittel sind, weil sie allen Schwächlingen und Leisetretern den erwünschten Vorwand bieten, sich aus diesem Kampfe zurückzuziehen. Aber wir haben auch bereits betont, und wir wiederholen es, daß die Manifestanten zu ihrer Entschuldigung auf das aufreizende Verhalten der preußischen Regierung und des Abgeordnetenhauses verweisen können."

Es gibt also doch noch, wie die zahlreichen Zuschriften an das „Berliner Tageblatt" beweisen, Freisinnige, die beim Anblick von Straßendemonstrationen nicht gleich in Ohnmächte fallen und ordnungsretterische Anwandlungen bekommen. Leider scheinen sie sehr dünn gesät zu sein.

Der Grund, den das „Berliner Tageblatt" für seine Abneigung gegen Straßendemonstrationen angibt, ist von nicht gerade überzeugender Beweiskraft. Was verliert ein kämpfendes Heer, wenn es Schwächlinge und Leisetreter verliert? Bagage!

Zweierlei Recht.

Gestern fand in Berlin eine organisierte Straßenkundgebung statt. 2000 Personen fanden sich zusammen und durchzogen unter Vorantragung von Bannern die Straßen. Dem Zuge schritt eine Musikkapelle voran. Um die Wirkung der Demonstration zu erhöhen, trugen die Teilnehmer Fackeln. Die Polizei unterstützte die Demonstration auf das bereitwilligste. Berittene Schutzleute sorgten für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Freihaltung des Weges. Ueber den stillen Königsplatz ging der Zug nach Alt-Moabit und von dort die Rathenower Straße und Turmstraße entlang bis zur Wilsnacker Straße, wo sich der Zug auflöste.

Man sieht, es sind in verkleinertem Maße ähnliche Vorgänge, wie sie Berlin am Sonntag sah. Aber gestern waren es Studenten, die einem Professor einen Fackelzug brachten. Sonntag waren es dagegen Arbeiter, Entrechtete, die, ausgeschlossen vom Abgeordnetenhause, die Erfüllung ihres Rechtes auf den Straßen herischten. Deshalb attackierte sie die Polizei und der Polizeiminister Moltke nannte sie Janhagel. Preußische Zustände! —

Peters will kneifen!

Entgegen der Meldung mehrerer Blätter, daß in dem Prozeß Peters gegen die „Kölnische Zeitung" die Vertreter der „Kölnischen Zeitung" mit Vergleichsvorschlägen an die klägerische Partei herangetreten seien, erklärt die „Kölnische Zeitung" diese Behauptung für in vollem Umfange unzutreffend. Die von der klägerischen Seite eingeleiteten Verhandlungen hätten zu keinem Ergebnis geführt. Ein Vergleich sei nicht zu erwarten.

Ein Vergleich würde auch für Herrn v. Bennigsen nicht minder blamabel sein als für den Peters selbst! —

Ein sächsischer Konservativer.

Das Monstrum eines Pluralwahlrechts, das der sächsische Landtagsabgeordnete Dr. Brückner in der sächsischen Zweiten Kammer beantragt hat (wir berichteten in Nr. 10 darüber), ist nicht der nationalliberalen, sondern der konservativen Partei aufs Konto zu schreiben. Dr. Brückner gehört nicht, wie uns unser Korrespondent irrtümlich mitgeteilt hat, der nationalliberalen, sondern der konservativen Fraktion des sächsischen Landtags an. —

Italien.

Konflikte mit Abessinien?

Rom, den 12. Januar. (Eig. Ber.)

Der Raubzug abessinischer Scharen im Territorium von Lugh, der einen Zusammenstoß mit den in italienischen Diensten stehenden Askaris und den Tod des italienischen Residenten Bongiovanni zur Folge hatte, erregt in Italien nicht unberechtigte Besorgnis. Obwohl Lugh nicht, wie viele Blätter irrtümlich melden, zum italienischen Territorium gehört, stellte der Einfall und die Blockierung des Platzes eine Verletzung des status quo und des italienisch-abessinischen Handelsvertrages dar, der die Sicherheit der Kaufleute gewährleistet. Menelik hat die Besitzergreifung von Lugh durch die Italiener nie anerkannt, was in dem Abkommen vom Dezember 1906 zwischen England, Frankreich und Italien ausdrücklich gesagt ist. Es schweben diplomatische Verhandlungen über diesen Punkt, weshalb Lugh in diesem Abkommen eine gesonderte Stellung einnimmt und von den Territorien ausgeschlossen ist, für die zwischen den drei Mächten die gegenseitige Verpflichtung für die Aufrechterhaltung des status quo besteht. Deshalb steht in der auf den Einfall folgenden diplomatischen oder anderweitigen Aktion Italien allein Abessinien gegenüber.

Ob der Einfall von Menelik angeordnet oder gebilligt war, oder ob er ohne sein Wissen stattfand, das hat für die unmittelbaren Folgen keine Bedeutung. Wichtig ist nur, ob Menelik sich entschließt, ihn offiziell zu desavouieren und die Urheber zu bestrafen oder nicht. Und darüber werden die nächsten Tage Aufschluß geben. Das italienische Ministerium des Aeußern hat schon durch sein erstes Communiqué gezeigt, daß es nichts dringender wünscht, als dem Zwischenfall die politische Bedeutung abzusprechen und ihn als ohne Wissen der abessinischen Regierung erfolgt ansehen zu können.

In Wirklichkeit ist es zum mindesten nicht unwahrscheinlich, daß der Einfall von Menelik angestiftet oder doch autorisiert war. Vielleicht hat Menelik gedacht, weil die Wege der Diplomatie zu lang seien, wäre eine „direkte Aktion" vorzuziehen. . . . Lugh ist seiner Lage wegen ein Platz von größter Bedeutung. Es ist der Schlüssel zum Uebi Gananatal und die Hauptpforte für die Handelsexpansion der Benadir nach nach dem Inneren. Aber für Abessinien ist der Besitz dieses Ortes fast noch wichtiger. Für den südlichen und südöstlichen Teil des Reiches geht der nächste, ja eigentlich der einzige Weg zum Meer über Lugh. Nun ist es bekannt, daß Abessinien nach einem Hafenplatz am Indischen Ozean strebt, streben mutz. Es wäre also nicht unlogisch, wenn Menelik auch auf gewagte Mittel verfiele, um sich durch die Besetzung von Lugh den Zugang zum Meere zu sichern. Die Frage ist nur, ob sich die Regierung von Abessinien die möglichen Folgen ihres Schrittes überlegt hat und auch bereit ist, für sie einzustehen. In diesem Falle dürfte die Entsendung einer Strafexpedition unvermeidlich sein.

Norwegen.

Die Eröffnung des Storthings.

Kristiania, 12. Januar. (Eig. Ber.)

Das Storthing ist gestern zu seiner zweiten Session zusammengetreten. Die feierliche Eröffnung mit der obligaten Thronrede wird am Montag vor sich gehen. Unter dem vom Präsidenten ernannten Komitee, das den König empfangen soll, befindet sich ein — Sozialdemokrat. . . .

In den letzten Tagen ist in den leitenden Blättern eine kräftige Sprache über bevorstehende politische Wendungen geführt worden, die unzweifelhaft auf neue politische Kämpfe hindeuten. Nicht nur zwischen links und rechts, sondern auch in der alten Venstrepartei sind Verwandlungsprozesse im Gange. Nach all den kläglichen Niederlagen der Freisinnigen (Venstre), die ihre Parteiprinzipien schon längst verraten und sich mit dem reaktionären bürgerlichen Block zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vereinigt haben, soll nun eine neue leitende radikale Partei geschaffen werden. Mit Hülfe der Demokraten und Sozialdemokraten will man dann eine parlamentarische Mehrheit erzeugen, die den letzten Rest der königlich rekonstruierten „Revolutionsregierung" wegfegen soll.

Die konservative Blockpartei setzt vorerst alle Hebel in Bewegung, um den Minderheitsparteien — speziell unserer Fraktion — eine Maulkorbgeschäftsordnung aufzuzwingen, die nicht nur im allgemeinen die Redefreiheit einschränkt, sondern jeden Abgeordneten der Willkür des Präsidenten übergibt. Interpellationen — unsere wichtigste parlamentarische Tätigkeit — sollen mit 30 Minuten abgetan sein und die gesamte Debatte darf 2 Stunden nicht überschreiten!! Falls ein Minister die Interpellation nicht beantworten will, soll auch keine Diskussion zugelassen werden usw.!! Da es unseren Genossen versagt war, in der Kommission vertreten zu sein, um solche Bestimmungen verhindern zu können, wird das nötige im Plenum nachgeholt werden. Das ist die erste Arbeit im Storthing.

Von großem politischem Interesse wird die Veröffentlichung und Behandlung des Integritätstraktates sein, das von Deutschland, England, Frankreich und dem bankrotten Rußland garantiert worden ist. Der Reichsetat, der diesmal — wegen der veränderten Tagungszeit des Storthings — 15 Monate umfaßt, sieht nicht weniger als 125¼ Millionen Kronen gewöhnliche Ausgaben vor und 74 Millionen Kronen außergewöhnliche. Die letzteren betreffen ausschließlich Eisenbahnbauten und sollen im wesentlichen durch neue Staatsanleihen gedeckt werden. Für Zolleinnahmen sind 50½ Millionen Kronen vorgesehen. Der Zuckerzoll soll am 1. Januar 1909 um 5 Oere pro Kilogramm herabgesetzt werden — er beträgt jetzt 30 Oere.

Das Militärbudget verschlingt zirka 16 Millionen Kronen und das Marinebudget 6½ Millionen.

Lohnverbesserungen sind nicht vorgesehen, nur ganz wenige aus der niedrigsten Lohnklasse der staatlichen Beamten dürfen auf eine bescheidene Zulage hoffen — natürlich handelt es sich dabei mehr um die Erhaltung der „Gesinnung", als um eine wirkliche Besserstellung der niedrigsten Beamtenklassen.

Gewerkschaftliches.

Die Ritter von der traurigen Gestalt.

Die bürgerliche Schweizerpresse meldet, daß der Ritter v. Voldegg, der vor etwa eineinhalb Jahren nach Zürich kam, um hier quasi eine Filiale der berüchtigten „gelben Arbeiterpartei" in Frankreich zu gründen, „seine Bemühungen um Schaffung einer gelben Arbeiterpartei in Zürich mangels genügender Unterstützung eingestellt habe". Und doch hatte der gelbe Ritter bei der Eröffnung seines Züricher Geschäfts mit unnachahmlicher Weisheit erklärt, daß der schweizerische Arbeiter der „geborene gelbe" sei. Voldegg, der „hergelaufene fremde Chaib", wie die Gegner ausländische Sozialisten zu benennen belieben, hatte seitens des Unternehmertums längere Zeit hindurch große persönliche und materielle Unterstützung erhalten, um planmäßig und zielbewußt die Arbeiterschaft zu zersplittern, und wenn nun trotzdem das Endergebnis nur ein klägliches Fiasko ist, so ist die Phrase von dem „geborenen gelben schweizerischen Arbeiter" gründlich widerlegt. Voldegg hat in seiner „Gelben Arbeiterzeitung" im wüstesten Sauherdenton die Sozialdemokratie, insbesondere einzelne Genossen, beschimpft, aber das Fiasko beweist, daß man eine schlechte Sache auch nicht mit Gemeinheiten auf die Beine bringen kann. Voldegg hinterläßt immerhin an mehreren Orten verschiedene „gelbe Gewerkschaften" als Streikbrechervereine, die profitwitige Unternehmer zur Düpierung und Niederhaltung der Arbeiter gegründet haben. Aber auch diese gelbe Schmutzwelle wird bald verschwinden. Die schweizerische Arbeiterschaft hat die „gelbe Probe" musterhaft bestanden. Der „gelbe Ritter" will nun das Präsidium der „gelben Organisationen in Süddeutschland und der Schweiz" übernehmen und wahrscheinlich demnächst in Stuttgart auftauchen. Nach seinem Fiasko in der Schweiz kann er auch in Deutschland nur noch eine komische Figur machen.

Deutsches Reich.

Keine Verschmelzung in der Nahrungsmittelindustrie.

Zur Verschmelzung in der Nahrungs- und Genußmittelbranche nahm am Sonntag eine Versammlung des Brauereiarbeiterverbandes in Dresden Stellung. Nach längerer Debatte, an der sich auch Vertreter des Bäckereiarbeiterverbandes beteiligten, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 12. Januar 1908 stattfindende öffentliche Versammlung der Brauereiarbeiter Dresdens nimmt Kenntnis von den Beschlüssen, die die Vorstände der Zentralverbände der Nahrungs- und Genußmittelbranche am 22. November 1907 diskutiert haben. Die Versammlung spricht sich dahin aus, vorläufig von einer Verschmelzung abzusehen, da zur gegebenen Zeit noch ein größeres Feld in jeder Branche zu bearbeiten ist und viele Berufsgenossen zu organisieren sind. Die Zentralverbände werden ersucht, zur nächsten Generalversammlung dahin zu wirken, daß einheitliche Betriebsorganisationen geschaffen werden, um die Grenzstreitigkeiten zwischen einzelnen Gewerkschaften zu beseitigen, da sämtliche Arbeiter bei Lohnkämpfen schwer darunter zu leiden haben."

Des weiteren ersucht die Versammlung den Zentralvorstand, in Zukunft dahin zu wirken, eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation über ganz Deutschland zu schaffen."

Das letztere dürfte wohl auf lange Zeit hinaus nur ein schönes Ziel bleiben.

Vereinigung der Dresdener Tabakarbeiter und neue Zersplitterungsbestrebungen.

Die Einigung unter den Dresdener Tabakarbeitern ist nunmehr in Verfolg des Ergebnisses der Urabstimmung vollzogen. Der Lokalverband hat sich am 2. Dezember 1907 aufgelöst. Die Schlußabrechnung und Uebergabe der Kasse und Utensilien an die Dresdener Verwaltung fand am 5. Januar unter Beisein eines Mitgliedes des Zentralvorstandes des Tabakarbeiterverbandes statt.

So erfreulich dieses Resultat im Interesse der Arbeiterbewegung ist, so bedauerlich ist es, daß sich ein Teil der Sonderbündler dem Vereinigungsbeschluß nicht fügen will und eifrig die Zersplitterungsarbeit weiter betreibt und eine neue Sonderorganisation mit Anschluß an die Reste der Freien Vereinigung betreibt, die durch ihre Emissäre, wie es scheint, überall eifrig wühlt, um den Verlust, der ihr durch die erfolgte Einigung im Baugewerbe erwächst, wieder wett zu machen. Das wird natürlich unmöglich sein, aber an dieser Zersplitterungsarbeit haben doch schließlich nur die Unternehmer ihre Freude.

Zum Kampf im Holzgewerbe.

Die Zustimmung der Stuttgarter Holzarbeiter zu den Bedingungen der Unternehmer ist, wie uns von dort mitgeteilt wird, kein bloßer Schachzug gewesen, um die Verhandlungen in Leipzig nicht stattfinden zu lassen, sondern charakterisiert sich als ein Sieg der Arbeiter! Sie haben die zweimal verbesserten Zugeständnisse der Fabrikanten jedesmal einstimmig abgelehnt, und erst nach der dritten Verhandlung, in welcher die Fabrikanten nochmals zu erheblich weitergehenden Bewilligungen genötigt waren, die Vereinbarungen ihrer Kommission gutzuheißen.

Eine Aussperrung von 20 Wochen Dauer beendet. Am Sonnabend, 11. Januar, wurde die Aussperrung der Schuhmacher in Dettweiler i. E. für beendet erklärt, nachdem die Fabrikanten dem Gewerbeinspektor, der die Vermittelung übernommen hatte, gesagt hatten, daß sie nichts mehr gegen die Zugehörigkeit der Arbeiter zur Organisation haben. Ferner soll eine acht- bis zehnprozentige Lohnerhöhung eintreten und für die in den Fabriken beschäftigten Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde eintreten. Am Montag, 13. Januar, wurde die Arbeit aufgenommen.

Ausland.

Der Autobusstreik in London.

Das Ultimatum der Omnibusgesellschaft, nach welchem die Streikenden zur Arbeit zurückkehren oder sich als entlassen betrachten sollten, hat seine Wirkung verfehlt. Der Streik besteht fort. In einer Versammlung der Streikenden, an der auch ihre Frauen teilnahmen, wurden die lächerlichen Drohungen der Gesellschaft und die Versuche, die Leute zur Aufnahme der Arbeit zu zwingen, als „Bluff" (ein recht dreister Versuch, jemand zu verblüffen) gekennzeichnet. Die Gesellschaft behauptet, daß sie in einer Woche alle Plätze besetzt haben werde. Die Zahl der Wagen, die mit Streikbrechern bemannt sind, hat sich auf 45 bis 50 vermehrt.

Die Spitzbuben haben gute Zeit!

Wie uns gemeldet wird, wurden gestern im Kreise Nieder-Barnim die Extrazahlabende von Gendarmen überwacht. Eine sehr verständige Anordnung, die hoffentlich zu einer dauernden wird. Denn oft haben wir bedauert, daß Polizeibeamte und Gendarmen leider so wenig vom Sozialismus verstehen und auch wenig Gelegenheit hatten, ihre irrige Auffassung über die Sozialdemokratie zu korrigieren. Ging doch früher die Furcht vor der aufklärenden Wirkung der sozialistischen Lehre so weit, daß der selige Herr v. Oppen in Adlershof keine Beamte zur Ueberwachung in sozialdemokratische Versammlungen entsandte, weil er der sehr richtigen Auffassung war, die Beamten würden durch das Anhören der sozialistischen Vorträge Sozialdemokraten. Hoffentlich sorgen unsere Niederbarnimer Genossen durch oftmaliges Abhalten von Extrazahlabenden dafür, daß das Versäumte nachgeholt wird.

Den Spitzbuben, die in den Städten und Dörfern ihre unheilvolle Tätigkeit ausüben, kann man ja während der Zeit, wo von den Beamten die Zahlabende besucht werden, Burgfrieden gebieten!

Oder sollte die Ueberwachung etwa aus Furcht vor der Sozialdemokratie geschehen?

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Berliner Polizei ins Stammbuch!

Rom, 14. Januar. (W. H.) Der König empfing heute zwei Steinmetze vom Viktor Emanuel-Denkmal als **Deputation aller, die kürzlich vor dem König eine Straßendemonstration veranstaltet haben. Der König erklärte, er habe die Demonstration nicht übel genommen und sei stets bereit, Beschwerden der Arbeiter entgegenzunehmen.** Das dritte Mitglied der Deputation, der republikanische Stadtverordnete Cardarelli, der ebenfalls hatte zu Hofe gehen wollen, wurde von seiner Partei daran gehindert.

Was sagt der preußische Polizeiminister dazu?

Opfer des Eisenbahnbetriebes.

Elberfeld, 14. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Heute morgen wurde auf dem Bahnhof Mittelbarmen der Bahnsteigschaffner Nikolai aus Hagen **mit eingedrückter Brust tot aufgefunden.** Man nimmt an, daß N. in der Nacht vom Wagen gefallen und **zwischen die Puffer geraten sei.**

Gewerbegerichtswahl.

Lüdenscheid, 14. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Heute sind zum erstenmal die Wahlen zum Gewerbegericht unserer Stadt **nach dem Verhältnissystem erfolgt.** Die Beteiligung der Arbeiter war sehr stark. **Die Sozialdemokraten erhielten 8, die Arbeiter der bürgerlichen Partei 2 Vertreter.**

Beim Eislauf ertrunken.

Paris, 14. Januar. (W. T. B.) Auf dem seit einigen Tagen gefrorenen See des Bois de Boulogne brachen heute nachmittag beim Schlittschuhlaufen **an 30 Personen ein.** Nach dem einen Bericht sind **fünf oder sechs Personen ertrunken,** nach einer anderen Version beträgt die Zahl der **Ertrunkenen 14 bis 15.** Mehrere Personen wurden erheblich verletzt.

Armer Tolstoi!

Petersburg, 14. Januar. (W. H.) Der **heilige Synod** beschloß die **Wiederaufnahme des exkommunizierten Leo Tolstoi in die orthodoxe Kirche.**

150 Personen getötet.

New York, 14. Januar. (W. T. B. auf deutsch-atlantischem Kabel.) Wie aus Boyertown gemeldet wird, wurden bei dem Brande des Opernhauses nach der jetzigen Schätzung **150 Personen getötet und 75 verletzt.** (S. a. unter Vermischtes.)

Ein dreistes Räuberstück.

Taschkent, 14. Januar. (W. T. B.) Gestern nacht überfiel eine Räuberbande unweit Taschkent einen Güter- und Personenzug. Die Räuber hatten zuvor die **rote Laterne aufgezogen.** Als der Zug mit ganz verminderter Geschwindigkeit herankam, **bemächtigten sie sich der Lokomotive, lösten sie los, trieben sie gegen den Zug, wodurch zwei Wagen zertrümmert wurden,** und warfen sodann **eine Bombe** unter den Wagen, in dem sich **ein Kassierer mit einer 10 000 Rubel enthaltenden Kasse befand.** Die Schutzwache schlug jedoch den Angriff der Räuber zurück und verwundete zwei, die von ihren Genossen davongetragen wurden. Das Geld ist unversehrt. Ein Soldat wurde verwundet.

Eisenbahnunglück.

Preßburg, 14. Januar. (W. H.) Bei Trstma entgleiste ein Personenzug. **Ein Kondukteur wurde getötet,** ein Postwagen zertrümmert.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

76. Sitzung vom Dienstag, den 14. Januar 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg, Hafenstein.

Eingegangen ist eine Interpellation Albrecht u. Gen. (Soz.):

Aus welchen Gründen hat der Reichskanzler in der Sitzung des preußischen Landtages vom 10. Januar die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf einen Bundesstaat als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet; und

billigt der Herr Reichskanzler, daß aus Anlaß der am 12. Januar in Berlin zur Propaganda dieses Reichstagswahlrechts einberufenen sozialdemokratischen Volksversammlungen zum Zwecke etwaigen Einschreitens Militär in den Kasernen konsigniert war?"

Die Verlesung der Interpellation wird von den Konservativen mit Lachen aufgenommen. Sie soll auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werden.

Auf der Tagesordnung steht zunächst

die Interpellation des Grafen v. Kanitz (k):

„Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um den Unzuträglichkeiten zu begegnen, welche sich aus der jetzigen Höhe des Bankdiskonts ergeben?"

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Graf **v. Kanitz** (k.): Nachdem gestern der Bankdiskont etwas herabgesetzt ist, scheint der Moment zur Beantwortung, die lange hinausgeschoben wurde, heute sehr sorgfältig gewählt. (Heiterkeit.) Unsere Interpellation ist aber auch heute keineswegs gegenstandslos. Ein Grund für das lange Hinausschieben der Beantwortung der Interpellation ist wohl der Wechsel im Reichsbankpräsidium. Ich benutze diese Gelegenheit, um dem scheidenden Präsidenten, Herrn Koch, Worte der Anerkennung für seine Arbeit und Pflichterfüllung in schweren Zeiten zu widmen. — Einen ähnlich hohen Bankdiskont haben wir auch schon früher gehabt, in den Jahren 1899 und 1900. Was aber die jetzige Erscheinung so bedrohlich macht, ist ihr internationaler Charakter. Die gegenwärtige Krise ist nicht durch eine Ueberproduktion hervorgerufen, sondern durch Geldknappheit und mangelnde Aufnahmefähigkeit des Marktes. Infolgedessen haben wir eine große Arbeitslosigkeit. Nur das Kohlensyndikat behält den Kopf oben und erhöht noch die Preise. Der hohe Diskont bedeutet ein kolossales Anwachsen unserer Zinslast. Die Wertpapiere haben 25 Proz. ihres Wertes verloren. Der geringe Stand der Pfandbriefe schädigt aufs schwerste die Landwirtschaft. (Zustimmung rechts.) Traurig sieht es auch auf dem Hypothekenmarkte aus, wodurch wieder die Mieten gesteigert werden. Der Anstoß zur gegenwärtigen Krise ist von Amerika ausgegangen. Als Ursache ist zum Teil das Vorgehen des Präsidenten Roosevelt gegen die Trusts zu betrachten. (!) Aber das ist nicht allein der Grund für den Goldbedarf Amerikas; viel zu wenig beachtet ist unsere ungünstige Handelsbilanz — beziehen wir doch von Amerika für 500 Millionen Mark mehr Waren als Amerika von uns, ja im Jahre 1906 betrug unsere Unterbilanz sogar 600 Millionen Mark. Der hierdurch verursachte Goldabfluß nach Amerika verursacht den hohen Bankdiskont. Durch welche gesetzlichen Maßnahmen kann die Wiederkehr solcher Zustände vermieden werden? Blicken Sie zur Beantwortung dieser Frage nach Frankreich, das keine ungünstige Handelsbilanz gegen Amerika hat, das aber auch von der jetzigen Krise nicht berührt ist und einen Diskont von 4 Proz. gehalten hat, den es jetzt auf 3½ Proz. herabgesetzt hat. Dort spielt aber auch das Silber eine viel bedeutendere Rolle neben dem Golde als bei uns. Von einem ähnlichen Vorgehen unserer Reichsbank fürchtete der Präsident Koch eine Erschütterung unserer Währung. Hätte der leitende Staatsmann aber vor 34 Jahren alle Konsequenzen vorausgesehen, so wären wir nicht zur reinen Goldwährung übergegangen. (Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Auch bei uns sollte die Reichsbank die Befugnis erhalten, statt die Diskontschraube anzuziehen, ihre Zahlungen in größerem Umfange als bisher in Silber zu leisten. (Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Anstatt das umlaufende Silber zu vermehren, werden aber bei uns vielmehr die Taler eingezogen. Auch für den Kriegsfall brauchen wir mehr Silber. Beachtenswert sind die Vorschläge, die der Präsident der Seehandlung, Herr Heiligenstedt, gemacht hat. Viel verspreche ich mir auch von einer eingehenden Enquete des Bankwesens. Wir müssen um unseren Goldschatz eine silberne Mauer errichten; je dicker sie sein wird, umso sicherer wird der Goldschatz sein. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg**: Der andauernde Aufschwung unseres Wirtschaftslebens kann nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Geldverhältnisse bleiben. Die gesteigerte Intensität des Güteraustausches hat eine außergewöhnliche Nachfrage nach Geld und Kapital gezeitigt, was zu einer außerordentlichen Erhöhung des Leihpreises für Geld geführt hat.

Gestern konnte der Reichsbankdiskont um 1 Proz. herabgesetzt werden, weil die noch am Jahresschluß andauernde starke Spannung des Status der Reichsbank in den ersten sieben Tagen des laufenden Monats merklich nachgelassen hat und weil auch die internationale Spannung eine Abschwächung erfahren hat. Daß dies gerade am Vorabend der Beantwortung der heutigen Interpellation eintreten würde, hat niemand voraussehen können. (Sehr wahr! links.) Wenn das deutsche Wirtschaftsleben in seiner Gesamtheit als durchaus gesund zu bezeichnen ist, so haben zweifellos unsere Münzverhältnisse dazu beigetragen. (Sehr richtig! links.) Es gereicht mir zur besonderen Befriedigung, dies gerade in dem Moment feststellen zu können, in welchem der langjährige Präsident der Reichsbank von seinem verantwortungsvollen Posten zurückgetreten ist. (Bravo! links.) Das Festhalten an der Grundlage unserer Geld- und Bankverfassung hindert uns aber nicht, in eine Erörterung darüber einzutreten, ob bei voller Aufrechterhaltung unserer Goldwährung in der einen oder anderen Richtung bessernde Maßnahmen ergriffen werden können.

Auf Antrag des Abg. v. Normann (k.) wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Dr. **Weber** (natl.) wirft dem Abg. Grafen Kanitz vor, aus den an sich richtig angegebenen Ziffern der deutsch-amerikanischen Handelsbilanz gewagte und zum Teil offensichtlich unrichtige Folgerungen gezogen zu haben. Es gehe nicht an, die stabile französisch-amerikanische Handelsbilanz mit den zunehmenden Riesenziffern des deutsch-amerikanischen Handels in Vergleich zu stellen. — Redner bestreitet unter heftigem Widerspruch des Abg. Dr. Arendt, daß der hohe Bankdiskont irgendwie mit der Währungsfrage zusammenhänge. In der Schweiz, die doch Doppelwährung hat, ist der Bankdiskont so hoch wie bei uns. (Dr. Arendt widerspricht fortwährend.) Vielerorts wird die Einziehung der Talerstücke beklagt. (Abg. Dr. Arendt nickt melancholisch zustimmend.) Aber schließlich wird sich das deutsche Volk auch an andere Münzsorten gewöhnen. Das Publikum, namentlich auch die kleinen Leute, die Arbeiter usw. müssen sich nach englischem Vorbild mehr daran gewöhnen, statt in Gold und Silber ihre Löhne usw. wenigstens zum Teil, in Papier ausgezahlt zu erhalten. Hoffentlich findet man bei der angekündigten Enquete über das Bankwesen Maßregeln, die einer Wiederkehr eines Bankdiskonts von 7½ Prozent vorbeugen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Reichsbankpräsident **Havenstein**: Man muß sich zunächst über die Gründe der Erhöhung des Diskonts klar werden. Ich teile nicht die Meinung, daß er in entscheidender Weise bedingt ist durch den Geldumlauf, und ich glaube nicht, daß eine Aenderung der Umlaufsmittel genügt, ihn herabzusetzen. (Die weiteren Ausführungen des Redners werden mit so leiser Stimme gemacht, daß sie auf der Tribüne im Zusammenhange unverständlich bleiben.)

Abg. **Kaempf** (frs. Vp.): Die gegenwärtige Krise ist aus Amerika zu uns gekommen, dem gepriesenen Lande des Bimetallismus. Unser Goldwesen hat sich dem amerikanischen Ansturm gegenüber in geradezu bewundernswerter Weise behauptet. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Graf Kanitz verlangt eine stärkere Ausprägung von Silbermünzen. Das ist nicht eine Frage der Bankpolitik, sondern des Verkehrs. Ich habe nichts dagegen, wenn der Verkehr mehr Scheidemünzen verlangt, aber das Verkehrsbedürfnis muß das Maßgebende sein, nicht etwa der Wunsch, einen Münzgewinn zu machen und dadurch den Finanzen aufzuhelfen. Das wäre das verkehrteste, was man tun könnte. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Ehe Sie nicht beim Militär und der Marine erhebliche Ersparnisse machen können, kommen Sie nicht zu einer vernünftigen Finanzpolitik. (Sehr richtig! links.) Und was das allerwichtigste ist: Wir kommen in Deutschland nicht zu einer vernünftigen Bank- und Finanzpolitik, wenn Sie nicht die Wirtschaftspolitik des Reiches ändern. (Lebhafte Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Da liegt der Hund begraben. (Heiterkeit.) Ich hätte gewünscht, daß der Reichskanzler auf die Interpellation geantwortet hätte: Helfen Sie mir umkehren mit unserer Wirtschaftspolitik, dann wird es besser werden. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen, Zischen rechts.)

Abg. Frhr. **v. Gamp** (Rp.): Wie unrecht der Vorredner hat, geht daraus hervor, daß auch England, das Musterland des Freihandels, unter derselben Krise leidet wie wir. (Die folgenden Ausführungen bleiben, zumal da der Redner der Tribüne den Rücken zuwendet, völlig unverständlich.)

Ein von allen Parteien gestellter Vertagungsantrag wird einstimmig angenommen. Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung; Poleninterpellation über die Enteignungsvorlage; die Interpellation über die Reform des Knappschaftswesens).

Schluß 6¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom Dienstag, den 14. Januar, 12 Uhr.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben, v. Moltke, Beseler.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. **Herold** (Z.): Die fortgesetzten Etatsüberschreitungen sind sehr zu bedauern. Die Abwanderung in die unterste Wagenklasse der Eisenbahn — bekanntlich trägt diese vielerörterte Tatsache beträchtlich dazu bei, die Eisenbahnerträge zu senken — geht auf die vermehrten Annehmlichkeiten zurück, daß die vierte Klasse jetzt viel komfortabler eingerichtet ist, als früher. Man kann es keinem Menschen verdenken, daß er so billig wie möglich reisen will. (Zustimmung.) Ob zurzeit schon neue Steuern notwendig sind, scheint mir zweifelhaft. Wir haben ja glücklicherweise sparsam gewirtschaftet. Um den Etat günstiger zu gestalten, haben wir ein einfaches Mittel: wir brauchen nur 40 Millionen Schulden weniger zu tilgen. (Große Heiterkeit.) Die Schwierigkeiten, die der preußische Etat bietet, werden erhöht durch die völlig unsichere Finanzlage des Reiches. Unsere Partei ist ja für die Reichspolitik ausgeschaltet. Wir wissen nicht, wie man die Sanierung der Reichsfinanzen bewerkstelligen wird. Wir halten daran fest, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten vorbehalten bleiben. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Ich bedauere, daß Abg. Dr. Friedberg gestern sagte, die Souveränität der Einzelstaaten habe infolge der Reichsgesetzgebung aufgehört. Solche Aeußerungen sind nicht geeignet, die Bundesfreudigkeit zu erhöhen. (Sehr richtig! im Zentrum.) An der bewährten Etatsaufstellung halten wir fest trotz der absprechenden Kritik der Abgg. Dr. Friedberg und Frhr. v. Zedlitz.

Wenn ich mich zu der Steuerpolitik im allgemeinen wende, so bemerke ich, daß wir einen Antrag gestellt haben, wonach in höherem Maße als bisher die Erziehungslasten bei der Einkommensteuer abzugsfähig sein sollen. Der Kohlenteuerung müßte entgegengewirkt werden. Dem ungesunden Wirken der Syndikate, insbesondere des Kohlensyndikats, sollte durch Schaffung eines Aufsichtsrates über die Syndikate entgegengetreten werden. In den Kolonien baut man Bahnen ohne Rücksicht auf die Rentabilität, aber im Vaterlande wird immer die Rentabilität in den Vordergrund gestellt. (Zustimmung im Zentrum und links.) Zu begrüßen sind die in Aussicht genommenen höheren Aufwendungen für das landwirtschaftliche Schulwesen. Die Mahnung zur Sparsamkeit, die der Minister aussprach und die er besonders auch an die Kommunen richtete, waren uns wohl allen sympathisch. Aber gerade die Kommunen werden gegen ihren Willen von der Staatsregierung zu erheblichen Ausgaben veranlaßt, z. B. auf dem Gebiete des Schul- und des Krankenwesens. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auf dem Gebiete der Schulaufsicht halten wir die Aufrechterhaltung der geistlichen Schulaufsicht (!) für das richtige. Der Ortsschulinspektor darf in seinen Vollmachten nicht zu sehr eingeschränkt werden. Die Schule soll der Kirche nicht untergeordnet sein, aber Kirche und Kommune sollen gemeinsam die Schule leiten, dann wird ein gesundes Geschlecht erzogen werden. (Zustimmung im Zentrum.)

Der Abg. Fischbeck hat es am Freitag als erfreulich bezeichnet, daß die Regierung sich überhaupt mit der Reform des Wahlrechts beschäftigt. Wenn das so erfreulich ist, so ist der Abg. Fischbeck außerordentlich bescheiden geworden. (Heiterkeit.) Kein gleiches Wahlrecht, keine geheime Stimmabgabe stellt die Regierung in Aussicht. Da

Kleines Feuilleton.

Ein Bombenattentat vor 50 Jahren. Am 14. Januar war ein halbes Jahrhundert verflossen, seit der glühende italienische Freiheitsschwärmer und Republikaner Orsini gegen Napoleon III., in dem er einen Feind der italienischen Bestrebungen sah, in Paris das ungeheures Aufsehen erregende Bombenattentat unternahm. Napoleon der Kleine kam damals mit dem Schrecken davon, Orsini und einer seiner Gefährten wurden hingerichtet. Der ehemalige Adjutant von Garibaldi, der schon durch sein mutiges Eintreten für die italienische Sache in jungen Jahren sich hervorgetan und durch seine außerordentlich kühne Flucht aus der Festung Mantua bekannt geworden war, wurde zu einer von allem romantischen Schimmer umkleideten legendären Persönlichkeit. Gambetta schrieb damals unter dem frischen Eindruck an seinen Vater: „Orsini und seine Gefährten sind so stumm wie jemand, der von Geburt taubstumm ist. Sie sind entschlossen zu sterben, denn es sind keine Verbrecher, wie man sie jeden Tag sieht; Mörder aus politischer Ueberzeugung, von falschen Grundsätzen in die Irre geführt, sind sie wahrscheinlich von ihren Rechten durchdrungen; sie halten sich für Brutusse und würden sich wie der Bruder des Harmodius ihre Zunge abbeißen, damit sie sie nicht verrate." . . . Von Orsini entwirft er folgendes Bild: „Orsini ist ein noch ganz anderer Mann als Bonaparte: Orsini würde selbst aus der Hölle entweichen, Bonaparte ist nur aus Ham entwichen; wenn man ihn in die Festungstürme von Mantua gesetzt hätte, wäre er, wie ich wetten möchte, noch heute da. Er wäre nicht der Mann gewesen, aus einem streng bewachten Kerker zu entfliehen, mit Hilfe eines zu kurzen Strickes aus einer Höhe von 90 Fuß herunterzuspringen und trotz des furchtbaren Sturzes mit gebrochenem Knie den See von Mantua zu durchschwimmen. Mit solchen Taten verglichen, sind die Taten Latudes nur ein Kinderspiel; er hat dreißig Jahre gebraucht, um Kerkerpfähle von 20 Fuß zu durchbohren. Orsini öffnete sich in dreißig Tagen ein dreifach vergittertes Fenster, das sich zwanzig Fuß unter dem Boden befand, und drang durch ein Guckloch, in das nicht einmal die Sonne hineinsehen konnte, ins Freie. Wenn man ein Pantheon für Verbrecher errichten könnte, würde ich diesem Manne in aufrichtiger Bewunderung einen Votivkranz stiften."

In der Welt, in der die Sensation und die schöne Geste alles ist, wurde Orsini sogar populär. Der Graf Alex. von Hübner, der damals österreichischer Botschafter in Paris war, gibt folgendes Stimmungsbild aus der Pariser Gesellschaft: „Frankreich war durch das Attentat in eine Art Rausch versetzt, und diese aufgeregte Stimmung griff auch noch in den Prozeß ein, der Orsini und seinen Helfershelfern gemacht wurde. Jules Favre, der mit flammender Rhetorik den Mörder verteidigte, las einen Brief Orsinis an den Kaiser vor, der seine Motive stolz auseinandersetzte und den Satz enthielt: „Mögen Eure Majestät bedenken, daß die Ruhe Europas und die Eurer Majestät, insolange Italien nicht unabhängig ist, nur eine Schimäre bleiben wird." — „Mittlerweile ist Orsini der Held des Tages geworden," schreibt Hübner in seinem Tagebuch unterm 28. Februar: „Der Kaiserin ist gänzlich der Kopf verdreht, sie verbringt ihre Zeit mit Weinen und ruft die Milde ihres Gemahls an, um das Leben dieses Elenden zu retten." Und über die Hinrichtung berichtet derselbe Feudale: „Die Regierung hatte einen bedeutenden Aufwand an Truppen, sechstausend Mann, für nötig gehalten, aber die Menge verhielt sich ruhig und die Ordnung wurde nicht gestört. Die schöne Welt ist von der Würde, der Ergebung, der Seelengröße des Mörders Orsini entzückt. Besonders fiel die Vornehmheit seiner Gebärde auf, mit der er seine dichten pechschwarzen Haare vom Nacken streifte, bevor er sich dem Scharfrichter überlieferte . . ."

Humoristisches.

Versammlungsfreiheit. Im Pommerschen wurde ein Pfarrer von einem Amtsvorsteher in eine Polizeistrafe von fünf Mark genommen, weil er dem Vereinsgesetz zuwider eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel ohne polizeiliche Genehmigung abgehalten habe. Diese öffentliche Versammlung bestand in einer Kirchhofsfeier am Totensonntag. Dem strebsamen Amtsvorsteher winkt für seinen Pflichteifer eine besondere Auszeichnung; man schwankt zwischen dem Kronenorden 4. Klasse und einem Denkmal im Berliner Tiergarten. Das wird ihn hoffentlich zu weiteren Taten anspornen, so daß wir aus seinem Bezirk bald folgende Meldungen lesen werden:

Der Amtsvorsteher erließ gegen die Erben des sozialdemokratischen Stadtverordneten Blutrot einen Strafbefehl, weil ihr Erblasser eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel ohne polizeiliche Genehmigung veranlaßt hatte. Die öffentliche Versammlung war das Begräbnis des Herrn Blutrot.

Auch gegen den Gefängnisdirektor Haft von Zellsitz ging der Amtsvorsteher aus demselben Grunde vor; dieser hatte die sämtlichen Gefangenen seiner Anstalt jeden Mittag zum Spaziergang im Gefängnishofe versammelt. Vergebens wandte der Gefängnisvorsteher ein, die Versammlung sei keine öffentliche, sondern eine geschlossene Gesellschaft gewesen. Der Amtsvorsteher entschied, diese Versammlungen seien deswegen öffentlich, weil der Zutritt jedem nach Belieben gestattet sei; er brauche nur zu stehlen oder zu betrügen oder zu unterschlagen, was im Belieben jedes Einzelnen stehe.

Nur dem Warenhausbesitzer Schlauwitz, der eines Tages durch eine interessante Schaufensterdekoration eine öffentliche Versammlung vor seinem Geschäftslokal veranlaßt hatte, gelang es, seine Freisprechung zu erzielen. Er wies nach, daß es an diesem Tage geregnet und daß jeder Mensch vor seinem Lokale einen aufgespannten Regenschirm getragen habe. Jeder Teilnehmer habe also unter Dach gestanden, so daß die Versammlung nicht unter freiem Himmel stattgefunden habe. („Jugend".)

Notizen.

— Bühnenchronik. Richard Vallentin, der Oberregisseur des Hebbel-Theaters, ist in jungen Jahren nach längerem Leiden in Berlin einer Lungenentzündung erlegen. Als Schauspieler war er von 1896—1901 am Deutschen Theater und dann am Lessingtheater tätig. Obwohl seine Kunst des Charakterisierens ihm Erfolge gewährleistete, ging er an Reinhardts Kleinem Theater zur Regie über, wo er sich bald die ersten Sporen verdiente. Dann kam er vorübergehend ans Wiener Deutsche Volkstheater. Am Hebbel-Theater schien ihm die erwünschte Stelle zu teil geworden, an der er seine Fähigkeiten entfalten konnte. Nun ist er gestorben, ehe seine Absichten zu Taten wurden.

— Opernchronik. „Maja", ein Musikdrama in 2 Akten von dem Münchener Komponisten Adolf Vogl, erzielte bei der Uraufführung in Stuttgart einen starken Erfolg. Es ist bereits vor 12 Jahren vollendet worden und hält sich dem Inhalt und der musikalischen Ausführung nach ganz in den Bahnen Wagners. Der Erlösungsgedanke ist der Grundgehalt des Textes, der die Macht reiner Menschenliebe verherrlicht. Die eklektische Musik ist reich an malerischer Erfindung und lyrischem Schwunge. — Eine „jiddische" Oper in London. Die Feinmansche Gesellschaft führt am Pavillon-Theater in London ein „jiddisches" Melodrama mit Musik auf, das begeisterte Aufnahme findet. Der Text behandelt die Geschichte des jüdischen Nationalhelden Simon Bar Kochba, der die Juden bei ihrem heldenhaften Aufstand gegen die römischen Unterdrücker, siebzig Jahre nach der Zerstörung von Jerusalem, anführte. Der Bösewicht des Stückes ist ein samaritischer Diamantenhändler Papus, der dasselbe Mädchen wie Bar Kochba liebt und die Juden an den römischen Feldherrn verrät. Der Held wird gefangen genommen, zerreißt aber seine Ketten und vereinigt sich am Ende mit der Geliebten. Die Personen sprechen im jüdischen Jargon und nur bei den Höhepunkten der Handlung greift die Musik ein, die in einem sentimental weichlichen Stil gehalten und von einem Komponisten namens Goldfaden komponiert ist. Bei der Erstaufführung jubelte das Publikum, das hauptsächlich aus Juden bestand, dem Helden zu und verfluchte den Verräter. Einige besonders enthusiasmierte Zuschauer mußten aus dem Theater entfernt werden.

— Ein Festspiel, das seinen Beruf verfehlte. Zur Einweihung des neuen Weimarer Theaters hatte außer dem offiziell bestellten Festdichter Richard Voß auch Wildenbruch seiner Lyra hochgespannte Töne entlockt. Aber „das Hohelied zu Weimar" blieb unaufgeführt, da irgendwo der höfische Kontakt versagte. Wildenbruch ist jetzt unter die Männer mit Bürgerstolz gegangen und hat seine zum Papierdasein verurteilte Festdichtung der Stadt Weimar in Liebe dargebracht. Das schmeckt ja beinahe nach Revolution in der Literatur und ist für deutsche Verhältnisse ja ungefähr eine Tat, freilich eine posthume abgelegte. Sollte Wildenbruch, der übrigens eben von Wien aus für den Grillparzerpreis in Aussicht genommen ist wegen oder trotz seines letzten Dramas „Die Rabensteinerin", Karl Augusten und die anderen Begründer der klassischen deutschen Literatur etwa hinter die beiläufigen Goethe und Schiller zurückgestellt haben? U. A. w. g.

— Holger Drachmann, der kraftvolle, ungebundene dänische Dichter und Kämpfer, ist in einer Heilanstalt in Hornbaek bei Kopenhagen Dienstagvormittag gestorben. Der noch ein Recke schien an Lebensmut und Frische, ist nun doch nur 62 Jahre alt geworden. Von seinem Leben und Dichten, das auch nach Deutschland hinüberspielte, wird noch ausführlicher zu reden sein.

scheinen doch die Beziehungen zu dem ersten Beamten des Reiches eine wunderbare Wirkung zu haben. (Große Heiterkeit.) Gegen die im Wahlrechtsantrag geforderte anderweitige Einteilung der Wahlkreise mußten wir uns erklären, aber wir hätten den dringenden Wunsch gehabt, daß die Nationalliberalen für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gestimmt hätten, dann hätten wir die Mehrheit dafür gehabt! (Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Wahlrechtsdemonstrationen auf der Straße beklagen wir entschieden, besonders im Interesse der irregeführten Bevölkerung. Durch solche Demonstrationen wird die Wahlrechtsreform gestört. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Ministerpräsident hat erklärt, die Regierung enthalte sich jeder Wahlbeeinflussung. Früher aber haben wir gehört, daß die Beamten die Politik der Regierung zu fördern haben. Die Agitation des Flottenvereins, besonders gegen das Zentrum, ist von höher Stehenden als dem Reichskanzler gemißbilligt worden. Die Blockpolitik ist im Reichstage proklamiert worden. Ob sie auch aufs Abgeordnetenhaus ausgedehnt werden soll, darüber sind sich die Blockgelehrten noch nicht ganz einig! (Heiterkeit.) Das Zentrum sollte ausgeschaltet werden, weil es zu mächtig geworden sei. Nun, worin liegt die Stärke des Zentrums? Darin, daß es gute Anträge gestellt und gute Anregungen gegeben hat, die von der Mehrheit des Reichstages und der Regierung gutgeheißen wurden. Dabei hat man dem Block das Zentrum als Muster hingestellt, das ja auch aus den verschiedensten Elementen bestehe; warum sollten nicht auch die verschiedenen Elemente in den Blockparteien zusammenwirken können. (Heiterkeit.) Das Zentrum hat stets dahin gestrebt, mit den Andersgläubigen im Frieden zu leben, wie er auch bei dem Empfange des Kaisers in Münster zur Geltung gekommen ist. In diesem Geiste werden wir auch weiterhin wirken und schaffen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. **Wiemer** (frs. Vp.): Die ungünstigen Ergebnisse des Jahres 1907 sind zum großen Teil auf die Teuerung zurückzuführen, die eine Folge der Zollpolitik ist. (Sehr richtig! links.) Durch die Zollpolitik ist die Industrie schwer geschädigt worden, und die ganzen Produktionskosten sind durch sie verteuert worden. Mancher Bauer ist allerdings inzwischen auch schon zu der Erkenntnis gekommen, daß infolge der Verteuerung der Futtermittel durch die hohen Zölle die Viehzucht unrentabel sein muß.

Was die neue Anleihe angeht, so halten wir es für bedenklich, den vierprozentigen Zinsfuß auf eine so lange Zeit zu bewilligen. Die Fahrkartensteuer sollte möglichst bald beseitigt werden. Die Finanzkalamität im Reiche rührt aus der Zeit her, da das Zentrum ausschlaggebende Partei war. (Sehr richtig! links.) Mit indirekten Steuern ist unser Volk schon übergenug belastet und wir müssen uns gegen deren weitere Ausdehnung entschieden aussprechen.

Notwendig ist eine Vermehrung der Richter. Bei einer Reform der Strafprozeßordnung sollte man die Lehre des Hardenprozesses berücksichtigen. Ohne Vorwissen des Justizministers konnte das zweite Verfahren nicht angeordnet werden. Es ist eine ausreichende Erklärung nicht dafür gegeben worden, warum die öffentliche Anklage zunächst abgelehnt wurde. (Sehr richtig! links.) Man hat vielfach den Eindruck gewonnen, daß im Widerspruch mit dem Rechtsgefühl des Volkes der Rechtsspruch des ersten Verfahrens annulliert worden ist. (Sehr richtig! links.) Ich weiß nicht, ob in dieser Sache auch vom Polizeipräsidium Fehler gemacht worden sind, es hat ja da jetzt ein Wechsel in der Leitung des Polizeipräsidiums stattgefunden.

In diesem Jahre feiern wir das hundertjährige Jubiläum der Städteordnung. Da ist es angezeigt, auf die Notwendigkeit der Ausdehnung und Stärkung der Selbstverwaltung hinzuweisen. Wir haben einen neuen Minister des Innern. Wir hoffen, daß er sich von der Unparteilichkeit gegen alle Parteien leiten lassen wird. Wir verlangen „gleiches Recht für alle". (!) Die Erklärung des Ministerpräsidenten über die unparteiliche Haltung der Regierung nimmt sich beinahe wie Spott aus. Möge der neue Minister des Innern den nachgeordneten Behörden die Anweisung geben, daß sie sich den verschiedenen Parteien gegenüber unparteiisch zu verhalten haben. (Beifall links.)

Auch einen neuen Kultusminister haben wir. Die Aera Studt war kein Ruhmesblatt für die preußische Kulturgeschichte. (Lebhafte Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Ich hoffe, daß sein Nachfolger andere Bahnen einschlagen wird.

Bedauern muß ich die Erklärung des Fürsten Bülow in der Wahlrechtsfrage. Es haben Verhandlungen im Kreise meiner Freunde stattgefunden und ich bin beauftragt, auszusprechen, daß die freisinnigen Fraktionen des Abgeordnetenhauses die Erklärung der preußischen Regierung als eine völlig unzureichende Antwort ansehen. (Sehr wahr! links.) Dieser Auffassung traten auch die fünfzig Kollegen der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft des Deutschen Reichstags einmütig bei. Ich will bei dieser Gelegenheit auch gleich die Anschauung zurückweisen, als hätten nichtpreußische Politiker sich um die preußische Wahlreform nicht zu kümmern. Preußen ist der größte Bundesstaat, sein Einfluß ist entscheidend für das Deutsche Reich, und dieser Einfluß wird bestimmt durch die Beschlüsse des preußischen Landtags, der die Handlungen der Minister zu kontrollieren hat, und darum ist das preußische Wahlrecht nicht eine rein preußische, sondern eine deutsche Angelegenheit. (Sehr richtig! links. Lebhafter Widerspruch rechts.) In der Form bedeutet die Erklärung des Fürsten Bülow eine Brüskierung der linksliberalen Parteien. (Zustimmung links.) Ich bedauere, daß die Konservativen sich völlig ablehnend gegen die Revision des Wahlrechts verhalten. Wir werden weiterhin für ein gerechtes Wahlrecht eintreten, wenn wir auch die Straßendemonstrationen verurteilen. Es ist eine Torheit, wenn man eine Demonstration vor dem Hause eines freisinnigen Abgeordneten veranstaltet, der für eine gründliche Reform des Wahlrechts eintritt.

Die Erklärung des Fürsten Bülow ist um so verwunderlicher, als er selbst den Ausfall der letzten Reichstagswahlen als erfreulich bezeichnet hat. Der Abgeordnete Maltewitz hat das preußische Wahlrecht als ein wohlgefügtes Gebäude bezeichnet. Nun, die Zwingburgen der Köckeritz und Lüderitz waren auch „wohlgefügte Gebäude", und sie sind gesunken. Wir wollen ein wohlgefügtes Haus bauen, das den Anforderungen der Zeit entspricht und in dem Recht und Gerechtigkeit herrscht. (Lebhafter Beifall links.)

Finanzminister Frhr. v. **Rheinbaben**: Durch die Schutzzollpolitik ist unsere Industrie und unsere Landwirtschaft außerordentlich gestärkt worden. Nicht richtig ist die Annahme, daß der Wechsel im Berliner Polizeipräsidium mit dem Hardenprozeß in Verbindung steht. Der Berliner Polizeipräsident hat schon seit Jahren den Wunsch gehabt, infolge seines schwankenden Gesundheitszustandes einen minder arbeitsreichen Posten zu erhalten.

Justizminister Dr. **Beseler**: Auf den Harden-Prozeß kann ich nicht eingehen, da er noch schwebt. Die Verhandlungen über die neue Zivilprozeßordnung sind noch nicht abgeschlossen. Die Kritiken, welche an dem veröffentlichten Entwurf geübt werden, werden nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Wir werden bestrebt sein, die Interessen des preußischen Staates im Bundesrate und im Reichstage zu vertreten.

Abg. **Stychel** (Pole): Man klagt über mangelnde Mittel, aber trotzdem macht man Aufwendungen für unfruchtbare Zwecke, indem man nicht aufbaut, sondern zerstört. Unter Außerachtlassung der Grundsätze des Christentums folgt man der Parole: Macht geht vor Recht: Wir sind zu Preußen gekommen nicht als Deutsche sondern als Polen, und die uns gegebenen Zusicherungen haben wir als Polen erhalten. Wie will man den jetzt gegen uns vorliegenden Gesetzentwurf mit der Verfassung in Einklang bringen? Unsere Haltung ist eine defensive. Wir werden unsere Nationalität verteidigen. Als Staatsbürger erfüllen wir unsere Pflicht, aber mit dem antipolnischen Regierungssystem der preußischen Staatsräson können wir keinen Frieden schließen. (Beifall bei den Polen.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 4¼ Uhr.

Parlamentarisches.

Der Seniorenkonvent vereinbarte gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten, einem früheren Beschluß zufolge, daß am 25. bis einschließlich 28. Januar, am 8. bis 10. und 22 bis 24. Februar, am 7. bis 9. und am 21. bis 23. März keine Plenarsitzungen stattfinden sollen. Wenn nicht besondere Zwischenfälle eintreten, so wird der Reichstag am 10. April, dem Freitag vor Palmsonntag, die Osterferien beginnen lassen. Vom Präsidenten wird vorgeschlagen, vor dem Beginn der zweiten Beratung des Etats die vier eingebrachten Interpellationen (Bankdiskont, Knappschaftswesen, Polenenteignungsfrage und preußische Wahlrechtsfrage) zu erledigen. Ferner sollen die Vorlagen betr. Funkentelegraphie und Scheckgesetz, sowie die Gewerbeordnungsnovellen in erster Lesung beraten werden. Man hofft, diese Aufgaben bis Ende dieses Monats bewältigen zu können. Im Anschluß daran wird die Spezialberatung des Etats beginnen; die Marine- und Militäretats werden den Anfang dieser Beratung machen. Für die Fertigstellung des Etats sind die Monate Februar und März in Aussicht genommen.

Die Besprechung des Seniorenkonvents wandte sich dann einer „häuslichen" Angelegenheit zu, nämlich der Frage, ob das Präsidialgebäude des Reichstages der Stadt Berlin grundsteuerentrichtungspflichtig ist. Die Steuerdeputation hatte zwar nicht die Repräsentationswohl aber die Wohnräume zur Grundsteuer herangezogen. Auf Einspruch des früheren Präsidenten hat das Oberverwaltungsgericht sowohl den Einspruch als auch die Heranziehung (letztere aus formellen Gründen) verworfen. Gegenüber der neuen Abschätzung zur Steuerleistung hat der Seniorenkonvent eine Kommission zur Prüfung der Rechtslage in formeller und materieller Beziehung eingesetzt, um eine sichere Grundlage für seine Entschließungen zu haben.

Eine andere Frage von allgemeinerer Bedeutung beschäftigte den Seniorenkonvent durch die Anregung eines Mitgliedes, welches die vielfach irrigen und gegen einzelne Personen gerichteten Preßberichte aus den Kommissionen, namentlich aus der Budgetkommission zur Sprache brachte. In längerer Erörterung, in der von verschiedenen Seiten auf die Nutzlosigkeit eines jeden Versuchs der Einschränkung der Berichtsfreiheit hingewiesen wurde, stellte man für die Beratung des Etats des Reichstags einen Antrag in Aussicht, der diese Frage der Geschäftsordnungskommission zur Prüfung überweisen werde. Die Vertreter dieser Ansicht sprachen die Hoffnung aus, daß der Reichstag dieser Anregung folgen und dadurch eine Verbesserung der Kommissionsberichte herbeiführen werde.

Die **Wahlprüfungskommission** des Reichstages beschäftigte sich in ihrer Dienstagsitzung mit der Prüfung der Wahl des Abg. Labroise (unabh. Lothr.). Die Kommission kam nach Prüfung des vom Zentrum eingelegten Wahlprotestes zu dem Beschluß, die Wahl zu beanstanden und über mehrere Protestpunkte Beweis zu erheben. Die Erhebungen sollen namentlich über die Behauptungen des Protestes gemacht werden: ob in Almensweier 26 Wähler zu spät in die Wählerliste nachgetragen seien, und ob die Liste selber nicht lange genug aufgelegen habe, ferner ob in Bickenholz nur zwei anstatt — wie das Gesetz vorschreibt — drei Beisitzer zum Wahlvorstand ernannt worden seien. Diese ganze Beweiserhebung würde gar nicht notwendig gewesen sein, die Wahl hätte vielmehr sofort kassiert werden können, wenn der Wahlkommissar sich seines Amtes besser gewachsen gezeigt und die aus 10 Orten bei den Akten fehlenden Stimmzettel reklamiert und sofort mit eingereicht hätte. Bei der geringen Mehrheit von nur 5 Stimmen, welche der als gewählt proklamierte Labroise aufzuweisen hat, unterliegt die Kassation der Wahl wohl keinem Zweifel, weil auch sonst eine ganze Menge kleinerer Verfehlungen vorgekommen sind und bewiesen werden können.

Bemerkenswert ist noch, daß die Kommission mit geringer Mehrheit beschloß, den Punkt des Protestes, worin behauptet wird, daß ein Geistlicher von der Kanzel herunter zur Wahl Labroises aufgefordert habe, für unerheblich zu erklären, weil der Geistliche keine Polizeigewalt habe. . . .

Weiter wurde die Wahl des Abg. Pauli I (5. Potsdam) verhandelt. Der gegen die Gültigkeit der Wahl eingelegte Protest wurde teilweise für nicht genügend substantiiert und für nicht erheblich erachtet. Das Mandat wurde demgemäß für gültig erklärt. —

Die Kommission für den Gesetzentwurf zur Sicherung der Bauforderungen hat in ihrer Sitzung vom 14. Januar nach langer Diskussion den Antrag der Abgeordneten Dr. Frank und Bömelburg, es solle der § 2 des Entwurfes gestrichen werden, einstimmig angenommen. Das Gesetz wird also auch Anwendung finden auf diejenigen Bauten, die vom Staat, den Gemeinden oder von anderen Körperschaften öffentlichen Rechtes ausgeführt werden.

Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Einlauf.

Aus dem Reichstag:

Nachweisung über die gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften . . . für das Jahr 1906.

Aus der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Die letzten Sitzungen des Ausschusses der Versicherungsanstalt Berlin beschäftigten sich hauptsächlich mit dem Etat der Versicherungsanstalt. Der Ausschuß besteht bekanntlich aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der Voranschlag für die gesamte Versicherungsanstalt bilanzierte nach dem Vorschlag des Vorstandes in Einnahme und Ausgabe mit 14 377 800 M. Auf die **Lungenheilstätte Beelitz** entfielen hiervon 2 519 650 M. Ausgaben und 646 052 M. Einnahmen, auf die Heilstätte **Lichtenberg** 135 750 M. Ausgaben und 15 650 M. Einnahmen. Das an die Heilstätte **Lichtenberg** angegliederte **Invalidenhaus**, dessen Auflösung übrigens beschlossen worden ist, ist mit 8700 M. Einnahmen und mit 37 000 M. Ausgaben veranschlagt.

Die veranschlagten Summen haben in einigem eine geringe Aenderung erfahren.

Bei der **Generaldiskussion** über den Gesamtetat nahmen die **Arbeitervertreter** des Ausschusses Gelegenheit, einige im Interesse der Versicherten liegende Punkte zu erörtern. Da wurde zunächst ausgeführt, daß es bei der Landesversicherungsanstalt seit einiger Zeit üblich und Mode geworden sei, jeden Arbeiter, der sich in einer Heilanstalt befinde, schon bei Stellung des Antrages auf Heilbehandlung zu **fragen, ob er einer gewerkschaftlichen Organisation angehöre!** Diese Fürsorge, ob der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert ist, wird in unserer heutigen Zeit bei den Arbeitern Verwunderung und zu gleicher Zeit auch Verdacht erregen. Warum wird wohl danach gefragt? Sehr einfach! Beantwortet der Versicherte die an ihn gestellte Frage mit Ja, so hat er in der Regel keine Aussicht, eine Erhöhung der Familien- oder Angehörigenunterstützung zu erhalten, weil auch der Verband, seine gewerkschaftliche Organisation, ja Kranken- oder Erwerbslosenunterstützung zahlt!

Mit vollem Recht wurde seitens der Vertreter der Versicherten darauf hingewiesen, daß die Befragung eine **durchaus ungerechtfertigte Maßnahme** sei und gewissermaßen als **eine Prämie auf die Nichtorganisation** aufgefaßt werden kann. Nach der Logik, die dieses Fragesystem eingeführt hat, müßte auch jeder angeben, ob er einem Schafskopfs-, Vergnügungs- oder sonstigem Klub angehöre, die ja hin und wieder auch kleine Unterstützungen an ihre kranken und erwerbslosen Vereinsfreunde zahlten. Die Einrichtungen der Gewerkschaften, für die man sich hier auf einmal lebhaft interessiere, seien nicht Einrichtungen öffentlich-rechtlicher Natur und gingen demgemäß die Landesversicherungsanstalten nichts an. Auch wurde auf die sonstige Gefahr hingewiesen, die in einer solchen Fragestellung insofern liegt, als die Gewerkschaften bekanntlich nur bis zu einer bestimmten Zeitgrenze die freiwilligen, nicht einklagbaren Unterstützungen leisten. Ist die Zeit des Aufenthalts in einer Heilstätte länger als diese Unterstützungsperiode, so erwachsen dem Patienten neue Scherereien, wenn er zum zweiten Male den Antrag auf erhöhte Familienunterstützung stellen wollte. Der **Vorstand** erwiderte, daß die Beamten keinerlei Anweisung haben, nach der Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation zu fragen, und **dies, wenn geschehen, in Zukunft unterbleiben werde.** Trotzdem, hieß es aber weiter, könne der Vorstand sich das Recht nicht nehmen lassen, sich nach den Einzelverhältnissen der Antragsteller oder der Patienten zu erkundigen. **Versicherte, die einmal in die Lage kommen, die Hülfe der Landesversicherungsanstalt in Anspruch zu nehmen, mögen auf die soeben gemachten Ausführungen besonders achten.**

Auch in der Zeitungsfrage in Beelitz und Lichtenberg gab es mit Herrn Dr. Freund wieder ein Intermezzo. Den „Vorwärts" mag er nun einmal nicht leiden, und würde er nicht den letzten Rest seines Rufes als „liberaler Mann" einbüßen wollen, so hätte er gewiß dem „Vorwärts" bereits den Garaus gemacht. Der „Vorwärts" ist zu Dr. Freunds großem Verdruß Publikationsorgan der Landesversicherungsanstalt Berlin, **aber als solches wird er in den Heilstätten nicht ausgelegt,** obwohl der gesamte Ausschuß — Arbeiter- und Arbeitgebervertreter — im vorigen Jahre ausdrücklich diesen Wunsch geäußert hatte. Während fast alle anderen Berliner Tageszeitungen, unter anderem auch die katholische „Germania", von Anstalts wegen abonniert sind, trifft dies auf den „Vorwärts", das Publikationsorgan der Anstalt, nicht zu. Meint Herr Dr. Freund, daß schon genug sozialdemokratische Arbeiter, die den „Vorwärts" lesen, draußen sind, daß man nicht noch „amtlich" welche zu züchten braucht, oder sollen die übrigen Zeitungen ein Gegengewicht gegen die ruchlose sozialdemokratische Presse bilden? Im Anschluß an eine die Selbstherrlichkeit Dr. Freunds kennzeichnende Erklärung, er könne dem im vorigen Jahre geäußerten Wunsch nicht entsprechen, gab der **Ausschuß** diese **Erklärung** ab:

„Der Ausschuß bedauert die Stellungnahme des Vorsitzenden in dieser Angelegenheit. Durch den Umstand, daß nicht sämtliche Publikationsorgane, also auch der „Vorwärts", in den Anstalten zum Aushang kommen, wird der Anschein erweckt, als ob die Versicherten, die „Vorwärts"-Leser sind, für minderen Rechts erklärt werden sollen. Vorstand und Ausschuß müssen jedoch strengste Parität walten lassen. Der Ausschuß spricht daher erneut den Wunsch aus: „Der Vorstand möge in den von der Landesversicherungsanstalt unterhaltenen Heilstätten sämtliche Publikationsorgane, also ohne Ausnahme, zum Aushang bringen."

Weiter wurde von den Vertretern der Versicherten über die wachsenden Schwierigkeiten zur Erlangung einer Invalidenrente Klage geführt. So wird ein ärztliches Gutachten über das andere eingeholt, um dem Antragsteller zu beweisen, daß er noch in der Lage sei, mehr als ein Drittel seines bisher gehabten Arbeitsverdienstes zu verdienen.

Es wurde von sachkundiger Seite aus den Reihen der Vertreter der Versicherten darauf aufmerksam gemacht, daß **besonders in der letzten Zeit das Reichsversicherungsamt in zahlreichen Fällen abweisende Entscheidungen der Landesversicherungsanstalt Berlin aufgehoben und letztere zur Zahlung einer Rente verurteilt habe.**

Der **Etat** war zwecks näherer Beratung an eine Kommission von acht Mitgliedern überwiesen, die sich zur Hälfte aus Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber zusammensetzte.

Aus den Beschlüssen dieser Kommission, die sich der **Gesamtausschuß** zu eigen machte, seien folgende hervorgehoben:

„Der Ausschuß ist damit einverstanden, daß das **Invalidenhaus Lichtenberg** im Laufe des nächsten Jahres (1908) **aufgelöst** wird und daß in den frei werdenden Räumen eine **Beobachtungsanstalt für Lungenkranke** eingerichtet wird. Die in dem Etat für das Invalidenhaus bewilligten Gelder dürfen für die Beobachtungsstation Verwendung finden. Der Ausschuß ist ferner damit einverstanden, daß auf dem Grundstück der Anstalt in Lichtenberg eine **Erholungs- bezw. Beobachtungsstätte für aus der Heilstättenbehandlung entlassene Tuberkulöse** eingerichtet wird."

Wegen der **plötzlichen Entlassung eines Pfleglings aus der Heilanstalt Lichtenberg** kam es zwischen Ausschuß und Vorstand zu lebhaften Erörterungen. Der Pfleglung war lediglich auf Grund einseitiger Beschuldigung eines Hausdieners und eines Wärters entlassen worden, ohne daß man Zeugen des Patienten gehört hatte. Der Ausschuß beschloß:

„Der Ausschuß wünscht, der Vorstand möge Vorsorge treffen, daß **vor der strafweisen Entlassung** eines Pfleglings aus der Heilstättenbehandlung der **Angeschuldigte und seine Zeugen gehört** werden."

Bei dem Etat der Heilstätte **Beelitz** erfolgte die schon erwähnte Beschlußfassung in Sachen der Auslegung des „Vorwärts" als amtlichem Publikationsorgan.

Bei dem Hauptetat lag seitens des Vorstandes ein Antrag vor, **den länger als fünf Jahre im Amt sich befindlichen Obersekretären** eine besondere **Funktionszulage** zu gewähren. Der Antrag wurde **abgelehnt,** und zwar aus folgenden Gründen: Die niedriger besoldeten Beamten der Anstalt hatten im Laufe der Etatsberatungen dem Ausschuß und Vorstand eine Petition eingereicht, worin sie unter Hinweis auf die augenblickliche Teuerung der Lebensmittel um eine Teuerungszulage ersuchten. Dieses Gesuch, obwohl etwas sehr spät eingereicht, hätte wohl eine Prüfung durch den Vorstand gefunden, wie er durch den Mund seines Vorsitzenden sagen ließ, wenn dieses Gesuch von den Vertretern der Arbeitgeber mit unterstützt worden wäre. Das war aber nicht der Fall: die Herren **Arbeitgeber sträubten sich mit Händen und Füßen gegen die Gewährung der Teuerungszulage.** Für die Vertreter der Versicherten lag deshalb kein Grund vor, einigen Herren, die ziemlich das doppelte Gehalt beziehen als wie die Versicherten, noch eine Extra-Funktionszulage zu gewähren.

So kam es, daß sowohl der Antrag des Vorstandes für die Obersekretär wie das Gesuch der niedriger besoldeten Beamten mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde.

Ein Antrag, **die Gehaltsskala der Bureaudiener neu festzusetzen und ihr Gehalt um 100 M. zu erhöhen,** wurde **angenommen.**

Recht interessant war es für die Vertreter der Versicherten, zu hören, daß dem **Vereinshaus der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in der Greifswalder Straße eine größere Hypothek zur Verfügung gestellt worden ist.** Auf die Frage an den Vorsitzenden, wie sich das mit seiner so häufig von ihm hervorgehobenen Parität vereinbare, hatte Herr Dr. Freund keine andere Antwort, als die, an die man früher schon gewöhnt war: das Gewerkschaftshaus am Engelufer sei eine sozialdemokratische Einrichtung und damit basta!

Aus der Reihe der Vertreter der Versicherten wurde gegenüber Dr. Freund festgestellt, daß ihm also noch nicht zwanzigtausend Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftler mehr wert seien als zirka 250 000 Arbeiter, die in den freien Gewerkschaften organisiert sind.

Da nach dem Statut für jedes Jahr abwechselnd den Vorsitz im Ausschuß ein Vertreter der Versicherten und ein Vertreter der Arbeitgeber führt, so wurde für 1908 der **Kaufmann Israel** (Arbeitgeber) als **Vorsitzender** und als dessen **Stellvertreter E. Warnst** (Versicherter) gewählt.

Soziales.

Haftpflicht der Stadtgemeinde wegen eines schadhaften Straßenpflasters.

Als der Kaufmann K. in Nikolaiken am Abend des 1. Januar 1904 zwischen 8 und 9 Uhr, wie allabendlich mit Holzpantoffeln beschuht, einen Spaziergang zu dem Hause seines Sohnes machen wollte, kam er infolge der Glätte durch eine halbkreisförmige Vertiefung am Rande des Straßenpflasters in der Nähe einer Böschungstreppe zu Fall und brach sich einen Oberschenkel. Infolge dieses Unfalles erhob er gegen die Stadtgemeinde Nikolaiken Schadenersatzansprüche in Gestalt einer Monatsrente von 150 M. seit dem Unfalltage.

Das Landgericht Lyck erkannte den Anspruch des Klägers im vollen Umfange für gerechtfertigt an. Auf die Berufung der

beklagten Stadtgemeinde wies das Oberlandesgericht Königsberg den Kläger zu zwei Dritteln ab und erkannte seinen Anspruch nur zu einem Drittel für gerechtfertigt an. Das Berufungsgericht führt hierbei aus, daß es zweifelhaft sein möchte, ob das Bestehenlassen dieser nicht sonderlich auffälligen Vertiefung trotz ihrer augenscheinlichen Gefährlichkeit der beklagten Stadtgemeinde zum Verschulden gereichen würde, wenn es sich um diese eine schadhafte Stelle handelte. Jedoch seien in der Nähe der Unfallstelle am Rande des Straßenpflasters seit Jahren mehrere derartige Löcher vorhanden gewesen, die alle dadurch entstanden seien, daß eine sehr schwere Maschine mit der einen Seite ihrer Räder vom Pflaster heruntergeglitten sei und es beschädigt habe. Infolge dieser Beschädigung seien auch schon mehrere Male Menschen zu Falle gekommen. Auch sei die ordnungswidrige, gefährliche Beschaffenheit der Straße auf einer längeren Strecke, trotzdem sie ohne große Kosten hätte ausgebessert werden können, der Beklagten bekannt gewesen und doch bestehen lassen worden. Das jahrelange Andauern eines solchen Zustandes sei aber nur auf eine schuldhafte Vernachlässigung ihrer verfassungsmäßigen Vertreter zurückzuführen.

Auf die Revision hin bestätigte das Reichsgericht diese Entscheidung des Oberlandesgerichts Königsberg und führt betreffs des Klägers noch aus, daß die Revision zu Unrecht behaupte, daß die Unachtsamkeit des Klägers allein die Ursache des Unfalles gewesen sei, weil dieser den Zustand der Straße gekannt hätte. Die vom Berufungsgericht vorgenommene Teilung des Schadens sei vielmehr berechtigt.

Ueber die Krankenfürsorge auf dem Lande

gibt im „Bayr. Vaterl." ein Landgeistlicher seine Erfahrungen zum besten. „Für den kleinen Mann," heißt es dort, „sei bis jetzt auf dem Lande in dieser Beziehung so wenig gesorgt, daß für den Landgeistlichen oder Landarzt **70 Proz. der Krankenbesuche** bei den kleinen Leuten **eine wahre Qual** sind. Warum? Weil einem das Herz bluten möchte über die **unsägliche Hülflosigkeit** und die **tieftraurige Rückständigkeit** der ländlichen Krankenfürsorge. **Finstere, luft- und lichtarme Kammern,** oft **wahre Löcher** — das sind meist die Krankenzimmer der kleinen Leute auf dem Lande, **von Hygiene nicht die leiseste Spur."**

Der Geistliche schildert nun die Zustände in seiner Gemeinde, die mindestens 150 Familienoberhäupter (ländliche Handwerker und Arbeiter mit geringem Besitz, sowie Gütler und kleine Söldner) habe, **für die in Krankheitsfällen auch nicht im mindesten gesorgt** sei. „In kommenden Krankheitswochen müssen diese Leute dann eben von ihren Ersparnissen leben, Arzt und Apotheke gehen auf ihre Rechnung, der Verdienst fällt aus — da kann man leicht denken, daß solche Familien in ihrem wirtschaftlichen Vorwärtsschreiten durch eine einzige längere Krankheit ihres Familienoberhauptes um ein, zwei, ja drei Jahre zurückgeworfen werden."

Deshalb fordert der Gewährsmann des „Vaterland" die zwangsmäßige Einführung des Gemeinde- und Ortskrankenkassenwesens für die Landgemeinden; das würde eine außerordentliche Reform der ländlichen Krankenfürsorge überhaupt bedeuten — „denn die durchgreifende allgemeine hygienische Wirksamkeit des Landarztes ist bisher daran gescheitert, daß der Landarzt zu sehr Geschäftsmann sein muß, besonders wenn Konkurrenz am Orte ist, weshalb er es sich wohl überlegen wird, zur rechten Zeit ein kräftiges Wort über den **hygienischen Saustall** zu sprechen, in dem die **ländlichen Kranken so oft dahinsiechen müssen."**

Diese Anklage gegen die unzulängliche Krankenfürsorge auf dem Lande trifft in erster Linie das Zentrum, das bekanntlich bei der Schaffung des Krankenversicherungsgesetzes seine Zustimmung davon abhängig machte, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter ausgeschlossen wurden, sodaß das Gesetz vor der Gefahr des Scheiterns stand; mit knappster Mehrheit wurde auf den Versicherungszwang der landwirtschaftlichen Arbeiter verzichtet.

Die **Sozialdemokratie** war dagegen bestrebt, die Interessen der Arbeiter und kleinen Leute zu stärkerer Geltung zu bringen. Nach ihren Anträgen sollte versicherungspflichtig sein jeder, der das fünfzehnte Lebensjahr erreicht und ein selbständiges Einkommen bis zu 7½ M. pro Tag hatte. Auch bei den verschiedenen Aenderungen der Versicherungsgesetze ist die Sozialdemokratie dafür eingetreten, daß die Wohltat der Krankenversicherung allen Arbeitern, kleinen Handwerkern und Bauern zugute kommen sollte.

Wenn gegenwärtig noch solche aller Menschlichkeit und Sittlichkeit hohnsprechenden Zustände auf dem Lande existieren, wie sie der Landgeistliche in dem Münchener Blatte schildert, so trifft dafür in erster Linie neben die Konservativen das Zentrum die Schuld.

Aus Industrie und Handel.

Berlins Grundstücksmarkt.

Der Verein Berliner Grundstücks- und Hypothekenmakler konstatiert in seinem Jahresbericht für das Jahr 1907, daß die Lage auf dem Grundstücksmarkt im allgemeinen befriedigend war:

„Die allgemeine wirtschaftliche Depression, welche das Jahr 1907 beherrschte, hat auf den Berliner Grundstücksmarkt bis zum Jahresschlusse keinen tief einschneidenden Eindruck gemacht. Es scheint demnach, daß die gewaltige Entwickelung, welche in Berlin und dessen Vororten ihren ungestörten Fortgang nimmt, selbst eine Krisis siegreich zu überwinden imstande ist. Die freiwilligen Veräußerungen im Berliner Stadtbezirke haben sich um beinahe drei Millionen gehoben. Dieser Mehrumsatz erklärt sich daraus, daß auch in diesem Jahre der Erwerb wertvoller Grundstücke in der Innenstadt fortgesetzt wurde. Die Fortführung der Untergrundbahn und die demnächst bevorstehende Eröffnung der Stationen bis zum Spittelmarkt, gaben hierzu einen neuen Impuls. Auch der rapid wachsende Fremdenverkehr bewirkte Millionenumsätze zu Hotelzwecken geeigneter Objekte. Wir benennen hierbei: „Esplanade-Hotel" (Bellevuestraße), Erweiterung des „Habsburger Hofes" (Königgrätzer Straße), „Elite-Hotel" (Neustädtische Kirchstraße), ferner die Aufsehen erregenden Eberbachschen Riesenkäufe: „Monopol-Hotel" und „Belvedère" (Am Weidendamm). Es soll natürlich keineswegs hiermit gesagt sein, daß die verschlechterte Situation des Geldmarktes spurlos an dem Immobilienmarkt vorübergegangen ist, da die Subhastationen sowohl in Berlin, als in den Vororten, besonders im letzten Quartal erheblich zugenommen haben, und die Umsätze in unbebauten Grundstücken und hiermit die Bautätigkeit in bedeutendem Maße zurückgegangen sind. Trotz dieser unerfreulichen Tatsache ist aber die Nachfrage nach soliden, nicht allzu entfernt gelegenen Rentenhäusern bis zum Jahresschluß rege gewesen."

Insgesamt wurden in Groß-Berlin im letzten Jahre 4353 Bauscheine ausgestellt, gegen 5206 im Vorjahre. Die Gebrauchsabnahmen stellten sich auf 1848 gegen 2129 im Jahre 1906. Der Gesamtumsatz beziffert sich auf 1 181 332 054 M. — 1 176 850 054 M. in 1906 —, 3317 bebaute Grundstücke erzielten eine Umsatzsumme von 837 966 000 M. — 1906: 4486 Grundstücke mit 855 304 000 M. — Für unbebaute Grundstücke werden folgende Zahlen angegeben: 1907: 2382 mit 216 577 000 M, 1906: 3186 mit 326 959 000 M. Die Zahl der Subhastationen stieg bei bebauten Grundstücken von 319 auf 489 und bei unbebauten Grundstücken von 100 auf 161.

Wie man es machen könnte!

In einer Stadt, deren Bewohner unter den hohen Fleischpreisen im Kleinhandel gar sehr zu leiden hatten, trotzdem die Schlachtviehpreise bedeutend gesunken waren, faßte der Stadtmagistrat den Beschluß, gegen den Uebelstand anzukämpfen. In einem Schreiben, welches jedem gegen Unterschrift zugestellt werden sollte, wurde den Mitgliedern der ehrsamen Fleischerinnung nahegelegt, ihre Fleischpreise mit den Schlachtpreisen in Einklang zu bringen. Die biederen Metzger boykottierten in rührender Uebereinstimmung den Magistratsbeschluß durch Verweigerung der Empfangsunterschrift; sie wollten sich ihr „gutes Recht" auf Preisfestsetzung nach Gutdünken nicht nehmen lassen.

Aber es kam anders, als sie dachten. In einer außerordentlichen Sitzung dekretierte der Magistrat, daß die bisherige Freibank fürder in „Städt. Fleischbank" umgetauft und zum allgemeinen Verkauf von Fleisch freigegeben werden sollte. Die Landwirte und Viehbesitzer wurden eingeladen, ihr Schlachtvieh daselbst zu schlachten und durch besoldete Leute zu angemessenen Preisen zu verkaufen. Desgleichen ward das Publikum eingeladen, fortan seinen Bedarf in der „Städt. Fleischbank" zu decken.

Das ließen sich die Schlachtviehbesitzer und das Publikum nicht zweimal sagen. Die Folge davon war eine ganz enorme Frequenz von seiten der Schlachtviehbesitzer und des Fleisch konsumierenden Publikums. Und eine weitere Folge war, daß die edlen Metzger bereits nach dem dritten Tage der Existenz dieser ungebetenen Konkurrenz mit den Fleischpreisen herabgingen. Aber der Kampf nahm seinen für Viehbesitzer und Publikum lustigen Fortgang. Denn obwohl das letztere jetzt unter ganz kolossalem Andrang billiges Fleisch (0,55 bis 0,65 M. pro Pfund gegen 0,80 bis 0,84 M. früher) kaufte, lösten auch die ersteren mehr, als sie vom Metzger bisher erhalten hatten.

Eine Woche später und der Trotz der Metzger war gebrochen. Sie baten um Aufhebung der städtischen Freibank. Und weil schließlich auch sie Kinder der Stadt und Steuerträger waren, befreite ein wohlweiser Magistrat sie von der Zuchtrute und hob die städtische Gründung nach 14tägigem Bestande wieder auf. Die Metzger mußten indes noch weitere Herabsetzungen vornehmen.

Die Ergebnisse des zweiwöchentlichen Fleischkrieges veranschaulicht nachstehende kleine Tabelle, nach welcher sich die Fleischpreise nunmehr wie folgt stellten:

Ochsenfleisch	pro Pfund	0,80,	früher	0,84	M.
Kuhfleisch	„ „	0,70,	„	0,80	„
Kalbfleisch	„ „	0,68,	„	0,80	„
Schweinefleisch	„ „	0,68,	„	0,80	„

Dieses hübsche und lehrreiche Geschichtchen, welches sich in der zweiten Dezemberhälfte des vergangenen Jahres ereignete, ist dem letzten Hefte der „Deutschen Schlacht- und Viehhofzeitung" zu entnehmen. Da naive Leser in der Provinz auf den Gedanken geraten könnten, es handele sich hier um den Magistrat der Reichsmetropole, in welcher eine Millionenbevölkerung des längeren unter drückenden Fleischpreisen leidet, sei noch mitgeteilt, daß kein Anlaß vorliegt, auf die Berliner mißgünstig zu sein, denn die Stadt, in der sich vorstehendes ereignete, ist das kleine Landsberg a. L.

Grundbesitzerelend in England. Wie die armen Grundbesitzer in England unter dem Druck der Verhältnisse leiden müssen, geht aus folgenden offiziellen Zahlen hervor: In 1905/06 betrug die Rente von Land und Gebäuden in England und Wales 254 886 000 Pfund Sterling, d. i. um 6 460 800 Pfund mehr als im Jahre zuvor. In einer Zeitperiode von fünf Jahren erhöhte sich die Rente um 30 384 000 Pfund oder um 13,5 Proz., während sich der eingeschätzte Wert nur um 20 504 000 Pfund oder 11 Proz. erhöhte.

Aus der Frauenbewegung.

Souveräne Verachtung.

Die Regierung Preußens, als Geschäftsführerin des Junkertums, hat natürlich für die Forderung des Frauenwahlrechts nur schweigende Verachtung. Aber auch für die übrigen bürgerlichen Parteien existiert die Frage anscheinend nicht. Niemand hat sie am 10. Januar 1908, am Tage des Zenas für den Liberalismus, auch nur mit einer Silbe erwähnt. Für alle war die Forderung der Frauen Luft.

Fürst Bülow begnügte sich mit einem moralischen Fußtritt für die Liberalen. Und diese waren noch dankbar. Sie merkten es nicht einmal, daß die Antwort der Regierung eine auffallende Konzession an das Zentrum enthielt. Für dieses ist der Schmerzenspunkt in der Wahlrechtsfrage der der Neueinteilung der Wahlkreise. Durch eine geschickte Wahlkreisgeometrie könnte den Ultramontanen eine Reihe Wahlkreise genommen werden. Deshalb erklärte Abg. Porsch auch, das Zentrum habe grundsätzliche Bedenken gegen eine Aenderung der Wahlkreise. Und die Regierung trug den Zentrumswünschen Rechnung. Sie gedachte dieser Forderung in ihrer Antwort überhaupt nicht.

Das Zentrum bezeichnet sich verlogenerweise als Freundin des gleichen Wahlrechts. Dabei ist's „grundsätzlich" für die bestehende Wahlkreiseinteilung, die vielfach 3—10 000 Wählern denselben Einfluß gewährt, wie 80—100 000 in anderen Kreisen. Und es will auch die ungerechte Gestimmung nicht aufheben, die dem größeren Teile des Volkes, dem weiblichen Geschlecht, das politische Staatsbürgerrecht überhaupt vorenthält. Trotzdem, es behauptet ungeniert, es kämpfe für das gleiche Wahlrecht.

Die Nationalliberalen sind auch dabei, wenn es heißt: Reform des Wahlrechts! Sie wollen eine Neueinteilung der Wahlkreise. Mandatshunger ist bei ihnen die Quelle dieser Gerechtigkeitsforderung. Das gleiche und geheime Wahlrecht für die Männer bekämpfen sie genau so wie das Frauenwahlrecht überhaupt.

Und die Haltung der Freisinnigen war ein vollständiger Kotau vor den Konservativen. Fand der Abg. Fischbeck die von Bülow abgegebene Erklärung doch sogar noch erfreulich. Kein Liberaler trat auf, der auch nur ein Wort zugunsten des Frauenwahlrechts gefunden hätte.

In Uebereinstimmung mit dem konservativen Redner, Malkewitz, erklärte Fürst Bülow nachher noch, man werde sich durch Demonstrationen nicht beeinflussen lassen. Wirklich? Der Mut der Herrschaften stützt sich auf Gewalt, auf die bewaffnete Macht. Die Frauen wissen nun, wie sie ihre Söhne zu erziehen haben. Jedenfalls werden sie durch die Großsprechereien der konservativen Regierung und deren Regierungsvertreter sich nicht davon abhalten lassen, weiter und mit verschärfter Energie für das Frauenwahlrecht zu demonstrieren. Auch Friedrich Wilhelm IV. hatte ein herbes „Nein" für die Forderungen des Volkes und doch mußte er vor den Opfern der Gewaltpolitik demütig das Haupt entblößen. Der eisenstarke Bismarck wollte mit dem Terrorismus des Sozialistengesetzes die Sozialdemokratie bezwingen — und er wurde bezwungen.

Das preußische Junkertum hat einst durch seine Raffgier und Herrschsucht das Land verwüstet, es zum Spielball des Auslandes gemacht, das Volk in Not und Elend gestürzt. Sein heutiges Verhalten zeigt, daß es noch um kein Jota besser geworden ist. Und es ist Demonstrationen gegen die offizielle Regierung und die Krone nicht immer abgeneigt, wie seine — erfolgreiche Opposition gegen den Mittellandkanal bewiesen hat. Aber es glaubt, das Volk durch Frechheit und Hohn von dem Kampfe für sein Recht abhalten zu können. Es irrt! Und dräut die Reaktion noch so sehr: das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht — auch für die Frauen — wird doch erobert!

Gerichts-Zeitung.

Der Mord der Anna Winkler.

Ein vor 14 Jahren begangenes Verbrechen, dessen Täter sich im September v. J. selbst gestellt hat, beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Unter der Anklage der Körperverletzung mit tödlichem Erfolge hatte sich der frühere Gutsbesitzer und Kaufmann Friedrich August Gebauer aus Frankfurt a. M. zu verantworten. Am 22. Januar 1894 wurde die in der Borsigstraße 31, 3 Treppen hoch, wohnende **Prostituierte Anna Winkler,** ein Mädchen von 22 Jahren, auf ihrem Bette **erwürgt vorgefunden.** Sie war erst wenige Tage vor ihrem Tode nach der Borsigstraße gezogen und bewohnte dort ein Flurzimmer. Am 31. Januar, abends 9½ Uhr, hat sie **ihre Wohnung verlassen,** nachdem sie noch 3 M. Miete und Kost bezahlt hatte, am folgenden Morgen fand man sie tot auf ihrem Bette liegen. Auf ihrem Gesicht lagen zwei Kopfkissen, in der Nähe des Ohres waren Blutflecke auf der Bettwäsche bemerkbar, außerdem zeigte sich eine Strangulationsmarke am Halse und dem Mädchen stand blutiger Schaum vor dem Munde. Das Gesicht war stark gedunsen, Spuren eines Kampfes zeigten sich nicht. In einer Aschenschale befand sich der Rest einer Zigarre, außerdem fand man auf dem Tische ein Paar Männermanschetten, die den Namen Gebauer trugen. Es wurde zunächst der **Verdacht des Raubmordes** gehegt und auf Grund mehrerer in Briefschaften der Verstorbenen vorgefundener Namen wurden verschiedene Personen in Untersuchung genommen, aber sehr bald wieder entlassen, da gar kein Verdacht gegen sie aufrecht erhalten werden konnte. **Auch der in Frankfurt a. M. ansässige Angeklagte wurde am 22. Februar 1894 zur Haft gebracht, aber am 16. Mai 1894 wieder entlassen,** da nicht nachweisbar war, daß die Manschetten ihm gehörten und sonstige Verdachtsmomente nicht ausreichten. Vierzehn Jahre sind nun darüber vergangen — da **stellte sich** am 17. September 1907 der **Angeklagte** bei dem 3. Polizeirevier in Frankfurt a. M. und **beschuldigte sich selbst,** die Winkler vor 14 Jahre getötet zu haben. Er ist dann am 21. September hier wieder verhaftet worden. — Der Angeklagte ist als der Sohn wohlhabender Eltern in Plauen geboren. Später hat er acht Jahre lang das **väterliche Gut** selbst bewirtschaftet. Nach Beendigung seiner **Militärpflicht** bei den Ulanen führte er die Wirtschaft weiter. Im Jahre 1888 verlor er beide Eltern durch den Tod und da er das einzige Kind war, **verkaufte** er das Gut für 100 000 Mk. Er machte dann größere Reisen nach England und Schottland und ging nach Amerika, wo sein Onkel eine Bar betrieb. Mit dem Onkel ging er nach Deutschland zurück und besuchte einige Verwandte. Hier lernte er seine jetzt von ihm geschiedene Frau kennen und ging mit ihr nach Amerika. Dort kaufte er dem Onkel die Bar für 25 000 M. ab, sah aber bald ein, daß er sich überkauft hatte, denn das Geschäft ging nicht besonders. Nachdem er sich ein Jahr lang mit dem Geschäft abgequält hatte, ging er, weil seine Frau Heimweh hatte, nach Frankfurt a. M. zurück. Sein Vermögen war bis auf 6 bis 7000 M. zusammengeschmolzen. Er gründete im Jahre 1890 in Frankfurt a. M. wieder ein **Geschäft,** dies ging aber auch nicht und er mußte es aufgeben. Er nahm dann verschiedene Stellungen an, ergab sich aus Verzweiflung dem Trunke und wurde von seiner Frau verlassen. Diese ging nach Berlin zu einem Schwager, der hier eine Gastwirtschaft betrieb. Am 21. Januar 1894 fuhr der Angeklagte nach Berlin, um seine Frau zu sprechen, diese ließ sich aber verleugnen und der Schwager nahm den Angeklagten nicht auf.

Wie letzterer gestern dem Gericht erzählte, hat er im Aerger darüber 6 bis 7 Glas Bier getrunken und dann auf der Straße die Winkler getroffen, die ihn beschwatzte, mit in ihre Wohnung zu kommen. Dort soll nun das Mädchen unter Liebkosungen versucht haben, ihm sein **Portemonnaie aus der Tasche zu stehlen.** Er will, als er dies merkte, sie bei der Gurgel gepackt haben, um ihr einen Denkzettel zu geben und habe dann **zu seinem Schrecken gesehen,** daß das Mädchen, welches sehr hysterisch war, **wie leblos auf das Bett zurücksank.** Darauf habe er sich so schnell wie möglich entfernt. Das Gewissen habe ihn aber schließlich gequält und um die ganze Sache los zu werden und zu vermeiden, daß nicht noch irgend ein anderer in Verdacht käme, habe er sich dann selbst gestellt.

Die **Beweisaufnahme** ergab nichts, was diesen Angaben des Angeklagten widersprach. Auch das Gutachten des Geheimen Medizinalrats Prof. Dr. **Strassmann,** der seinerzeit der Leiche obduziert hat, zog diese Angaben nicht in Zweifel: Danach ist das Mädchen wahrscheinlich mit der **linken Hand gewürgt worden** und der Tod ist infolge von Erstickung eingetreten.

Die **Geschworenen** sprachen den Angeklagten **der Mißhandlung** schuldig, hielten aber **nicht für erwiesen, daß der Tod durch diese Mißhandlung verursacht ist** und billigten dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Nach diesem Spruch lag nur einfache Körperverletzung vor, dazu wäre ein Strafantrag notwendig. Da ein solcher nicht vorlag, überdies Verjährung eingetreten wäre, mußte auf **Einstellung des Verfahrens** erkannt werden. **Der Angeklagte wurde aus der Haft entlassen.**

Kritik oder Beleidigung?

Wegen Beleidigung der ehemaligen schleswig-holsteinschen Offiziere, die zunächst unter dänischer, dann unter preußischer Herrschaft gedient haben, ist am 24. September v. J. vom Landgericht Altona der Redakteur des „Flensborg Avis", Peter Simonsen, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, nachdem ein früheres freisprechendes Urteil des Landgerichts Flensburg vom Reichsgericht aufgehoben worden war. In einem Artikel des genannten Blattes vom 4. März 1906, der von dem verstorbenen Reichstagsabgeordneten Jessen verfaßt ist, war gegen die sogenannten vormärzlichen Offiziere der Vorwurf des Meineids erhoben worden, weil sie, die dem dänischen Könige den Treueid geleistet hätten, später gegen Dänemark gekämpft hätten. Zufällig war noch einer dieser Offiziere, der Hauptmann a. D. Hennings, am Leben. Er hat Strafantrag gestellt. Hennings ist 1847 Offizier geworden. Er hat bei der Thronbesteigung Friedrichs VII. ebenso wie die anderen Offiziere lediglich im Schlußhofe zu Kiel ein einmaliges Hoch auf den König ausgebracht. Das Gericht war der Ansicht, daß der Angeklagte wußte, daß wohl noch solche Offiziere leben könnten. — In seiner Revision meinte der Angeklagte, Hennings könne sich ja gar nicht beleidigt fühlen, da er in Wirklichkeit keinen Eid geleistet habe. Da H. selbst bekundet habe, daß er fast die ganze Zeit seitdem außerhalb Schleswig-Holsteins gelebt habe, so könne nicht angenommen werden, daß er, der Angeklagte, habe wissen müssen, daß noch einer von jenen Offizieren lebe. — Das Reichsgericht verwarf am Montag die Revision des Angeklagten. Festgestellt sei, daß der Vorwurf des Meineides auch solche Offiziere habe treffen sollen, die nicht ausdrücklich den Treueid geleistet, aber auf andere Weise für den dänischen König in Pflicht genommen worden sind. Für die Strafbarkeit genüge es, daß zur Zeit des Erscheinens des Artikels noch Offiziere aus jener Zeit lebten.

Das Urteil ist ein Schulbeispiel für die Art, wie die deutsche Rechtspflege im Gegensatz zu Staaten mit moderner Anschauung die Beleidigungsparagraphen zur Einengung und Aufhebung freie Kritik historischer Vorkommnisse gebrauchen zu müssen meint. Zunächst die Konstruktion der Kollektivbeleidigung: Wer ein abfälliges Urteil über eine Kategorie von Offizieren fällt, trifft und beleidigt dadurch jeden einzelnen Offizier. Stellt sich als Hindernis heraus, daß der einzige noch aufzugabelnde Offizier der bezeichneten Kategorie (die den Treueid geleistet haben) gar nicht zu der Kategorie gehört, weil er keinen Eid geleistet hat, die weitere Konstruktion: hat er auch keinen Eid geleistet, so hat er doch ein Hoch ausgebracht, und das ist für die Möglichkeit einer Bestrafung der Kritik ganz gleich. Zu eigenartigen Konsequenzen führt übrigens das Urteil rücksichtlich der Beamten, die dem Könige von Hannover den Treueid geleistet hatten.

Eingegangene Druckschriften.

„In Freien Stunden". Von dieser Wochenschrift, die von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben wird, liegen die ersten beiden Hefte des neuen Jahrgangs vor. Wir bitten unsere Leser, für diese den Arbeitern und ihren Familien gewidmete Zeitschrift zu agitieren. Probehefte zum Auslegen in den Versammlungen usw. liefert jede Parteibuchhandlung oder der Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die **„Kommunale Praxis",** Verlag Buchhandlung Vorwärts, erscheint ab 1. Januar 1908 in bedeutend erweitertem Umfange. Preis für das Quartal 3,00 M. Nr. 1 ist soeben erschienen.

Werde gesund. Zeitschrift für Volksgesundheitspflege. 12. Heft. Herausgegeben von Dr. med. G. Liebe. Verlag: Th. Krische in Erlangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 15. Januar.
Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Entführung aus dem Serail.
Königl. Schauspielhaus. Medea.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Liebelei. (Anfang 8 Uhr.)
Thalia. Er und seine Schwester. Anfang 8 Uhr.
Lessing. Hedda Gabler.
Lortzing. Undine.
Lustspielhaus. Panne.
Neues Schauspielhaus. Zwischen Ja und Nein.
Berliner. Blaubart.
Neues. Hedda Gabler.
Kleines. Mandragola.
Sachse O. (Wallner-Theater.) Der Revisor.
Schiller Charlottenburg. Der Richter von Zalamea.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. In Vertretung.
Westen. Ein Walzertraum.
Theater an der Spree. Hokuspokus.
Komische Oper. Louise. (Anfang 7 Uhr.)
Zentral. Frau Warrens Gewerbe.
Residenz. Ganz der Papa.
Luisen. Cyprienne.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Bernhard Rose. Der Troubadour.
Bürgerl. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Carl-Haverland-Theater. Spezialitäten.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Hymack. La belle Alexia. Gentes.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Mal was andres. Dunkle Punkte. Eine anständige Frau.
Nebr. Herrnfeld. Papa und Genossen.
Parodie. Zapfenstreich. Tannhäuser. Monna Vanna.
Kasino. Biederleute.
Wintergarten. Robert Steidl. Spezialitäten.
Passage. Die singenden Engelsköpfe. Spezialitäten
Borussia-Variété, Ackerstr. 6/7. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt. Hörsaal abends 8 Uhr: Dr. O. Krell: Motorballons und Flugmaschinen.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Blaubart

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Gastspiel **Eleonora Duse:**
Hedda Gabler.
Donnerstag: La Signora delle Camelie (Die Kamelendame).
Freitag: Casa Paterna (Heimat).

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Mandragola.
Donnerstag: Ein Puppenheim.
Freitag: Mandragola.
Sonnabend: Mandragola.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Ein Walzertraum.** Operette von Oskar Strauß.
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
In Vertretung.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Madame Sans Gêne.
Freitag 7½ Uhr zum erstenmal: König Heinrich.

Lortzing-Oper.
Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 8 Uhr:
Undine.
Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen.
Freitag: Die Entführung aus dem Serail.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr zum 100. Male:
Ganz der Papa.
Schwank in 3 Akten von Mars und Desvallières. Deutsch v. M. Schönau. Baron des Ambrals: Rich. Alexander.
Sonnabend, den 18. Januar zum erstenmal: „Bibi."
Sonntag, den 19. Januar, nachm. 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu verzollen?**

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Dr. O. Krell: Motorballons und Flugmaschinen.

Zentral-Theater.
Gastspiel des Hebbel-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Cyprienne
oder: **Wir lassen uns scheiden.**
Donnerstag: Krieg im Frieden.
Freitag: Das Heiratsnest.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. Abends: Krieg im Frieden.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Krieg im Frieden. Abends zum erstenmal: Wallensteins Tod.
Montag: Wallensteins Tod.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Opern-Abend.
Der Troubadour.
Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise.
Donnerstag: **Die arme Mieze** von Kurt Matull.

Theater an der Spree
Köpenickerstr. 68, dicht am Bahnhof Jannowitzbrücke
Täglich 8 Uhr:
„Hokuspokus"
Neue Berliner Posse m. Gesang u. Tanz von Louis Herrmann.

Rixdorfer Theater
Bürgersäle, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, den 15. Januar 1908:
Alt-Heidelberg.
Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Förster.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher, F. Massary, R. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi etc.
Rauchen gestattet.
Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
La belle Alexia, die Königin des Tanzes.
Walzerwahn von Mary u. Alfred Marquard.
Siegwart Gentes in seiner Opernprobe.
Hymack, der Mann mit den Handschuhen.
Die 3 goldenen Jungfrauen.
Sonntag nachm. 3½ Uhr (kleine Preise) Familienvorstellung.

Kasino-Theater.
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Nur noch bis Donnerstag, den 16. Januar:
Biederleute.
Freitag, 17. Januar: Zum 1. Male: **Die Freuden der Häuslichkeit.**
Sonntag 4 Uhr: **Biederleute.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der Revisor.** Lustspiel in 5 Akten v. Nikolaus Gogol. Deutsch von E. v. Schebelsky.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Reiterattacke.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Hermannsschlacht.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der Richter von Zalamea.** Schauspiel in 3 Aufzügen v. Calderon de la Barca. Deutsch von Adolf Wilbrandt.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Kollege Crampton.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Philister.** Hierauf: **Die Lore.**

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)
Mittwoch abends 9 Uhr: Vortrag von **Fritz Stahl: Rembrandt** (2. Teil) mit Lichtbildern.
Freitag abends 9 Uhr: Vortrag von Dr. **Max Burkhardt: Felix Weingartner.**

Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Biogr.-Theater „Westend"
Charlottenburg, Potsdamerstr. 11.
Neu! Elegant! Interessant!
Täglich Vorstellung von 5—11 Uhr. Sonntags von 3—11 Uhr.
Stetiger Eingang von Neuheiten.

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, 15. Januar, abends 7½ Uhr.
— Um 9½ Uhr zum 24. Male —
Ende gegen 11 Uhr:
Das Tagesgespräch von Berlin!
Amerika
zur Zeit des Bürgerkrieges.
Sklaverei u. Trachten 1861—1863
Wild-West
Cowboyexerzitien
auf importierten Maultieren.
Festtag auf dem
Broadway in New York.
Feuerwehr aller Nationen.
Dampfspritze in Tätigkeit.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Mittwoch, den 15. Januar 1908, abends 7½ Uhr: **Gr. Vorstellung.** Auftreten d. Herrn Kommissionsrats **Gustav Stensbeck,** Dir. des Berlin. Tattersalls als **Gast. The Kremo Family,** 10 Personen. **Bros. Clarkonianks** aus Amerika. Das Phänomenalste auf dem Gebiete der Luftgymnastik. Ferner Fräul. Mohnke, Schulreiterin. Herr Ernst Schumann, Neudressuren.
Um ¾10 Uhr: **Auf der Hallig!** Gr. Manege-Ausst.-Pant. d. Zirkus Busch in 4 Bildern. **Sturm und Schiffsuntergang. Die Wunder der Tiefsee.**

W. Noacks Theater
Direktion Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
In der Irre.
Schauspiel nach d. Roman d. „Berliner Morgenpost".
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Donnerstag Extravorstellung: **Der Sonnwendhof.**

WINTER GARTEN
Neues Programm.
Ruth St. Vincent
Gesangskünstlerin.
Kaufmann-Truppe
reizende Radfahrkünstlerinnen.
Rochez Affen
Der Affe als Kapellmeister.
Robert Steidl
der beliebte Humorist, und viele andere
erstklassige Spezialitäten.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Abends 8 Uhr:
●● Der Gipfel ●●
Herrnfeld'schen Humors
Papa und Genossen.
Sonntag nachmittag 3 Uhr bei halben Preisen:
Endlich allein!
und
Der Fall Blumentopf

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Rudolf Mälzer
Die Tochter des Herodias,
Trio Fiorenti, Lotte Mende, Miß Yanke, Trio Fassio, The 6 Idols, Jacques Bronn, Tilli Marx, Cavaliere Girotto, Zetland Zetto, die singenden Engelsköpfe, The wonderful Emilions, Vitascop.

Sanssouci
Kottbuser Straße 6
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger u. Tanzkränzchen.
Beg. Sonnt. 5, Wochent. 8 U.
Dienstag, den 21. Jan.: **3. große Spezialitäten-Vorstellung.**
Nur erstklassige Künstler.

Arnold Scholz. Neue Welt. Hasenheide No. 108—114.
Großartige, vollständig neue 16132*
Riesen-Festsaal-Dekoration
das bayerische Hochgebirge, Münchener Hofbräuhaus, Hohenschwangau, Salzburg usw. darstellend, aus der Theatermalerei **Franz Schulz,** Pappel-Allee.
Täglich! Täglich! Täglich!
Großes Bayerisches Bockbier-Fest.
Baron Muckls Bauernkapelle
Tirolertruppe **Max vom Heede**
30 bayerische Madl!
Anfang täglich 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag, den 16. Januar 1908:
Prämiierung des längsten Zopfes.
Drei Preise: M. 75.—, M. 50.—, M. 25.—.

Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
Sonntag, den 26. Januar 1908:
Kunst-Abend
arrangiert von
Margarete Walkotte.
Mitwirkende:
Margarete Walkotte, Herr **Kun Arpad,** der jugendliche Violinvirtuos, Herr **Willi Hagen,** Rezitator, Frl. **Lucy Bogathy,** moderne Sprecherin, Herr **Dallmann,** Bariton, Herr **Bernhard Nitzsche,** am Flügel.
Entree 60 Pf., im Vorverkauf. Abendkasse 75 Pf.
Anfang 7½ Uhr. Anschließend Ball.
Vorverkauf bei Herrn **Mazanke,** Zigarrenhandlung, Pankstraße 13, in der **Tabakarbeitergenossenschaft,** Kopenhagener-Straße 2, bei Herrn Restaurateur **Dojé,** Müllerstr. 32, bei Hrn. **Horsch,** Engelufer 15 und in den **Pharus-Sälen,** Müllerstr. 142.

Theater Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Berlins Tagesgespräch!
Mal was Anderes.
Revue in 3 Bildern.
Dunkle Punkte.
Eine anständige Frau.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr
Entree 20 Pf.
Der
Januar-Spielplan.
Les 4 Orans.
Paul Richard.
Manöverliebe.
Burleske.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20. Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das große Programm.
Die erste Sensation im neuen Jahr:
Der Kraftjongleur Acosta.
14 elektrische Sterne musikalisch Ausstattungsakt.
Mestrum, Komiker.
Prolongiert! Prolongiert!
12 Akrobaten Lorch 12.
46 Varietékünstler.
Tunnel: **Bockbierfest,** Regimentskapelle, Tiroler Schrammeln.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Parodie-Theater.
Dresdenerstr. 97. Anfang 8 Uhr.
Letzte Woche. Zum 75. Male:
Zapfenstreich.
Tannhäuser.
Monna Vanna.
Sonnabend Gala-Premiere: **Nachtasyl. Rosenmontag.**

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant: Bockbierfest mit groß. Militär-Konzert.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Coltzstr. 9.
Das glänz. Januar-Programm.
Die berühmte Jahnke-Compagnie, Zahnathleten ohne Konkurrenz.
Vater und Sohn.
Volksstück mit Gesang.
Außerdem: **16 Spezialitäten.**
Jeden Abend: Duskes Kinematograph.
Jeden Sonnabend nachmittag 5½ Uhr: **Große Kinder-Vorstellung.**
10, 20 und 30 Pf.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5½ Uhr.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachm.: **Gastons Frauen.**

Buggenhagen
Moritzplatz im Theatersaal täglich
Albert Böhme
und das
großartige Januar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Zum unteren Konzertsaal täglich die **allerersten Militär-Kapellen:** Becker, Przywarski, Görlich, Neumann, Offeney, Lüttich.

Borussia Variété-Theater und Festsäle
Inh.: J. Leschkowski.
Ackerstraße 6–7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftret. v. 15 Künstler-Spezialit.

F. Happoldt's Neuer Konzertsaal.
Mittwoch 8 Uhr: **Bösö Miska-Konzert** unter persönlicher Leitung des Dirigenten.
Donnerstag: **Walzer- und Operetten-Abend.**

Überraschende Neuheit
garantiert unschädlich
kein Chlor
kein reiben
Persil
vollständig ungefährlich
kein Waschbrett
kein bürsten
Modernes Waschmittel
für jede Waschmethode passend
Henkel & Co. Düsseldorf.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Vom 12. Januar.

Die Polizei hat am Sonntag „gut gearbeitet“, um einen Ausdruck im polizeitechnischen Sinne zu gebrauchen. Sie hat die Säbel, die so lange unbenutzt in der Scheibe ruhten, auf die Rücken, Köpfe und Hände von harmlosen, wehrlosen Passanten niedersausen lassen und mit Arbeiterblut getränkt. Wollten wir alle die Taten der Polizei am Sonntag veröffentlichen, würde der Raum dieser Zeitung kaum ausreichen. Was wir bisher im Blatt mitteilten, gibt auch nicht entfernt ein vollständiges Bild über das Massaker am 12. Januar. Die Behauptung des Ministers im Abgeordnetenhause, daß nur an drei Stellen die Polizei von der Waffe Gebrauch gemacht habe, steht mit den Tatsachen auf dem Kriegsfuße und scheint nur dazu bestimmt, die öffentliche Meinung zu beschwichtigen.

In Nachfolgendem wollen wir einige Fälle mitteilen, in denen Leute verletzt worden sind, die unserer Sache indifferent, ja direkt feindlich gegenüberstehen.

Ein von der Polizei verwundeter Student der Tierarzneikunde, Hädecke, gab dem „Berl. Tagebl.“ folgende Darstellung von der ihm zuteil gewordenen Behandlung:

„Als ich in der fünften Nachmittagstunde die Behrenstraße in der Richtung nach der Hedwigskirche passierte, hörte ich verworrenen Lärm von der Friedrichstraße her. Plötzlich brach aus einer rechten Seitenstraße ein Trupp Schutzleute hervor, der mich und andere Passanten mit gezückten Säbeln und Faustschlägen zurückdrängte, die Straße sperrte und uns nach der entgegengesetzten Richtung zu gehen anwies. Bestürzt wandte ich mich um und gewahrte, daß auch von hier Schutzleute, zahlreiche Flüchtlinge vor sich treibend, herbeiströmten. In demselben Augenblicke von allen Seiten mit Faustschlägen traktiert, erhielt ich mehrere Säbelhiebe über den Kopf. Ich verlor das Bewußtsein und sank blutüberströmt zu Boden. Noch am Boden liegend wurde ich weiter mit Säbelhieben bearbeitet. Als ich wieder zu mir kam, hörte ich die Entsetzensschreie der von zwei Seiten Umzingelten, auf die erbarmungslos eingehauen wurde. Trotz meiner blutenden Kopfwunde wurde ich mit Faustschlägen und Rückenstößen weiter bearbeitet, bis mich teilnehmende Passanten nach der Unfallstation in der Brüderstraße schleppten.“

Eine langjährige Leserin des „Lokal-Anzeigers“ schreibt uns: „Ich besuchte am Sonntagnachmittag das Metropol-Theater. Um ½6 Uhr war die Vorstellung zu Ende. Da die Besucher des Theaters den Ausgang nach den Linden zu nicht benutzen durften, verließen dieselben das Theater nach der Behrenstraße zu. Da ich einen Logenplatz inne hatte, so hatte ich meine Garderobe bei mir und konnte als eine der ersten das Theater verlassen, vor welchem mich mein Mann mit meinem neunjährigen Kinde abholte. Um nach unserer in Rixdorf belegenen Wohnung zu kommen, wollten wir mit der Straßenbahnlinie Nr. 55 fahren und gingen zu diesem Zweck die Friedrichstraße entlang bis an die Ecke der Französischen Straße. Hier standen bereits eine Anzahl berittener Schutzleute und es währte nicht lange, kam die Französische Straße herab im Trabe wieder ein Trupp Berittener. Wir kümmerten uns nicht weiter darum, weil uns die Sache nichts anging; plötzlich stürmten eine Menge Menschen vorbei und in den nächsten Hausflur, der drei Stufen hatte. Ich sehe mich um und gewahre zu meinem Schrecken, daß ein Schutzmann zu Pferde mit blankgezogenem Säbel auf uns einstürmt. Ich brachte mein Kind in das offene Haus und kann glaubte ich mich in Sicherheit, stand auch schon der Gaul mit seinem beamteten Reiter mit den Vorderfüßen auf der zweiten Stufe. Die übrigen Männer stürmten die Treppe hinauf, dann wollte ich das Haus verlassen, wurde wieder zurückgejagt und erst nach etwa acht Minuten konnte ich aus dem Hause kommen. Ich war mehr tot wie lebendig. Die Leserin des „Lokal-Anzeiger“ meint, das seien ja haarsträubende Zustände in Berlin. Der Bürgersteig sei doch für das Publikum da und nicht für Schutzmannspferde.

Ein anderer Fall ereignete sich am Oranienburger Tor. Der Fuhrwerksbesitzer B. wohnt Oranienburger Straße 53 und besitzt in der Hannoverschen Straße einen Pferdestall. Am Sonntagnachmittag 5½ Uhr wollte B. nach seinen Pferden sehen und denselben Futter geben. Als er an der Friedrichstraße war und in die Hannoversche Straße einbiegen wollte, sah er, wie eine Menge Leute wegliefen. Er ging langsam seines Weges. Da kommt ein Schutzmann vom 6. Revier, packte B. am Arm, so fest, daß noch heute schwarze Flecke zu sehen sind — und schob ihn weiter mit den Worten, er solle laufen. B. erklärte, er habe doch nichts verbrochen, der Schutzmann, den er kannte, wisse doch, daß er hier um die Ecke seinen Pferdestall habe, er müsse seine Pferde füttern. Darauf kam ein zweiter Schutzmann hinzu und meinte zu dem ersten: „Halte Dich doch nicht lange auf und giß ihm eins“. Da sausten auch schon zwei Hiebe mit der blanken Klinge auf den Kopf B.'s. Der Hut wurde zweimal kreuz und quer durchschlagen und schwer blutend sank B. zur Erde. Als sich der Schwerverwundete erhob, waren die Schutzleute davon gelaufen. B. suchte sich aber den Schläger, der streiten wollte, geschlagen zu haben, auf, und veranlaßte denselben, mit ihm nach der Klinik zu gehen.

•

Wehrlos von Schutzleuten niedergeschlagen zu werden, dieses Schicksal erlitten noch am Abend zwischen 7—8 Uhr Personen, die in der Straße „Unter den Linden“ nicht rasch genug sich vor der Polizeiattacke retten konnten. Auf der Mittelpromenade passierte das einem Buchhandlungsgehilfen N., der nicht nur kein Sozialdemokrat ist, sondern sogar zu unseren Gegnern gehört. Er bekam einen Säbelhieb, der ihm die Stirn dicht über dem Auge aufriß. Etwa zehn Schritte hinter ihm ging ein Buchbinder M., der gleichfalls kein Sozialdemokrat ist, zum mindesten keiner politischen Organisation angehört. Auch M. kriegte seinen Säbelhieb, wiewohl er, ebenso wie N., an keinerlei Widerstand dachte. Vor Herrn N. war bereits eine Frau mit einem Kinde unter den Angriffen der säbelschwingenden Polizisten zu Boden gesunken. Herr M. raffte sich auf und nahm, seiner eigenen Verletzung nicht achtend, sich des ihm gänzlich fremden N. an, der ihm zunächst lag. Er half ihm auf die Beine und führte ihn zu einigen Schutzleuten, die noch mit bloßem Säbel dastanden. Auf seine Bitte, M. zur Unfallstation zu schaffen, erfolgte keine Antwort. Diese Schutzleute schienen Auge und Ohr für nichts anderes zu haben als für den ihnen erteilten Befehl, die „Linden“ zu säubern. Sie steckten ihre Säbel ein und gingen an ihre Plätze zurück. Erst bei einem anderen Schutzmann hatte die nochmalige Bitte Erfolg. Der Beamte forderte einen Droschkenkutscher auf, den Verletzten zur Unfallstation zu fahren, er selber aber stieg nicht mit ein. Eine halbe Stunde dauerte es, bis der Wagen vor der Unfallstation in der Kronenstraße eintraf. Der Arzt konnte nur Herrn M. die erste Hülfe zuteil werden lassen. Herr N. schien ihm so schwer verletzt, daß er sofortige Ueberführung nach der Universitätsklinik in der Ziegelstraße anordnete.

•

Schießlustig schien ein Polizeioffizier zu sein, der am Sonntagnachmittag einem Zug Demonstranten an der Kottbuser Brücke begegnete. Der Polizeioffizier befand sich in einem mit Schutzleuten voll besetzten Straßenbahnwagen. Als der Schutzmannswagen im Eiltempo durch den Arbeiterzug fuhr, kommandierte der Mann des Gesetzes, die Schutzleute sollten die Revolver bereit machen. Sie gehorchten, aber die Arbeiter ließen sich nicht provozieren, sie lachten ob dieser Schießlust und die Schutzleute mußten ihre Schießprügel wieder einstecken. Wie diszipliniert diese Genossen waren, erhellt daraus, daß sie kurz vorher still und schweigend am Krankenhaus Am Urban vorübergezogen waren.

•

Zu der Polizeisäbelei an der Friedrichsgracht wird uns noch ergänzend berichtet, daß der ins Wasser gedrängte Arbeiter von einem Zivilisten gerettet worden ist, obwohl gegen 30 Polizeibeamte dort vorhanden waren. Was die Schießerei anbetrifft, so wird uns auch heute wieder bestätigt, daß nur ein Schuß gefallen ist und zwar von der Wallstraße her. Dieser Schuß ist gefallen, nachdem die blutige Säbelei ziemlich beendet war. Vielleicht gelingt es noch festzustellen, welcher Sozialistenfresser es gewesen ist.

•

Ueber die Behandlung auf verschiedenen Polizeiwachen wird lebhaft Klage geführt. Ganz abgesehen von den höhnischen Redensarten, mit denen die am Sonntag Sistierten von Beamten auf der Wache empfangen wurden, wird auch sonst über äußerst rohe Behandlung geklagt. Auf dem Wege zur Wache sind Leute von Beamten in den Rücken gepufft, ohne jeden Grund hin und her geschüttelt worden. Auf dem Polizeirevier in der Kaiser-Wilhelmstraße sind den Sistierten sämtliche Sache abgenommen worden. Wer nicht schnell genug war, wurde von den Beamten des Inhalts seiner Taschen entleert und in die Zelle gesteckt. Und dabei handelte es sich bei diesen Sistierungen nur um die Feststellung der Personalien. Besonders schlimm scheint es auf der Polizeiwache in der Mittelstraße zugegangen zu sein. Dort waren zurzeit bis 16 Personen eingeliefert worden. In dem Hause dieser Wache haben Personen öfter lautes Gebrüll und Hülferufe gehört, andere behaupten, direkt geschlagen worden zu sein; wieder andere erklären, daß ihnen die Kleider zerrissen worden sind.

•

Gewisse „Arbeiterfreunde“ haben am Sonntag die Gelegenheit benützt, sich zu geben, wie sie sind. Als an diesem Tage Wahlrechtsdemonstranten durch die Kochstraße kamen, wurden aus dem Hause Kochstraße Nr 4 aus einer Wohnung vorn 4 Treppen auf die Passanten zwei Kistenbretter von 1¼ Meter Länge geworfen. Da war aber kein Schutzmann zu sehen. Die hatten anderweitig zu tun, wie beispielsweise in Schönhauserstraße, zwischen Linienstraße und Elsasserstraße, wo unter anderen sogar ein dreizehnjähriger Junge von einem Schutzmann mit dem Säbel derartig auf den Kopf geschlagen wurde, daß er stark blutete.

In der Gegend der Angermünder Straße, wo die Polizei besonders stark säbelte, ging der Kohlenhändler Neumann, Angermünder Straße wohnhaft, in ein Lokal und sah mit großer Schadenfreude der Polizeiattacke zu, fortgesetzt durch die Finger schrille Pfiffe ertönen lassend. Der Uhrmacher Rodenberg klatschte den Heldentaten der Polizei Beifall. Welche Roheit! Der Restaurateur Schmidt, Linien- und Schönhauser Straßen-Ecke, schloß sein Lokal, als die von der Polizei Verfolgten sich hineinretten wollten. Als Demonstranten am Sonntag das Lokal von Löchrick, Lothringer- und Christinenstraße-Ecke betraten, mußten sie hören, wie dieser „Arbeiterfreund“ meinte: Gegen diese Gesellschaft, die Demonstranten nämlich, müßte eine Salve abgegeben und tüchtig dazwischen gehauen werden, damit die Bande ruiniert würde.

Auch Leute im Arbeitsrock haben sich gefunden, der Polizei am Sonntag Dienste zu leisten. An der Haltestelle der Omnibuslinie am Schönhauser Tor machten Schaffner den Schutzleuten Mitteilung, wo sich die Arbeiterzüge befinden und von welcher Gegend dieselben herkamen. Am Bahnhof Friedrichstraße, am Eingang zum Schlütersteg, gab ein Schutzmann dem Droschkenkutscher mit der Nr. 7499 den Auftrag, nach dem Bahnhof zu gehen und Schutzleute zu alarmieren. Mit sichtlicher Freude führte der Mann seinen Auftrag aus.

•

In der Schule.

In der 6 M.-Klasse der 177. Gemeindeschule, Görlitzerstraße, frug der Lehrer Sering die ihm anvertrauten Schüler, wessen Väter am Sonntag mit in der Stadt gewesen seien. Wie kommt Herr Sering zu dieser Frage? Was kümmert es ihn? Und was bezweckt Herr Sering damit?

Vielleicht macht die vorgesetzte Behörde dem neugierigen Herrn klar, was seines Amtes ist.

•

Nach dem 13. Januar.

Hinter den dicht verschlossenen Türen der preußischen Duma in der Prinz-Albrecht-Straße zu Berlin, vom Volke durch eine doppelte Schutzmannskette abgeschlossen, erklärten am vergangenen Freitag die Vertreter der Reaktion, sie fürchteten keine Straßendemonstration. Und dann wurde am Sonntag Berlin von Tausenden schwer bewaffneter Polizeibeamten überschwemmt! Und am Montag ward im Abgeordnetenhause unter denselben vorsichtigen Sicherheits-Maßregeln dieselbe großmäulige Erklärung abgegeben. Ihre Maßnahmen strafen allerdings die Worte der Herren Lügen! Noch tagelang nach dem denkwürdigen Wahlrechts-Sonntag ist das Berliner Winterpalais von einem doppelten Polizeikordon umgeben. Alle Brücken nach der sogenannten Museums-Insel, auf der ja das Schloß steht, sind als „strategische Punkte“ besetzt, besonders stark die Friedrichsbrücke, die Kaiser-Wilhelm-, Kurfürsten- und Schloßbrücke. Und auch gegenüber dem Landtagsgebäude in der Prinz-Albrecht-Straße scheint die dort eingerichtete Polizeiwache noch immer nicht aufgehoben zu sein. Am Dienstagmittag um 1 Uhr sahen Straßenpassanten einen Trupp von 30 Schutzleuten hinter der Kunstgewerbeschule hervorkommen und andere sah man wieder dort hineingehen, wie zur Ablösung. Unwillkürlich blickte man sich um, ob irgend welche Ansammlungen in der Nähe des Preußenparlaments zu bemerken wären, aber die Straße zeigte das alltägliche Bild, nichts störte die gewohnte Ruhe, die in jener Gegend regelmäßig herrscht. —

Die Börse war sowohl gestern morgen wie auch am Abend von Polizeibeamten besetzt.

Mit kaltem Blute schritten am Sonntage die waffenlosen Proletarier Berlins den Säbeln und Revolvern bis an die Zähne bewaffneter Schergen entgegen. Den Vertretern des Dreiklassen-Unrechts ängstigt das zitternde Gewissen ein, sich dem unbewaffneten Volke gegenüber hinter einem Wall von Säbeln und Pistolen zurückzuziehen. Die mutige Demonstration der Arbeiter ist ein Ausfluß ihres Rechtsgefühls. Das feige Säbelgezitter der Herrschenden verrät die gequälte Angst, mit der sie den Weg des Unrechtes weitergehen!

Partei-Angelegenheiten.

Schmargendorf. Am heutigen Mittwoch, abends 8½ Uhr, findet im Restaurant zum Lindenbaum, Spandauer Straße 40, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren sowie der Funktionäre, Diskussion, Wahl des gesamten Vorstandes sowie sämtlicher Funktionäre usw., Verschiedenes. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es Pflicht jedes Genossen, pünktlich zu erscheinen. Die mit ihren Beiträgen restierenden Genossen seien noch darauf aufmerksam gemacht, daß in der Generalversammlung Mitglieder wegen zu langen Rückstandes der Beiträge von der Mitgliederliste gestrichen werden können. Der Vorstand.

Trebbin. Am Sonnabend, den 18. Januar, findet im Wolffschen Lokale die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: Abrechnung vom IV. Quartal, Wahl der Funktionäre, Wahl von Delegierten zur Kreis-Generalversammlung, Mitteilungen des Vorstandes und Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Genossen. Der Vorstand

Berliner Nachrichten.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 16. Januar d. J., nachmittags 5 Uhr: Berichterstattung über die Vorlage, betreffend die Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen. — Vorlage, betreffend Begründung eines Verkehrsverbandes mit den Vorortgemeinden. — Berichterstattung über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Uebernahme von städtischen Arbeiten in eigene Regie der Gemeindeverwaltung. — Vorlage, betreffend Abstandnahme von der Erbauung von 4 Feldscheunen auf den städtischen Rieselgütern und Verwendung der dafür bewilligten Mittel zum Ankauf von zwei Riesendreschmaschinen. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Ueberwachung der Zahnpflege der Schulkinder in Berlin. — Vorlagen, betreffend den Erwerb einer zur Freilegung der Reinickendorfer Straße erforderlichen Fläche, — die Bewilligung von Mitteln für den Bau einer Kühlanlage und von Ausschlachteräumen in der Markthalle VIII, — die teilweise Erneuerung der Drainageleitung beim Hause 6b der Irrenanstalt Herzberge in Lichtenberg. — Vorlagen, betreffend die Festsetzung der neuen Baufluchtlinie für die Nordseite der Invalidenstraße zwischen dem Vorplatze des Stettiner Bahnhofs und der Chausseestraße — und den Austausch von Gelände am Ufer der Panke hinter dem Grundstück Wiesenstraße 55.

Die Grundbesitzer gegen die Schwebebahn. Eine allgemeine Hausbesitzerversammlung war vom Bunde der Berliner Grundbesitzer-Vereine auf gestern abend nach dem Musikerhause in der Kaiser-Wilhelm-Straße geladen worden, um die Frage zu erörtern, „ob die Schwebebahn ein Verkehrsmittel ist, das durch die Straßen der Reichshauptstadt geführt werden darf“. Die Verhandlungen nahmen zeitweise einen sehr stürmischen Verlauf; es beteiligten sich daran nicht weniger als 28 Redner, von denen 19 gegen und nur 9 für die Schwebebahn sprachen. Die Gegner führten die bekannten Gründe ins Treffen: die Schwebebahn beschränkt im engsten Teile der Brunnenstraße den Wagenverkehr, sie verunstalte das Gesamtbild, sie benehme den Wohnungen Licht und Luft. Einige Redner meinten, daß das Geräusch der Probestrecke schon jetzt unerträglich wäre und — nach ärztlichem Ausspruche — die Anwohner bald wegen Nervenzerrüttung und Regenbogenhautentzündung aus der Gegend fortziehen würden. Wer von den Bewohnern der Brunnenstraße in Rixdorf zu tun hätte, möchte doch dort Wohnung nehmen. Von anderen Rednern wurde vorgeschlagen, daß die „Armenbahn“ ihre Pfeiler auf den Höfen fundieren und bis über die Dächer der Häuser erstrecken könnte. Der Vorsitzende Barkowski legte eine gedruckte Resolution vor, in welcher die zuständigen Behörden ersucht werden, den Bau einer Schwebebahn durch die Straßen Berlins aus verkehrstechnischen, ästhetischen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gründen „ein für allemal“ abzulehnen. Auf Antrag des Stadtverordneten Gronewald wurden die Worte „und Hochbahn“ eingefügt und die Resolution in dieser Fassung gegen etwa 50 Stimmen angenommen. Die Sitzung zog sich trotz Beschränkung der Redezeit bis gegen Mitternacht hin.

Für die Beurteilung der Frage, ob die Schwebebahn für Berlin praktisch ist, sind die Grundbesitzer nicht zuständig. Diese betrachten jede Angelegenheit nur von ihrem Haus- und Grundbesitzerinteressenstandpunkt aus. Für uns kann nur entscheidend sein, ob die Straßen Berlins, durch die die Schwebebahn geführt wird, nicht vielfach zu eng sind, um dieses Verkehrsmittel zuzulassen, und ob der sonstige Verkehr nicht beeinträchtigt wird. Die Beantwortung dieser Frage kann nicht allein von dem Eindruck abhängig gemacht werden, den die Probestrecke macht, sondern muß auf Grund genauer, sachverständiger Prüfung des gesamten Projekts erfolgen.

Der Vorortsverkehr nach Velten gesichert. Die noch ausstehende Bewilligung des Kostenzuschusses zur Durchführung des Vorortverkehrs nach Velten seitens der Veltener Gemeinde ist in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung bewilligt worden. Es handelt sich um einen Betrag in Höhe von 70 000 M., welchen die Bahnverwaltung als Zuschuß zu den für den Bau eines Maschinenschuppens und Erweiterung des Bahnhofs erforderlichen Kosten verlangt. Die Gemeinde hatte die Zahlung dieses Betrages abgelehnt. Nachdem jedoch verschiedene Nachbargemeinden sich bereit erklärt haben, einen Teil der Kosten zu übernehmen, ist in der letzten Gemeindevertretersitzung in Velten beschlossen worden, den Restbetrag von zirka 50 000 M. aus örtlichen Mitteln zu bewilligen. Nunmehr dürfte der Bau der Vorortsstrecke jedenfalls noch in diesem Frühjahr in Angriff genommen werden.

Eine jugendliche Selbstmörderin. In der elften Vormittagsstunde stürzte sich am Montag in der Malmöer Straße 25 die kaum 17jährige Erna Leskau aus der vier Treppen hoch gelegenen elterlichen Wohnung auf den Straßendamm. Um ja den Tod sicher zu erreichen, trank die junge Lebensüberdrüssige vor dem Hinabstürzen eine Flasche Lysol aus. Der herbeigerufene Arzt konnte auch nur noch den Tod konstatieren. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Ursache zu dem schrecklichen Entschluß soll Liebeskummer gewesen sein, doch erfahren wir auch, daß das Mädchen schon seit sechs Wochen keine Beschäftigung finden konnte und es bitter empfand, nicht zum Unterhalt der Familie beitragen zu können.

Das Opfer eines tödlichen Straßenbahnunfalles ist der Arbeiter Robert Schimanski aus Wilmersdorf geworden. In der Brandenburgischen Straße hatte Sch. versucht, auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen aufzuspringen. Er stürzte jedoch vom Trittbrett herunter und schlug mit solcher Gewalt mit dem Kopf auf das Straßenpflaster auf, daß er einen Schädelbruch davontrug. Bald nach seiner Einlieferung starb der Verunglückte im Elisabeth-Krankenhaus.

Der Lustmord am Tempelhofer Feld. Unter dem Verdacht, den Frauenmord auf dem Tempelhofer Felde begangen zu haben, war, wie wir mitteilten, der frühere Steinsetzer Richard Schmidt aus der Großbeeren Straße 45 verhaftet worden. Der Verdächtige wurde von Moabit wieder entlassen, auf Verfügung der Staatsanwaltschaft aber schon Montag, so lesen wir im „Berl. Tagebl.“ von neuem verhaftet, da sich das Belastungsmaterial gegen ihn unterdessen noch vermehrt hat. Es hat sich noch ein Mann aus Gatow bei Potsdam

gemeldet, der am kritischen Abend um 7¾ Uhr von hier nach Hause fuhr und den Tatort passierte. Er hörte dort zu dieser Zeit laute Hülferufe, kümmerte sich aber nicht weiter darum.

Wir nehmen nur mit allem Vorbehalt von der Wiederverhaftung Schmidts Notiz, da er sich erst am Montag nachmittag auf unserer Redaktion vorstellte und um Mitteilung von seiner Haftentlassung ersuchte.

Verkehrskommando Friedrichstraße—Wilhelmstraße.

Die Polizei teilt mit: Nachdem sich die Verkehrsregelung auf dem Potsdamer Platze und an der Ecke der Friedrichstraße und Unter den Linden durch ein besonderes Schutzmannskommando bewährt hat, wird auch für die Kreuzung der Leipziger Straße im Zuge der Friedrichstraße und Wilhelmstraße die gleiche Einrichtung getroffen. Das Zeichen zur Absperrung der verschiedenen Fahrtrichtungen wird mit der Huppe gegeben.

In der letzten Sitzung der Armendirektion stand unter anderem auch die Höhe der Pflegegelder im Hinblick auf die ausreichende Ernährung schulpflichtiger Kinder zur Besprechung.

Der Antrag ging von Herrn Stadtrat Münsterberg selber aus, er ist eine Folge des Antrages unserer Genossen über die Schulspeisung armer Kinder.

Bei der Beratung dieses Antrages wurde von unserem Genossen Borgmann auf das ungenügende Pflegegeld für die Kinder unserer Witwen hingewiesen. Nach dem Jahresbericht von 1906 betrugen immer noch ein Drittel aller gezahlten Pflegegelder nur 6 Mark pro Monat, während die weiteren zwei Drittel sich auf 7, 8 und 9 M. verteilen. Nur in ganz vereingelten Fällen wird über 9 M. gezahlt.

Die Kommissionen klammern sich zu sehr an die früher gezahlten Sätze und machen von dem Recht, auch über 9 M. zu bewilligen, keinen Gebrauch; die letzte Geschäftsanweisung liege sechs Jahre zurück. Die Kommissionen verlangen, daß auch Witwen mit fünf und sechs Kindern ein Kind erhalten sollten. Viele Kommissionen arbeiten nur mechanisch, ohne ernstlich zu prüfen, ob eine Familie mit den gezahlten Beträgen zu erhalten sei. — Von unseren Genossen wurde der Antrag gestellt: „Die Pflegegeldsätze mindestens auf 9 M. festzusetzen; doch sollen die Kommissionen bis 12 M. ohne Genehmigung der Kreisversammlung bewilligen können."

Dieser Antrag wurde vom Genossen Hintze begründet. Er wies darauf hin, daß die bedeutende Steigerung aller Lebensbedürfnisse eine endgültige Aenderung der bisherigen Sätze fordere. Eine energische Abhülfe sei nötig und daher empfehle sich die sofortige Durchführung des obigen Antrages.

Herr Rosenow war aufgebracht darüber, daß Genosse Hintze auf den bereits früher gestellten Antrag hingewiesen, auch er sei für ein genügend hohes Pflegegeld zu haben, nur müsse es auch richtig verwendet werden. Vom Genossen Ewald wurden diese Ausführungen angenagelt; anscheinend komme es Herrn Rosenow mehr auf die Person, welche solche Anträge stelle, als auf die Sache an. Schließlich wurde eine Kommission von neun Mitgliedern gewählt, welche die Angelegenheit weiter prüfen soll; dieser gehört auch Genosse Ewald an.

Seit einigen Tagen treibt im Norden der Stadt ein junger Mensch sein Wesen, der unter dem Vorwand, daß er die Oefen auf Reparaturbedürftigkeit nachsehen solle, sich Einlaß in die Wohnungen zu schaffen versucht. In mehreren Fällen hatte er vorgeschützt, im Auftrage des Hauswirts zu kommen. Nachträgliche Erkundigungen beim Wirt haben die Unrichtigkeit seiner Behauptungen ergeben. Vor dem Schwindler, dem es wohl auf Gelegenheit zu Spitzbübereien ankommt, seien die Hausfrauen gewarnt.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 6 Uhr kam in der Görlitzer Straße 73 Feuer aus. Es brannte eine Küche. Um an den Brandherd zu gelangen, mußte das Zwischengebälk aufgerissen werden. In der Görlitzer Straße 40 fing ein Weihnachtsbaum Feuer. Die Flammen erfaßten Möbel, Decken usw. Nicht weit davon, in der Wiener Straße 7, brannten Betten u. a. In der Prinzenstraße 42 mußte ein Feuer gelöscht werden, das in einem Kinematographen-Theater ausgekommen war. Der 20. Zug hatte in der Köllnischen Straße 20 zu tun, wo ein Strohsack und ein Kamin brannten. Gleichzeitig mußten Elsasser Straße 1/2 brennende Lumpen um 10 Uhr nachts abgelöscht werden. Wachs wurde in der Krausenstr. 2 und Fett in der Beusselstr. 7 ein Raub der Flammen. Ferner hatte die Feuerwehr noch in der Koppenstraße 50, in der Gubener Straße 45 und an anderen Stellen zu tun.

Zu den bevorstehenden Gemeindewahlen,

die in vielen Gemeinden des Kreises Teltow und Niederbarnim im März dieses Jahres stattfinden, sind unverzüglich die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Es ist zunächst Pflicht eines jeden Wahlberechtigten, sich davon zu überzeugen, ob er auch in der Wählerliste steht.

Wer nicht in die Liste eingetragen ist, darf nicht wählen.

Es erhellt hieraus, daß die Einsichtnahme in die Wählerliste eine sehr dringende Pflicht jedes Wahlberechtigten ist. Ist jemand verhindert, sich selbst davon zu überzeugen, ob er in der Liste steht, so wende er sich vertrauensvoll an einen im Orte auf Plakaten oder im „Vorwärts" bekannt gegebenen Parteigenossen und beauftrage diesen nach Aushändigung einer Legitimation mit der Einsichtnahme in die Liste.

Wahlberechtigt ist jeder selbständige Gemeindeangehörige, welcher 1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist, 2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, 3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, 4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, 5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben bezahlt hat und außerdem a) entweder ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt, oder b) von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Hausbesitz einen Jahresbetrag von mindestens 3 M. an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder c) zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 660 M. herangezogen wird.

Als selbständig wird nach vollendetem 24. Lebensjahre jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat. Chambregarnisten sind wahlberechtigt, Schlafburschen ist das Wahlrecht abgesprochen worden.

Besonders sei darauf hingewiesen, daß man zur Ausübung des Gemeindewahlrechts — im Gegensatz zu den Städten — nicht Preuße zu sein braucht, es ist erforderlich, daß man die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.

Die Listen liegen aus vom 15. bis 30. Januar

und zwar in:

Groß-Lichterfelde im Gemeindebureau (Schillerstraße 32), Zimmer 8.

Steglitz im Zimmer des Rathauses wochentags um 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Wer nicht selbst die nötige Zeit hat, wende sich so schnell als möglich an folgende Adressen: Schellhase, Ahornstraße 15a, Fritsch, Florastraße 2a, Wahrendorf, Schloßstraße 117, Rätber, Marksteinstraße 1, Kleefeldt, Brandenburgische Straße 1.

Schmargendorf im hiesigen Rathause wochentags im Zimmer 14 von 9 bis 1 Uhr und Sonntags sowie am 27. d. Mts. im Zimmer 5 von 10 bis 12 Uhr.

Britz im Rathause und zwar werktäglich im Zimmer 6 während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr und von 2 Uhr bis 4 Uhr nachmittags und an den Sonntagen im Wachzimmer (Nr. 4) von 10 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags.

Mariendorf während der Dienststunden im Rathause hierselbst, parterre, Zimmer 11.

Tempelhof im Gemeindebureau, Dorfstr. 42, Zimmer 6.

Treptow-Baumschulenweg im Gemeindehause hierselbst, Neue Krug-Allee 5, Zimmer 15, in den Dienststunden und zwar an den Wochentagen von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und an den Sonntagen von 9 bis 10 Uhr vormittags. Für diejenigen, welche die Liste nicht selbst einsehen können, übernehmen folgende Genossen die Einsichtnahme: Rob. Grannenz, Kiefholzstr. 412 im Laden, Wangenheim, Baumschulenstr. 14 (Laden), und Mette, Baumschulenstraße 70 (Laden).

Nieder-Schöneweide in dem Gemeindegeschäftszimmer hierselbst, Grünauer Straße 1 I, während der werktäglichen Dienststunden.

Wannsee im hiesigen Gemeindebureau, Zimmer Nr. 5.

Grünau während der Dienststunden im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 2.

Adlershof während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im hiesigen Gemeindeamte, Bismarckstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 7.

Zeuthen im hiesigen Gemeindeamte während der Stunden von 8 bis 12 Uhr vormittags. Diejenigen, die an der persönlichen Einsichtnahme verhindert sind, werden ersucht, ihre Adresse usw. im Restaurant Kaehe abzugeben.

Lankwitz im hiesigen Gemeindebureau, Hauptstr. 13, Zimmer 2, während der Dienststunden.

Eichwalde im Gemeindebureau hierselbst, Grünauer Straße 49, an den Wochentagen von 9—1 Uhr.

Lichtenrade im Gemeindebureau, Dorfstr. 61, während der Dienststunden.

Schmöckwitz im hiesigen Gmeindeamt.

Grunewald im hiesigen Gemeindebureau, Herthastr. 18, Zimmer 14, während der Dienststunden von 8—3 Uhr.

Rudow im hiesigen Gemeindebureau. Für diejenigen, die verhindert sind, selbst die Liste einzusehen, übernehmen die Genossen Schafhirt, Neumann, Werner und Spegan die Einsichtnahme.

In Reinickendorf werktäglich von 9—3 Uhr, Sonntags von 9—9½ und 11½—1 Uhr im Rathaus, Zimmer 11.

Einsprüche gegen die Richtigkeit gebe man sofort zu Protokoll.

Vorort-Nachrichten.

Gewerbegerichtswahlen in Charlottenburg.

Arbeiter, Parteigenossen! Am Donnerstag, den 16. Januar cr., finden hierselbst die Neuwahlen der Beisitzer zum Gewerbegericht wiederum auf zwei Jahre statt. Wir hoffen, da wo in dieser Stunde die Arbeiterschaft Preußens von der preußischen Regierung und Gesetzgebung das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht energisch fordert, die Arbeiterschaft Charlottenburgs sich an diesen Wahlen, die bereits ein direktes und geheimes Wahlrecht in sich fassen, zahlreich beteiligen wird. Gegenüber den früheren Wahlen tut eine lebhaftere und zahlreichere Beteiligung bitter not.

Die Wahlen dauern von vormittags 10 Uhr bis mittags 1 Uhr und nachmittags von 5—8 Uhr. Nur wer bis 8 Uhr im Wahllokale anwesend ist, wird zur Abgabe seiner Stimme zugelassen. Die Wahl ist geheim und erfolgt durch Stimmzettel. — Wahlberechtigt sind alle diejenigen Arbeitnehmer, die am Wahltage das 25. Lebensjahr vollendet haben und in Charlottenburg wohnen oder hierselbst beschäftigt sind. Jeder Wähler muß im Besitze einer Legitimation sein. Für diejenigen, die in Charlottenburg in Arbeit stehen, hat der Arbeitgeber eine Legitimation auszustellen, für diejenigen, die in Charlottenburg wohnen und außerhalb Charlottenburgs arbeiten oder auch arbeitslos sind, das zuständige Polizeirevier.

Nachstehend geben wir die Bezirke, in denen die Wahlen stattfinden, die Wahllokale und die von der Gewerkschaftskommission aufgestellten Kandidaten bekannt:

Bezirk 1: Wahllokal: Restaurant Erstling, am Bahnhof Westend 2. Kandidaten: Paul Lindenblatt, Kunst- und Landschaftsgärtner, und Adolf Richter, Porzellandreher.

Bezirk 2: Wahllokal: Winter, Schloßstr. 45. Kandidaten: Karl Gräber, Bauhülfsarbeiter, Wilhelm Grix, Zimmerer, und Emil Lehmann, Maurer.

Bezirk 3A: Wahllokal: Turnhalle der 5. und 6. Gemeindeschule, Kaiserin-Augusta-Allee 4a.

Bezirk 3B: Wahllokal: Restaurant Lindstedt, Salzufer 1a.

Bezirk 3C: Wahllokal: Logen-Restaurant, Berlinerstr. 61, Eingang Kirchbofstraße.

Bezirk 3D: Wahllokal: Restaurant Felsmann, Erasmusstr. 12, Ecke Reuchlinstraße. — Kandidaten: Albert Billian, Gürtler; Otto Eckhardt, Schlosser; Karl Neumann, Kutscher; Fritz Thunack, Bautischler.

Bezirk 4: Wahllokal: Restaurant Schweitzer, Berlinerstr. 130. Kandidaten: Rudolf Handke, Bauhülfsarbeiter, und Heinr. Woschke, Putzer.

Bezirk 5: Wahllokal: Restaurant Haustein, Krummestr. 65. Kandidaten: Albert Lange, Maler und Heinrich Pfefferkorn, Bautischler.

Bezirk 6: Wahllokal: Restaurant Rufledt, Inhaber Flint, Wilmersdorferstr. 106. Kandidaten: Johann David, Maurer, und Wilhelm Stelter, Zimmerer.

Bezirk 7: Wahllokal: Restaurant Leibnizfäle, Leibnizstr. 33. Kandidaten: Hans Hannemann, Kellner, und Fritz Schulz, Kutscher.

Bezirk 8: Wahllokal: Restaurant Gerdes, Augsburger Straße 38, Ecke Marburgstraße. Kandidat: Franz Huzel, Schneider.

Das Bureau des Wahlkomitees befindet sich am Wahltage im Volkshause, Rosinenstr. 3, vorn bei Engel, und sind von dort alle eventuellen Auskünfte zu holen.

Der Ausschuß der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.
J. A.: Otto Flemming, Pestalozzistr. 13.

Charlottenburg.

Politische Demonstration oder Gesindel? Unter dieser Spitzmarke sucht eine Kreatur in der hiesigen „Tageszeitung" — einem bürgerlichen Blatt — die demonstrierenden Arbeiter am Sonntag herabzusetzen. Es wird von „fragwürdigen Leuten", „Weibspersonen", und im Gegensatz hierzu von der „wackeren Schutzmannschaft" gesprochen, der eine bewundernswerte Zurückhaltung den Demonstranten gegenüber nachgesagt wird.

Wir glauben angesichts der durch viele Tausende von Personen beobachteten Vorgänge nicht notwendig zu haben, jenem Schmierfinken sachlich gegenüberzutreten und begnügen uns deshalb damit, an dieser Stelle das geistige Produkt niedriger zu hängen.

Anscheinend mit oben bezeichnetem Blatt in der „objektiven" Berichterstattung über die Vorgänge zu wetteifern scheint die sogenannte freisinnige Charlottenburger „Neue Zeit", ein Blatt, das unsere Leser bereits bei den verschiedensten Gelegenheiten kennen gelernt haben. Nur ein Satz aus der Schmähnotiz sei hier wiedergegeben:

„An den Demonstrationen nahmen wieder große Massen des Janhagels teil, namentlich grüne Jungen, die sich auch an die Weisungen der „Organisierten" nicht kehrten, die Polizei verhöhnten und die Schutzleute mit Steinen bewarfen."

Auch diese kleine Blüte sei unseren Lesern mitgeteilt und zwar als von sogenannter „freisinniger" Seite stammend. Besser kann kein im Dienste der Polizei stehendes Blatt berichten.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung.

Die letzte Sitzung nahm wiederum in der jetzt schon zur Gewohnheit gewordenen Weise ihren Anfang. Stadtv. Gottschalk (Lib. Fraktion) verlangte zu einer Erklärung vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort, das ihm aber vom Vorsteher nicht gestattet wurde mit der Begründung, daß es nicht Sitte sei, vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zu nehmen. Das Vorgehen des Vorstehers brachte wieder eine längere erregte Geschäftsordnungsdebatte. Die Liberalen protestierten dagegen, daß der jetzige Vorsteher die Rechte der Mitglieder beschränke. Bisher habe niemand Anstoß genommen, wenn vor Eintritt in die Tagesordnung Erklärungen abgegeben wurden. Der Vorsteher habe selbst bei früheren Gelegenheiten davon Gebrauch gemacht. Die Redner der Mehrheitsparteien unterstützten selbstverständlich die Haltung des Vorstehers. Auch diese Geschäftsordnungsdebatte wollte dem Vorsteher keineswegs behagen. Er verstieg sich sogar soweit, zu erklären: „Wenn das noch eine Zeitlang so weiter geht, dann schließe ich die Versammlung!" Man machte ihn aber darauf aufmerksam, Vorstehers. Auch diese Geschäftsordnungsdebatte wollte dem Vor- Stadtv. Rheinbecher (Lib. Fraktion) protestierte dann dagegen, daß in der vergangenen Sitzung die Wahl der Schriftführer nicht nach den Bestimmungen der Städteordnung vorgenommen ist. Es wird dann weiter noch ein dringlicher Antrag von der liberalen Fraktion eingebracht, in welchem dem Vorsteher für seine Aeußerungen in der vorigen Sitzung ein Mißtrauensvotum ausgesprochen werden soll. Der Dringlichkeit wird aber von einem Stadtverordneten widersprochen; der Antrag kommt somit erst in der nächsten Sitzung zur Verhandlung.

Es wird dann zur Wahl der ständigen Ausschüsse geschritten. Unsere Genossen sind in diesen Ausschüssen wie folgt vertreten: Wahlausschuß: Obst, Wollermann; Petitionsausschuß: Däumig, Hoffmann; Rechnungsausschuß: Küter, Wollermann; Ausschuß für Prüfungs- und Beförderungsangelegenheiten: Fritsch; Etatsausschuß: Küter, Molkenbuhr.

Dem sozialdemokratischen Antrage betr. Schaffung von Notstandsarbeiten ist der Magistrat, wie wir bereits mitteilten, beigetreten. Stadtv. Alterium (Lib. Vg.) will sich zwar nicht gegen die Bewilligung der vom Magistrat geforderten 20 000 M. aussprechen, ist aber der Meinung, daß die Arbeiten bei der kälteren Witterung nicht ordnungsgemäß ausgeführt werden können. Mindestens 15 000 M. von dieser Summe wären weggeworfenes Geld. Stadtv. Fritsch (Soz.) tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen und findet es unbegreiflich, wie man den Arbeitern etwas derartiges sagen kann. Die Arbeiterschaft Schönebergs wird sich jedenfalls diese Ausführungen merken. — Auf Anfrage erklärt der Oberbürgermeister, daß die Arbeiten, wenn irgend möglich, in eigener Regie ausgeführt werden. Wo das nicht der Fall ist, wird den Privatunternehmern in den Verträgen die Pflicht auferlegt, in erster Linie hiesige Arbeiter zu beschäftigen.

Ohne Debatte zugestimmt wird der Vorlage des Magistrats: im Hause Apostel Paulusstraße 6 Räume zur Einrichtung eines Unterkunftsraumes für Arbeitslose zu mieten und Speisen und Getränke darin zum billigen Preise abzugeben.

Die liberale Fraktion beantragt, zu beschließen: „Die Stadt Schöneberg übernimmt nach Ablauf des Knauerschen Vertrages die Abfuhr des Straßenkehrichts in eigene Regie; der Magistrat wird ersucht, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen und eine entsprechende Vorlage zu machen." Der Antrag rief eine längere Debatte hervor, in welcher die Liberalen und Sozialdemokraten eine Beschleunigung der Angelegenheit verlangten. Es wurde darauf hingewiesen, daß bereits vor längerer Zeit ein ähnlicher Antrag, welcher von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt war, angenommen wurde; der Magistrat hat aber bis heute noch keine Mitteilungen über den Stand der Angelegenheit gemacht. Die Vertreter der Mehrheitsparteien halten eine Festlegung der Stadtverordnetenversammlung in dieser Angelegenheit für verkehrt, man solle erst die Erhebungen des Magistrats abwarten. Sie beantragen daher die Vertagung der ganzen Angelegenheit auf 4 Wochen. Nachdem der Vertreter des Magistrats mitgeteilt hatte, daß der Versammlung in der nächsten Zeit eine entsprechende Vorlage zugehen wird, wurde die Vertagung beschlossen.

Eine Anfrage, wie weit die Ausarbeitung des Projekts für den Stadtpark sei, wird vom Baurat Gerlach dahin beantwortet, daß in 8—14 Tagen die Vorlage der Stadtverordnetenversammlung zugehen wird.

In der nächsten Sitzung, die am 20. Januar stattfindet, soll die lebenslängliche Anstellung des jetzigen Oberbürgermeisters beschlossen werden.

Lankwitz.

Unter reger Beteiligung der Mitglieder fand vorige Woche die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Der stellvertretende Vorsitzende, Genosse Schindler, gab einen Rückblick auf das verflossene Jahr. Unter Berücksichtigung dessen, daß der hiesige Wahlverein im Zeichen der Reichstagswahl gegründet wurde, bezeichnete er das Ergebnis des ersten Jahres als ein gutes. Die Mitgliederzahl, welche am 31. Dezember 1906 128 betrug, beträgt heute 174. Die Mitglieder verteilen sich auf 38 einzelne Berufe. Es fanden im Laufe des verflossenen Jahres statt: 0 Vereinsversammlungen mit stets gewechseltem Thema, 2 Volksversammlungen und 16 Vorstandssitzungen. — Hierauf gab Genosse Teurig als Kassierer den Kassenbericht und zwar beträgt die Jahreseinnahme 730,75 M., die Ausgabe 729,51 M. An den Kreis wurden hiervon abgeführt 450,15 M. Die hierauf vorgenommene Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre ergab: 1. Vorsitzender Genosse Schindler, 2. Vorsitzender Genosse Borheimer. Genosse Borheimer konnte das Amt des 1. Vorsitzenden nicht weiterführen, da, wie wir seinerzeit berichteten, ein ihm im verflossenen Jahre zugestoßenes Unglück, durch welches seine Sehkraft erheblich litt, ihm die Uebernahme unmöglich machte. Als Beisitzer wurde Genosse Hermann Richter, als Schriftführer der Genosse Dehnst, als Kassierer Genosse Teurig wiedergewählt. Als Bezirksführer fungieren die Genossen Krömer, Nimmig, Anders, Perisch, Voigt und Sebastian. Als Revisoren: Richter, Radicke, Kots. Lokalkommission: Kots und Wohlleib. Als Bibliothekar Genosse Ibscher. Nach Erledigung der für das laufende Jahr notwendigen Formalitäten schloß der Vorsitzende die Sitzung in der Hoffnung auf eine weitere gedeihliche Entwickelung der Bewegung.

Erkner.

Vom Zuge mitgeschleift. Ein aufregender Unglücksfall hat sich vorgestern auf dem hiesigen Bahnhof zugetragen. Der Steuerbeamte Frucht aus der Weinmeisterstraße in Berlin war in Erkner gewesen und als er wieder heimfahren wollte, versuchte er auf dem Bahnhof auf den bereits in der Fahrt befindlichen Vorortzug aufzuspringen. Er fiel dabei von dem Trittbrett herunter und geriet mit beiden Beinen zwischen den Zug und die Bordschwelle des Bahnsteigs. Auf Zurufe des Publikums wurde der Zug bald zum Halten gebracht. F. hatte schwere innere Verletzungen und ganz erhebliche Quetschungen beider Unterschenkel erlitten.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorstand seinen Tätigkeitsbericht über das letzte Halbjahr. Es haben stattgefunden 8 Mitgliederversammlungen, 4 Volksversammlungen, darunter eine für die Frauen, außerdem 13 Sitzungen des Vorstandes resp. dessen Funktionäre. Der Kassenbericht des Kassierers zeigte eine Einnahme von 314,12 M. und eine Ausgabe von 281,25 M. Aus dem Bericht der Lokalkommission ging hervor, daß im Orte sämtliche Lokale, außer „Restaurant zur Traube" und „Klosterhof", frei sind. Genosse Werner gab den Bericht der Gemeindevertretung. Er führte

aus, daß Erkner in den letzten beiden Jahren im Schuldenmachen sehr viel geleistet habe. Einen ausführlichen Bericht versprach Redner im Hinblick auf die bevorstehende Gemeindevertreterwahl in der nächsten öffentlichen Versammlung zu geben. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Genosse M. Reimann, 1., E. Hoffmann, 2. Vorsitzender, H. Schulz, Kassierer, P. Borchardt, Schriftführer, Henze, Ulitzka, Bezirkskassierer, Schmidt-Erkner, Hartwig-Woltersdorf, Revisoren. Kranz und Hefter Lokalkommission. Haucke, Bibliothekar. Zum Schluß fordert der Vorsitzende auf, den Kampf für die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts intensiv aufzunehmen, damit endlich das elende Wahlrecht verschwindet.

Rudow.

In der Generalversammlung des Wahlvereins am 11. Januar gaben der Vorsitzende und der Kassierer einen Bericht über die Geschäfte des verflossenen Jahres. Sodann erfolgte die Neuwahl des Vorstandes; dieselbe ergab folgendes: 1. Vorsitzender Genosse Christian Raasch, 2. Vorsitzender Karl Voigt, Schriftführer Schaffert, Beisitzer Klopsch, Kassierer Volz, Revisoren Schepan, Neumann und Bartel, Lokalkommission Grünack. Hierauf sprach sich der Vorsitzende für unbedingte Beteiligung an den in diesem Jahre stattfindenden Gemeindewahlen aus und machte es jedem Genossen zur Pflicht, die Wählerliste einzusehen.

Weißensee.

Bei einem Ausbruch aus dem Gefängnis schwer verletzt hat sich der Untersuchungsgefangene Viktor Marurath, der in dem hiesigen Amtsgerichtsgefängnis interniert war. M. hatte eine Strafe zu gewärtigen und er zog es daher vor, sich seiner Bestrafung durch die Flucht zu entziehen. Er brach in der vorgestrigen Nacht das Gitter seines Zellenfensters durch und zog sich dabei schwere Verletzungen an den Händen zu. Zurückgelassene Blutspuren zeugten von dem starken Blutverlust, den der Gefangene bei seiner Flucht erlitten hatte. Vermutlich hat er sich nach Berlin gewandt.

Ein gemeingefährlicher Brandstifter, durch den viele Menschenleben in Gefahr gebracht wurden, trieb hier am Montag sein Unwesen. Im Zeitraum von zwei Stunden hat der wohl geisteskranke Bursche in drei Häusern den Treppenflur in Brand gesetzt. Nach 7 Uhr abends ertönten vom Balkon des Hauses Langhansstraße 138 Hilfe- und Feuerrufe. Die in das Haus eilenden Straßenpassanten fanden den Treppenflur vollständig verqualmt und die Läufer zwischen der zweiten und vierten Etage brennend, so daß die Mieter vom Feuer abgeschlossen waren. Nur mit Mühe gelang es, die Bewohner, denen sich eine Panik bemächtigt hatte, zu bewegen, in den Wohnräumen zu verbleiben. Die Feuerwehr war mit dem Löschen dieses Brandes noch kaum fertig, als der Ruf ertönte, im Hause Langhansstraße 147 brennt ebenfalls der Treppenflur. Hier fand man ebenfalls den ganzen Treppenaufgang verqualmt. Wie im Hause 138 hatte der Brandstifter alle Strohdecken von den Türen genommen und diese sowie die Treppenläufer angezündet. — Kaum 20 Minuten nach dem zweiten Brand traf bei der Feuerwehr schon die Meldung von einem dritten Treppenflurbrand in der Friedrichstraße ein. Die Feuerwehr mußte alle Sicherheitsmaßregeln für die aufgeregten Mieter treffen und hatte längere Zeit zu tun, um des Feuers Herr zu werden. Der Brandstifter konnte noch nicht ermittelt werden.

Spandau.

Die Demonstration gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht nahm, wie uns noch nachträglich berichtet wird, auch in Spandau einen imposanten Verlauf. Es waren zu 3 Uhr zwei Versammlungen anberaumt, und zwar eine bei Kumke in der Neustadt und eine bei Köpnick in der Wilhelmstadt. Schon vor 2 Uhr belebten sich die sonst am Sonntagnachmittag ziemlich menschenleeren Straßen. Aus allen Querstraßen kamen kleinere Trupps Männer und Frauen und bewegten sich nach den Hauptstraßen zu. Die Trupps schwellten an, alle von dem einen Gedanken beseelt, hin zur Versammlung, um gegen die Wahlrechtsschmach zu protestieren. Besonders in der Schönwalder Straße erschienen immer neue Massen und schlossen sich an, so daß schließlich ein Menschenstrom von weit über tausend Personen sich durch die Straßen bewegte. Das Lokal von Köpenick, in dem Genosse Tuwont-Berlin ein treffliches Referat hielt, war, obwohl Tische und Stühle entfernt wurden, bis auf den letzten Platz gefüllt. Wohl an tausend Personen lauschten in fürchterlicher Enge den Ausführungen des Referenten. Im Lokal von Kumke sprach Genosse Zernicke-Berlin vor gleichfalls tausend Personen. Nach Schluß der Versammlung wurde die Polizei, als die Besucher wieder durch die Straßen zurückgingen, nervös und trieb sie von der Potsdamer Straße, in der sich der Hauptstrom entlang bewegte, in die Querstraßen. Der Stadtverordnete Genosse Schmidt, den man gleichfalls in eine Querstraße abgeschoben hatte und dem Beamten sagte, daß er überall gehen könne, wurde mit zur Wache genommen. Die Schützenstraße, in der sich das Seitzsche Lokal befindet, wurde gesperrt. Im großen und ganzen hat auch die Spandauer Arbeiterschaft sich würdig gezeigt am Wahlrechtstage.

Gerichts-Zeitung.

Ein Polizeiwachtmeister als Urkundenfälscher. Vom Landgericht Hamburg ist am 23. September v. J. der Polizeiwachtmeister Gustav Rettig wegen Urkundenfälschung zu sechs Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Er hatte Auftrag erhalten, wegen angeblicher Ueberschreitung der Polizeistunde durch den Gastwirt S. in der Nacht zum 16. Februar v. J. Nachforschungen anzustellen. Der betreffende Wirt hatte an diesem Abend seinen Geburtstag gefeiert. Infolge des Berichtes des Angeklagten erhielt S. einen Strafbefehl über 10 M. Er beantragte gerichtliche Entscheidung. Rettig fürchtete, in der Gerichtsverhandlung wegen nachlässiger Berichterstattung bloßgestellt zu werden und suchte auf S. dahin einzuwirken, daß er seinen Antrag auf gerichtliche Entscheidung zurückziehe. S. wollte aber nicht, er wollte freigesprochen werden. Rettig lockte ihm nun eine Unterschrift ab und pauste diese durch. Dann fertigte er eine Eingabe an die Polizei an, in welcher die Zurücknahme des Antrages auf gerichtliche Entscheidung ausgesprochen wurde, und setzte dann die durchgepauste Unterschrift des S. darunter. Als dann später S. die Aufforderung erhielt, Strafe und Kosten zu zahlen, kam die Fälschung heraus. S. wurde dann vom Schöffengerichte freigesprochen. — Die Revision Rettigs wurde vom Reichsgericht am Montag verworfen, da alle Tatbestandsmerkmale der Urkundenfälschung ausreichend festgestellt waren.

Vermischtes.

Opfer der Arbeit im Industriegebiet. Auf Zeche „Carolus Magnus" in Bergeborbeck wollte der Reviersteiger Middelhauve einen Aufbruchschacht befahren, als eine Kluft ausschlug. Die Gesteinsmassen rissen zwei Kappen und zwei Spürlatten mit, welche M. so unglücklich trafen, daß der Tod sofort eintrat. — Der Schichtmeister Klein von Borbeck stürzte 60 Meter tief in den Schachtgrund und war sofort tot. Er hinterläßt Frau und fünf Kinder. — Im Betrieb der Kruppschen Werke in Rheinhausen stürzte ein holländischer Arbeiter von einer Leiter ab. Eine Auge verlor der Steiger R. von Zeche „Roland" in Gumpta, den bei einer Schachtreparatur ein Steinchen ins Auge flog. — Auf der Kruppschen „Friedrich-Alfred-Hütte" bei Hochemmerich stürzte ein bei dem Bau des neuen Konstruktionshauses beschäftigter Arbeiter von einer Leiter. Er starb an den Folgen eines Schädelbruchs.

Drei Tote um einen Wildbraten. Ein Telegramm aus Brandenburg a. H. besagt, daß in der letzten Nacht in dem benachbarten Krahen der Förster Illmann von Wilderern erschossen worden ist, nachdem er in dem voraufgegangenen Kampfe zwei Wilddiebe getötet hatte.

Opernhausbrand — 50 Personen tot. Aus Boyertown (Pennsylvania) wird von gestern gemeldet: Bei einem Brande des hiesigen Opernhauses fanden über 50 Personen, meist Frauen und Kinder den Tod. Viele, die den Flammen entkommen waren, wurden in dem durch die Panik entstandenen Gedränge zu Boden geworfen und totgetreten oder starben alsbald darauf an den erhaltenen Verletzungen. Der Brand war durch die Explosion eines Maschinenkessels entstanden und erhielt durch die in dem Gedränge umgeworfenen Oellampen stets neue Nahrung, so daß das Gebäude in kurzer Zeit zerstört war.

Eisenbahn-Zusammenstoß. Einer Meldung aus Brüssel zufolge stieß im Bahnhof von Quionarde vergangene Nacht der Brüsseler Eilzug mit einem Personenzuge zusammen. Mehrere Wagen des letzteren wurden völlig zertrümmert. Acht Personen erlitten Verletzungen. Der Heizer wurde infolge des ausgestandenen Schreckens wahnsinnig.

Der Ball im künstlichen Walde.

Luxus und Verschwendungssucht haben bei unseren „Erstklassigen" eine Stufe erreicht, die sehr oft an die herrschenden Klassen des versinkenden Roms erinnert. Der Gipfel auf diesem Gebiet dürfte erreicht sein durch einen Ball einiger amerikanischer Millionäre, über den der „Täglichen Rundschau" aus New York folgendes berichtet wird:

„Mit einer erstaunlichen Opferfreudigkeit suchen sich die Millionäre von Philadelphia gegenseitig in Absonderlichkeiten zu übertrumpfen. Vor einigen Tagen opferte schon Paul 400 000 M. für seinen berühmten Schmetterlingsball, bei dem, wie man berichtet, Hunderte von seltenen lebenden Faltern über den tanzenden Paaren freigelassen wurden, und ganz Philadelphia jubelte bei dem Gedanken, den New Yorker Millionären den Rang abgelaufen zu haben. Pauls Lorbeerkranz ist schon verwelkt. Philipp Randolph hat ihn besiegt: er hat es fertig gebracht, für ein Ballfest 860 000 M. auszugeben. Es war der Eintritt seiner Tochter Dorothy in die Gesellschaft von Philadelphia, und das denkwürdige Ereignis sollte von vornherein etwas Außerordentliches sein.

Als die Gäste die prachtvolle Villa Randolphs betraten, blieben sie verblüfft stehen. Das ganze Haus war in einen Wald verwandelt: mächtige Baumstämme ragten empor, mit dichtem Laub bekleidet, schmale Fußpfade führten durch das Dickicht, Bäche rieselten dahin, über die schmale Stege führten, kleine Seen wechselten mit Wasserfällen und lieblichen Landschaften. Der große Tanzsaal dagegen war von Bäumen umrahmt, die durch geschickte Ausnutzungen von Spiegelwirkungen einen unabsehbar tiefen Forst vortäuschten. In den übrigen Räumen raschelte natürliches Laub unter den Füßen der Gäste, Gräser bogen sich, und unter Palmen und Büschen blühten im frischen Erdreich allerlei köstliche Blumen. Zwischen den Aesten des Waldes flatterten Hunderte von Kanarienvögeln, Nachtigallen und Drosseln und ihr Gezwitscher mischte sich in die Klänge des verborgenen Orchesters. In den Bächen und Seen aber tummelten sich Scharen von Goldfischen. Auf den Stegen, an den Ufern drängten sich die Damen, Netze und Angelgerät lagen sorglich bereit und fröhliches Jagdvergnügen verkürzte den Schönen die Tanzpausen. Den gefangenen Vögelchen gab man die Freiheit wieder, um sie dann wieder anmutig mit dem Netz zu haschen. Und die geangelten Goldfische mußten den kleinen Scherz mit den Angelhaken nicht gleich mit dem Leben bezahlen. Man warf sie wieder in die Fluten und freute sich an dem reizenden Spiel, wie die zappelnden kleinen Wasserbewohner dann pfeilschnell durch den See schossen, hin und her, und den schlimmen Schreck mit dem Angelhaken nicht vergessen zu können schienen. Auch sonst wurde auf diesem Fest stark nach kostbaren Goldfischen geangelt; einige Gäste sollen auch für sich tatsächlich einen gefangen haben, den sie aber zu behalten gedenken."

Solche Vorkommnisse registriert das „Hof"-Organ, ohne daß es etwas hinzuzusetzen wüßte. Wer die Berechtigung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung in Zweifel zieht, hat allerdings keine Ahnung von den Bedürfnissen der „Creme" der Gesellschaft.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 70—72, IIa 100 Pfd., IIa 64—69, IIIa 56—59. Bullenfleisch Ia 67—72, IIa 56—66. Kühe, fett 50—58, do. mager 38—46, Fresser 52—60, Bullen, dänische 53—65. Kalbfleisch, Doppellender 110—130, Mastkälber Ia 90—100, IIa 80—89, Kälber ger. gen. 60—76, do. holl. 50—68. Hammelfleisch Mastlämmer 76—78, Hammel Ia 68—72, IIa 62—67, ungar. 0,00. Schafe 47—60. Schweinefleisch 51—59. Rehwild Ia per Pfund 0,65—0,70, IIa 0,50—55. Rotwild Ia per Pfund 0,40—0,48, do. IIa 0,35—0,40, do. Kälber 0,40—0,50. Damwild 0,40—0,50, do. Kälber 0,60—0,75. Wildschweine per Pfd. 0,30—0,45. Frischlinge p. Pfd. 0,50—0,60. Kaninchen, groß, Stück 0,80—1,10, do. klein 0,50—0,70. Hasen, groß per Stück 3,40—3,70, do. mittel und klein Stück 2,00—3,00. Wildenten per Stück 0,00. Fasanenhähne Ia, junge 2,75—3,25, do. IIa und alte 1,50—2,50. Fasanenhennen 1,00—2,25. Hühner Ia per Stück 1,40—3, dito IIa 1—1,30, Tauben Ia 0,50—0,80, do. IIa 0,00, do. alte 0,00, do. italienische 1,10. Enten Stück 1,40 bis 1,55, do. russische per Stück 3,00, do. Hamburger, per Stück 3,40. Gänse per Pfd. 0,50—0,60, do. Oderbrucher per Pfund 0,55—0,62, do. russ. p. St. 0,55—0,60. Poulets per Stück 1,10—1,25. Puten Ia p. Pfd. 0,60—0,75, do. IIa 0,00. Hechte per 100 Pfund 77—89, do. klein 83—97, do. groß 45—57, do. groß-mittel 0,00. Zander, unsortiert 0,00, klein-mittel 0,00, matt 102—118. Schleie, groß 0,00, do. unsf. 104—107, do. holländer 0,00. Karpfen, 0,00, do. klein-mittel 0,00, do. groß 0,00. Karpfen, 70—80er 53—61, 50er, stumpf 52—61, do. franz. 70—100er, 52—56. Plötzen 30—43, do. groß 0,00, klein 0,00. Weiß 0,00. Bleifische 0,00, matt 0,00. Bunte Fische 0,00, do. klein 0,00. Barse 70—79. Karauschen 0,00. Bleie, 0,00. Aland, klein 0,00. Quappen 0,00. Winter-Rheinlachs per 100 Pfund 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100. Seelachs per 100 Pfd. 15—20. Flundern, Kieler, Stiege Ia 2—6, do. mittel Kiste 0,00, Hamb. Stiege 3—6, halbe Kiste 2—3, pomm. Ia Schock 0,00, IIa 0,00. Bücklinge, Kieler per Wall 2—3,00, schwedische 2,00—2,50, englische 0,00. Sprotten, Danziger, Kiste 0,80, do. Rügenwalder, Kiste 0,70—0,80. Aale, groß per Pfund 1,10—1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80. Heringe per Schock 5,00—9,00. Schellfische, Kiste 3,00—4,00, dito ½ Kiste 2,50. Sardellen, 1902er per Kanter 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 85—90. Schottische Vollderinge 1905 0,00, large 40—44, full 38—40, med. 36—42, deutsche 30—40. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 0,00. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe Faß 1,20—1,40, do. Büchse (4 Liter) 1,40—1,70. Neunaugen, Schockfaß 11, do. kleine 5—6, do. Riesen- 14. Krebse per Schock 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 0,00 am 0,00, do. unsortiert 0,00. Galizier, groß 0,00. Seemuscheln 100 St. 1,00. Eier. Lands-, unsortiert per Schock 4,00—5,80, do. große 6,00—6,50. Butter per 100 Pfd. Ia 123—126, IIa 116—123, IIIa 112—115, abfallende 100—106. Saure Gurken Schock 4,00. Pfeffergurken Schock 4,00. Kartoffeln per 100 Pfund Dabersche 3,00—3,50, weiße runde 2,75—3,00, mag. bon. 3,00—3,25. Porree, per Schock 1,50—1,75. Meerrettich, Schock 4—12. Spinat per 100 Pfund 20—25. Sellerie, per Schock 3—6, do. pomm. 6—8. Zwiebeln per 100 Pfd. 2—3,50. Peterfilie, grün Schockbund 0,80—1,50. Rettich, bayrischer, per Stück 0,00—0,10, hiesiger, per Schock 0,00. Mohrrüben, 100 Pfund 3,00 bis 4,00. Karotten, per 100 Pfund 10—15. Wirsingkohl p. Schock 3—7. Rotkohl, Schock 4—8. Weißkohl p. 100 Pfd. 2,10—3,50. Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 0,00. Rosenkohl, per 100 Pfund 16—30. Grünkohl 5,00—8,00. Kohlrüben, Schock 2,50—5,00. Petersilienwurzeln, per 100 Pfd. 6—7, Schockbund 5—6,00. Schnittlauch, Töpfe Dutzd. 4—5,00. Tomaten, kanarische, per Kiste 2,50—3,50. Rote Rüben, per 100 Pfund 2,50—3,00. Rübchen, Beelitzer, per 100 Pfund 3—9, do. Teltower 10—18. Eskarol, per Schock 18—24. Endivien, per Schock 20—25. Birnen per 100 Pfd. Tiroler 0,00. Kochbirnen 3—7, Tafelbirnen Ia 18—25, do. IIa 6—17, Ital. 16—22. Aepfel, per 100 Pfund. Tiroler Ia 22—30, do. IIa 12—20, do. lose, per 100 Pfund 0,00, do. in Kisten 120 Pfd. 30—50. Most-, hies., 100 Pfd. 0,00. Koch- 5—11, Tafeläpfel Ia 15—24, do. IIa 8—12. Amerikaner, per Faß 10—30, Italiener, lose, 100 Pfd. 8—12, do. in Körben per 100 Pfd. 13—23, do. in Kisten 10—25. Wallnüsse 0,00. Paranüsse 0,00. Haselnüsse, lange, 100 Pfund 0,00, do. runde franz. 0,00. Weintrauben, Almeria, per Faß 8—18. Ananas I, per Pfund 0,70—1,10, do. II 0,40—0,60. Bananen, gelb, per 100 Pfund 8—20. Kokosnüsse per 100 Stück 0,00. Knackmandeln per 100 Pfd. 65—115. Maronen, ital., per 100 Pfund 9—30. Feigen, Kranz- per 100 Pfd. 20—22, do. Trommel- per 100 Pfd. 40, do. in Kisten 28—36. Tafelrosinen per 100 Pfund 65—120. Citronen, Messina, 300 Stück 9,00—10,00, do. 360 Stück 9,00—9,50, do. 300 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00. Apfelsinen, Marcia, 200 Stück 7,00—11,00, do. 300 Stück 7,00—11,00, do. Valencia 420 Stück 10—25, do. 714 Stück 12—18. Mandarinen, Schachtel 0,80—2,00, do. 420 Stück 0,00, do. 100 Pfd. 17—22. Datteln, per 100 Kart. 35—45. Johannisbrot, per 100 Pfund 10—15.

Lese- und Diskutierklub „Südost". Heute abend 8½ Uhr bei Tolksdorf, Gärtnerstr. 58: Generalversammlung.

Verein ehemaliger Beelitzer (Abteilung B.) Heute abend 9 Uhr: Sitzung bei Göhlsdorf, Brunnenstr. 3. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Heine". Heute abend 8½ Uhr Sitzung bei Bolze, Rodenbergstr. 8.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg.) Filiale Wildau. Mitgliederversammlung am Sonntag, 19. Januar, vormittags 10 Uhr bei Otto Schumann, Wildauer Hof.

Eingegangene Druckschriften.

Die Polizei in Sachsen im Kampfe gegen das Vereins- und Versammlungsrecht und die Veranstaltungen der arbeitenden Klasse. Von R. Lipinski. 1.— M. Verlag Kaden u. Co. in Dresden.

„Volkswirtschaftliche Blätter" (herausgegeben im Auftrage des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes von Herm. Edw. Krüger-Berlin. Karl Heymanns Verlag, Berlin W. 8.)

Witterungsübersicht vom 14. Januar 1908.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	773 S		1	heiter	—0	Haparanda	762 S		2	bedeckt	—16
Hamburg	772 SO		2	bedeckt	—5	Petersburg	765 NW		1	wolkenl.	—11
Berlin	774 SO		1	heiter	—6	Scilly	766 S		4	bedeckt	4
Frankf. a. M.	775 SO		1	heiter	—9	Aberdeen	764 SSW		2	bedeckt	4
München	777 SO		1	wolkenl.	—14	Paris	772 Still			wolkenl.	—5
Wien	777 N		1	Nebel	—8						

Wetterprognose für Mittwoch, den 15. Januar 1908.

Zeitweise etwas neblig, sonst meist heiter und trocken bei schwachen südöstlichen Winden; nachts ziemlich strenger, am Tage gelinder Frost.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 13. 1. cm	seit 12. 1. cm [1])	Wasserstand	am 13. 1. cm	seit 12. 1. cm [1])
Memel, Tilsit	282[2])	—2	Saale, Grochlitz	154	—6
Pregel, Insterburg	69[3])	+10	Havel, Spandau [7])	100	+5
Weichsel, Thorn	226[3])	—8	„ Rathenow [8])	129	+4
Oder, Ratibor	142[3])	—3	Spree, Spremberg [9])	100	0
„ Krossen	131	+7	„ Beeskow	157	0
„ Frankfurt	260[4])	+100	Weser, Münden	456[5])	—23
Warthe, Schrimm	158	+8	„ Minden	26[5])	—3
„ Landsberg	96[3])	+20	Rhein, Maximiliansau	290	—2
Netze, Nordamm	136[4])	—9	„ Kaub	112[6])	—2
Elbe, Leitmeritz	—27	0	„ Köln	157[7])	+2
„ Dresden	-164	—2	Neckar, Heilbronn	22	+8
„ Barby	96[3])	—9	Main, Wertheim	95[7])	—33
„ Magdeburg	90[3])	—5	Mosel, Trier	102[3])	—17

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. — [4]) Eisstand; infolge Zusammenschiebens von Eis erhöhte sich der Wasserstand bis auf 273 cm um 6 Uhr morgens. — [5]) Treibeis. — [6]) Grundeis. — [7]) Grundeistreiben. — [8]) Aufhören des Treibeises.

Gelegenheitskauf!
Schantung
und
Deutsch-China.
Von Kiautschou ins heilige Land von China und vom Jangtsekiang nach Peking im Jahre 1898, von Ernst von Hesse-Wartegg.
Mit 145 in den Text gedruckten Abbildungen u. 27 Tafeln, 6 Beilagen und 3 Karten.
Preis statt 18 M. nur 5 M.
Von diesem vorzüglich ausgestatteten Werke haben wir nur eine geringe Anzahl am Lager.
Expedition des „Vorwärts",
Berlin SW.,
Lindenstr. 69, Laden.

Elysium Landsberger Allee 40-41.
Heute sowie jeden Mittwoch:
Harburger Sänger.
— Nachdem: Freitanz. —
Anfang 8 Uhr. — Entree 10 Pf.
Avis. Sonnabende im April bis September. Saal u. Garten sind an Vereine mit Sängergesellschaft unter bekannter Bedingung zu vergeben.
Amt 7, 2017. Karl Eisermann.

Russischer **Frostbalsam** gegen Frostbeulen, Frostschäden an Händen und Füßen, Froströte. Flasche 50 Pf. u. M. 1,— (Porto 20 Pf.)
Russische **Frostsalbe** gegen aufgebrochene Froststellen. Dose 50 Pf. u. M. 1,— (Porto 20 Pf.) Wirkung in kürzester Zeit! Sonnender Erfolg! Prompter Versand nach auswärts. Otto Reichel, Berlin 43. Eisenbahnstr. 4.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Bezirk 5.)
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Genosse, der Schriftsetzer
Alex Packendorf
Neue Friedrichstr. 87
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwochnachmittag 2½ Uhr von der Leichenhalle des Nikolai-Kirchhofes, Prenzlauer Allee 7—8, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Plüsch **Reste!** Mocquette. Satteltaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 159.

Masken-Garderobe
Carl Ernst
(Inhaber Willi Ernst)
Köpenickerstr. 126, 1 Tr.
Amt IV, 5062.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorzeiger dieser Annonce erhält 10% Ermäßigung.

Achtung! Vereine!
Saal frei am 22. Februar und 29. Februar, Sonnabends; einige Sonntage sind auch noch frei im
Englischen Garten, Alexanderstr. 27c, Karl Hoffmann. Amt 7. 10628.

BERLINER SINFONIE-ORCHESTER
Direktion: Kapellmeister Maximilian Fischer
Charlottenburg, Sybelstraße 7, Gh. II.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis (Stralauer Viertel).

Bezirk 350, Teil I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Milchhändler

Herm. Fregevize

(wohnhaft Rüdersdorfer Straße 65) gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause Rüdersdorfer Straße 65 aus auf dem Friedhof der französischen Gemeinde, Prinzen-Allee, statt.

216/5 **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Wahlverein für Schöneberg.

Bezirk III.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied und Bezirksführer, der Tischler

Paul Thierse

im Alter von 34 Jahren plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, Maxstraße, aus statt. 15/1

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Schöneberg.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser treues und langjähriges Mitglied, der Tischler

Paul Thierse

am 13. Januar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes, Maxstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen zur Nachricht, daß mein lieber Mann, der Tischler

Max Maeding

am Sonnabend, den 11. Januar, abends 9½ Uhr, plötzlich am Herzschlag verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Januar, nachmittags 1½ Uhr, vom Trauerhause, Frankfurter Allee 86, aus auf dem Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee, statt. 16152

Die trauernde Witwe.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Max Maeding

am Sonnabend, den 11. Januar, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Januar, nachmittags 1½ Uhr, vom Trauerhause, Frankfurter Allee 86, aus nach dem Georgenkirchhof, Landsberger Allee, statt.

77/16 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Steindrucker und Lithographen.

Filiale V.

Todes-Anzeige.

Am Sonnabend, den 11. Januar, verstarb nach langen und schweren Leiden unser Kollege, der Kupferdrucker

Richard Kluth.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 15. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Wilmersdorfer Friedhof, Berliner Straße, statt.

15335 **Die Verwaltung**

Zentralverband deutscher Textilarbeiter.

Fil. II Berlin (Posamentiere).

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Anton Wieland

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt. 197/3

Rege Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Bezirk Rosenthaler Vorstadt.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege

August Benicke

freiwillig aus dem Leben schied.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle der Friedensgemeinde in Nordend-Nieder-Schönhausen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

29/2 **Der Zweigvereinsvorstand.**

Am Montag, den 13. d. M., früh 3 Uhr, verschied nach längerem Leiden der Steinmetz

Louis Kummer.

Dieses zeigt allen Kollegen, Freunden und Bekannten tiefbetrübt an

Wilhelmine Lange geb. Kummer

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15., nachmittags 3 Uhr, auf dem neuen Johannis-Kirchhof in Blöhensee statt. 25245

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Minna Hoffmann geb. Witte

nach schwerer Operation plötzlich im Alter von 30 Jahren verstorben ist. 25235

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, Maxstraße, aus statt.

Wilhelm Hoffmann, Zimmerer, nebst Kindern.

Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgegend.

Todes-Anzeige.

Am 13. Januar verstarb plötzlich unser Mitglied, Frau

Minna Hoffmann

geb. **Witte.**

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, Maxstraße, aus statt. 281/17

Um rege Beteiligung der Mitglieder ersucht **Der Vorstand.**

Treffpunkt im Lokal von Gröbke, Ebers- und Maxstraßen-Ecke.

Todes-Anzeige.

Am Montag, den 13. Januar, vormittags 9½ Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden unsere gute Tochter und Schwester, meine liebe Braut

Emma Hedrich

im Alter von 22 Jahren.

Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 3 Uhr von der Halle des Bartholomäus-Friedhofs in Weißensee, Falkenberger Chaussee, aus statt. 25236

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes

Willi Faber

sagen wir allen unseren herzlichen Dank.

16452 **Familie Faber.**

Generalversammlung

der

Sterbe- und Kranken-Unterstützungskasse Nr. 55

am **Mittwoch, den 22. Januar 1908,** abds. 8 Uhr, im Kassenlokal, Linienstr. 8.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht der Revisoren. 2. Wahl eines Vorsitzers. 3. Wahl eines Revisors. 4. Besprechung über § 34 der Satzungen.

25286 **Der Vorstand.**

Blumen- u. Kranzbinderei

von **Aug. Meier,** 21096

nur Wassertorstraße Nr. 37a.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Pelzwaren

direkt aus der Fabrik, auch im Einzelverkauf zu Engrospreisen.

Stolas, Kolliers,

Muffen, sehr schick garn., **Damenhüte, Barette, Herren-, Knaben- und Mädchen-Garnituren, Fußsäcke, Jagdtaschen, Pelztopp.** Sämtl. gangbaren Pelzarten a. Lager. Große Auswahl. Bestes Material. Keine Bazarware, keine Reisemuster oder sogenannte Gelegenheitskäufe, trotzdem billiger.

F. Kalman, Kürschnermeister,

jetzt nur Kommandantenstr. 15, I, gegenüber Beuthstr., beim Dönhoffplatz. Verkauf bis 9 Uhr abends. Sonntags geöffnet. Telephon I 3917.

Jetzt ist der Schluß

des großen **Inventur- u. totalen Räumungs-Ausverkaufes** im

Konfektionshaus Westmann

Hauptgesch.: W., **Mohrenstraße 37a,** a. d. Kolonad. nahe Hausvogteiplatz.
Filiale: NO., **Gr. Frankfurter Straße 115,** 2. Haus an der Andreasstraße.

nahe. **Daher, Damen, beeilen Sie sich** in Ihrem eigensten Interesse.

Plüschmäntel, Astrachanmäntel, Abend- und Theatermäntel, Jacketts, Lifthoys, Kostüme, Röcke, Blusen, Kinderkonfektion, darunter Original-Modelle, Reisemuster u. Kopien, selbst für die stärksten Figuren vorrätig, **in 5 Sortimenten.**

Sort.	1	2	3	4	5
früher	M. 18	M. 30	M. 50	M. 90	M. 160
jetzt nur	M. 6	nur M. 10	nur M. 16	nur M. 30	nur M. 55

Alles reguläre Ware eigener Fabrikation.

Bei Einkauf für mindestens M. 20.- gebe ich, um mein Lager recht schnell zu räumen, einen Kinderkragen mit Capuchon oder Kinderpyjak für Kinder bis 12 Jahren gratis!

Sonder-Angebot für **Pelzkonfektion,** als Pelzjacketts, Stolen, Muffen in Persianer, Nerz, Nerzmurmel, Orenburger etc. zu sonst kaum denkbaren Preisen.

Separatabteilung Modernes Trauermagazin **für Damen und Mädchen.**

Auswahl und Preise konkurrenzlos.

Man achte auf meine Firma und Hausnummer.

Ich wiederhole immer wieder meine Bitte, den Einkauf in meinen Geschäften möglichst vormittags zu besorgen, da nachmittags zu starker Andrang.

Sonntags geöffnet 8—10, 12—2 Uhr.

Klavier (Flügel)

raumeshalber für 60 M. zu verkaufen.

Neider, Gneisenaustraße 87.

Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, solid, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. **Moritz Leband,** Neue Promenade 11 (Stadth. Börse).

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zur Abwehr.

Die an meinem „Referentenführer“ in Nr. 200 des „Vorwärts“ vom Genossen H. B. (Hans Block?) verübte Kritik zwingt mich zu einer Zurückweisung.

Was zunächst die Bemängelung der Disposition meines Büchleins betrifft, so will ich die Beantwortung der Frage, ob die gewählte Anordnung des Stoffes eine zweckmäßige sei, ruhig dem Urteil unbefangener Leser überlassen. Zu diesen gehört mein Kritiker nicht. Nur gegen die Unterstellung, als ob ich mir die Benutzung meines Buches so dächte, daß der Anfänger sich bei seinen Studien sklavisch an das Leitseil meiner Disposition halten solle, muß ich protestieren. Um diesen oder jenen eifrigen jungen Anfänger vor dieser kindlichen Auffassung zu bewahren, schrieb ich:

„Die nachfolgende Begweisung ist aber auch nicht so zu verstehen, daß die genannten Bücher nun der Reihe nach von A—Z durchstudiert werden müßten. . . . Man wähle also aus den genannten Werken nach Zeit und Gelegenheit aus diesem oder jenem Gebiet eines zur Lektüre in den Mußestunden aus und suche es geistig zu verarbeiten. Im Laufe einiger Jahre wird man die Hauptsachen bewältigt haben; man wird finden, wie ein Wissensgebiet das andere ergänzt, wie der geistige Horizont sich nach allen Seiten hin aufhellt und weitet, wie der ganze Wissensstoff sich zu einem universalen Welt- und Lebensbild zusammenschließt.“

Als ich das niederschrieb, dachte ich wirklich nicht, daß es auch Kritiker geben könne, denen man so etwas sagen müsse. Oder meint H. B. etwa, die zitierte Bemerkung bezöge sich nur auf die Gebiete der allgemeinen Bildung, weil sie sich in diesem Kapitel findet? Vor dieser Annahme hätten ihm schon die sonstigen, die Parteiliteratur einbeziehenden Bemerkungen des betreffenden Paragraphen (§ 6: „Das Lesen guter Bücher“) bewahren sollen. Außerdem weiß doch auch jeder, der nur einigermaßen die Verhältnisse kennt, unter denen der sozialdemokratische Referent heranreift, daß da Allgemeinbildung und Spezialbildung, Theorie und Praxis gleichzeitig bald an dieser bald an jener Ecke angepackt werden müssen. Kann sich ein vernünftiger Mensch denken, daß ein solches Buch nach der ersten durchlaufenden Lektüre anders benutzt werden wird, denn als orientierenden Plan bald auf diesem bald auf jenem Gebiet? —

Das zweite große Aergernis, das ich meinem Kritiker bereitet habe, ist die zentrale Stellung, die ich der **Kantschen Erkenntnistheorie** für das Verständnis aller früheren und aller späteren Philosophie zugewiesen habe. Ich habe den Grundgedanken dieser Theorie kurz darzustellen versucht, auf ihre Tragweite für die Frage der wissenschaftlichen Beweisbarkeit „religiöser Wahrheiten“ hingewiesen und dann dem, und nur dem, „der Begabung und Neigung zu philosophischer Vertiefung seiner Welt- und Lebenserkenntnis in sich fühlt“, geraten, Friedrich Albert Lange's „Geschichte des Materialismus“ zu studieren. Dann sage ich weiter:

„Wer dieses Werk durchstudiert hat, mag sich an Kants „Kritik der reinen Vernunft“ versuchen oder, wenn ihm dieses in überaus schwerfälliger und schwer verständlicher Sprache geschriebene Buch zu viel Mühe und zu viel Zeit nimmt, sich mit der Lektüre von Kants „Prolegomena“ . . . begnügen. Einerlei, ob man Kants Erkenntnistheorie anerkennt oder nicht, man muß sie studiert und verstanden haben, wenn man irgend ein Wort über Philosophie heute mitreden will. An ihr vorbeigehen kann man nicht.“

Es ist also eine vollkommene Irreführung, wenn mein Kritiker es so darstellt, als ob ich jedem sozialdemokratischen Referenten das Studium Kants als unerläßliche Vorbedingung seines Wirkens empfohlen habe. Ich sage ganz ausdrücklich: „Nicht jeder aber hat Neigung und Anlage zu philosophischen und religiösen Reflexionen. Man kann auch ohne Spekulation über den Untergrund der Lebenserscheinungen seinen Mann stellen in der praktischen Kampfarbeit um sichtbar gesteckte Ziele.“ Diejenigen aber, die jene Neigung haben, und ein Wort über Philosophie oder Religion „mitreden“ wollen, müssen, wenn sie nicht Schwätzer sein wollen, Kants Kritizismus kennen, einerlei, wie sie sich dann zu ihm stellen.

„Nur mit dieser Vorbildung ausgerüstet“ — sage ich weiter — „wird man die philosophisch-polemischen Schriften von Marx und Engels, wie die positiv-schöpferischen Versuche von J. Dietzgen mit Nutzen zu lesen und kritisch zu beurteilen vermögen.“ Wer dann zu der Meinung kommt, Engels und Dietzgen hätten Kants Erkenntnistheorie überwunden, wer gar mit der „Bremer Bürgerzeitung“ die verblüffende Entdeckung macht, daß schon Spinoza lange vor Kant Kant überwunden hatte, und daß auch Marx und Engels Spinozisten waren, — na, der mag das dann in Gottes oder der göttlichen „Substanz“ Namen tun. Das Parteiprogramm verbietet ja dieses Opfer des Intellekts nicht; glücklicherweise fordert es dasselbe aber auch nicht. In dieser Hinsicht versagt selbst die — Dresdener Resolution! So wenig ich etwas dagegen einzuwenden habe, wenn eine gewisse „Richtung“ sich Spinoza zum philosophischen Kirchenvater erkiesen will, so wenig werde ich betrübt sein, wenn der Genosse H. B. demnächst in einem tiefgründigen Werke nachweist, daß der „bunte Wechsel“ der philosophischen Systeme „in der Entwickelung der Produktionsverhältnisse begründet ist“. Da sage ich nur: Rideamus! —

Zum dritten zeiht man mich des Verbrechens, „vor dem Studium von Marx' Kapital **gewarnt**“ zu haben. Das ist eine sehr gefährliche Anklage! Als ich sie las griff ich zitternd zu meinem Büchlein, um die Stelle nachzulesen. Hier ist sie; es sei nichts verschwiegen, nichts hinzugesetzt:

„Die theoretischen Grundgedanken des Erfurter Programms entstammen dem großen Werke von Karl Marx „Das Kapital“. So notwendig es für den wissenschaftlichen Forscher und Weiterbildner der sozialistischen Theorie ist, dieses mit genialem Scharfsinn geschriebene Werk durchzuarbeiten, so ist sein Studium für den Anfänger doch zu schwierig und zeitraubend. Das ganze Werk umfaßt drei Bände. Der erste im Jahre 1867 erschienene Band behandelt den Produktionsprozeß des Kapitals, d. h. die Frage, wie das in der Gütererzeugung angelegte Geld mehr Geld erzeugen kann. Die von Marx gegebene Lösung ist die sogenannte „Mehrwertstheorie“. Der zweite Band (1885) behandelt den Zirkulationsprozeß des Kapitals, der dritte den Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion. Ist es für den nicht wissenschaftlich geschulten Leser schon nicht leicht, den ersten Band zu bewältigen, so ist der zweite Band erst recht eine schwere Kost, die die wenigsten zu verdauen imstande sind. Marx untersucht darin die Funktionen des Kapitals als Vermittlerin der Güterverteilung, also das Wesen und Wirken des im Handels- und Bankbetrieb arbeitenden Geldes. Der dritte Band ist erst 1894 durch Friedrich Engels herausgegeben worden auf Grund von hinterlassenen Manuskripten von Marx, der im Jahre 1883 starb. Das Ganze ist unvollendet. Es gibt darin klar durchgearbeitete Partien neben älteren Skizzen und ersten Niederschriften. Immerhin bildet der dritte Band eine zum vollen Verständnis der ersten Bände notwendige Ergänzung. Hier findet sich auch erst der Schlüssel der Marxschen Wertstheorie. — Eine klare Zusammenfassung der im „Kapital“ entwickelten Theorien ist Kautskys Schrift: „Karl Marx' ökonomische Lehren“ (geb. 2 M.). Die Lektüre dieses Buches sollte in jedem Falle dem Studium des Marxschen Originalwerks vorausgehen. Für die meisten mag sie den Ersatz für das letztere bilden.“ Dann folgt die Empfehlung von Engels': „Die Entwickelung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ als eine „sehr gute Einführung in das Verständnis der sozialistischen Gedankenwelt.“

Wo, um Himmelswillen, ist da eine „Warnung“ vor dem Studium des „Kapitals“? Ich habe, wie es der Wahrheit entspricht (und wie ich es auch Kants „Kritik der reinen Vernunft“ gegenüber tat) auf die Schwierigkeit der Lektüre namentlich des zweiten Bandes hingewiesen und dem Anfänger das Kautskysche Buch als Vorstudium empfohlen. Fühlt er sich dann aber berufen und befähigt, ein theoretisch Schaffender zu werden, so habe ich es ihm zur Pflicht gemacht, das ganze Marxsche Originalwerk, „dieses mit genialem Scharfsinn geschriebene Werk“, durchzuarbeiten. Insbesondere bilde auch der dritte Band eine „zum vollen Verständnis der ersten Bände notwendige Ergänzung“. Das ist das Gegenteil von einer Warnung.

Oder soll diese in der Bemerkung liegen, daß die Lektüre des Kautskyschen Buches „für die meisten“ den Ersatz für das Studium des Originalwerks bilden mag. Das ist doch keine Warnung, sondern eine Tröstung, die denen gilt, die angesichts des Umfangs und der Schwierigkeiten des Originalwerks von seiner Bewältigung Abstand nehmen müssen. Sie brauchen darum nicht zu verzagen; sie können trotzdem tüchtige Referenten und Mitarbeiter an den praktischen Aufgaben der Partei werden. Jeder, der die Verhältnisse der Wirklichkeit kennt, weiß, daß dies „die meisten“ sind. Er belügt sich und die anderen, wenn er etwas anderes behauptet. Und er fördert nicht, sondern er hemmt den Eifer des Nachwuchses, wenn er ihm Unmögliches als Pflicht einredet.

Ich bitte also einen gerechten Gerichtshof, mich von der hochnotpeinlichen Anklage freizusprechen. Welches Motiv hätte mich auch leiten können, vor dem Studium des „Kapital“ zu warnen? Als ??? Revisionist kann ich nur wünschen, daß möglichst viele dieses Werk möglichst gründlich studieren, und zwar nicht bloß „wenigstens den I. Teil“, wie mein Kritiker sehr bezeichnenderweise sagt, sondern das ganze Werk. Der „Revisionismus“ ist aus dem „Marxismus“ hervorgegangen, und nur wer die Lehren von Marx kennt, wird die kritische und weiterbildende Arbeit, die von „revisionistischer“ Seite geleistet worden ist, verstehen und zu würdigen wissen. —

Mein Kritiker spricht zum Schluß die Befürchtung aus, „daß die Schrift Davids mehr Verwirrung anrichtet, als sie Nutzen stiftet“, weil sie den Anfänger zum Studium der theoretischen und praktischen Streitfragen anleite: „**Ein Hinweis darauf, daß der Schüler erst fest sein muß in den Grundlagen, ehe er sich auf das strittige Gebiet wagt, fehlt.**“ — Nichts kennzeichnet den Mann besser als dies. Also zuerst werden dem Schüler die Grundlagen als absolute Wahrheiten eingehämmert, damit sie feststehen; dann, so hofft man, werden ihm kritische Ketzereien nichts mehr anhaben können. Genau so macht's auch die katholische Kirche bei der Erziehung ihrer Gläubigen, um sie vor „Verwirrung“ zu bewahren.

Demgegenüber bin ich allerdings der Meinung, daß der künftige sozialdemokratische Referent so ausgebildet werden soll, daß ihm von vornherein mit der „Lehre“ auch die gegen sie erhobenen Einwendungen zur Kenntnis gebracht werden. Denn nur so lernt er selber denken, nur so wird er ein sattelfester geistiger Kämpfer, nur so wird er in seinem schwierigen Beruf jedem Gegner gegenüber mit Ehren bestehen. Mag eine gewisse Gruppe von Parteischriftstellern meinen, sie müsse die jungen Parteigenossen dadurch vor „Verwirrung“ schützen, daß sie sie wie unmündige Kinder behandelt, die Partei muß das ablehnen. **Wollte die Sozialdemokratie diese Methode der alleinseligmachenden Kirche akzeptieren, so müßte sie ihren geistigen Bankrott anmelden.**

Eduard David.

• • •

Es ist nicht recht einzusehen, weshalb sich der Genosse David noch die Mühe macht, eine Zurückweisung zu verüben, nachdem er mich durch die zwar nicht auf Tatsachen, aber dafür auf seine gewichtige Autorität gestützte Feststellung meiner Befangenheit in den Augen aller „unbefangenen“ Leser bereits total „erledigt“ hat. Sehr logisch erscheint sein Verfahren jedenfalls nicht. Wahrscheinlich hat über den Kenner und Verehrer der Philosophie in diesem Falle der in so manchem Revisionisten steckende glühende Verehrer des guten Tones in allen Lebenslagen den Sieg davongetragen, der eine Auseinandersetzung nicht anders als mit einem Kompliment für den Gegner einleiten kann.

Genug, Genosse David überläßt einiges nicht ruhig dem Urteil der unbefangenen Leser. Er wendet sich zunächst gegen die Unterstellung, als ob er sich die Benutzung seines Buches so denke, daß der Anfänger sich bei seinen Studien sklavisch an das Leitseil der Davidschen Disposition halten solle. Ich habe aber nirgends die Unterstellung gemacht, gegen die David sein Geschütz aufführt. Aber ich habe gesagt, daß der Anfänger in dieser Disposition den Rat erblicken muß, sich zunächst die Allgemeinbildung zu verschaffen, ehe er sich an das Studium der Hauptsache macht. Und das glaube ich allerdings mit gutem Recht aus dem Satze folgern zu können, den ich deswegen in meiner Kritik wörtlich anführte: „Neben einer fest begründeten allgemeinen Bildung bedarf der sozialdemokratische Redner einer Spezialbildung . . .“ Ich wüßte nicht, daß es kindliche Auffassung wäre, zu meinen, daß das Allgemeine dem Speziellen vorzugehen habe.

Eine vollkommene Irreführung ist es, wenn David es so darstellt, als hätte ich behauptet, daß er jedem sozialdemokratischen Referenten das Studium Kants als unerläßliche Vorbildung seines Wirkens empfohlen habe. Ich habe nur bemängelt, daß David „das Kapitel Philosophie (und Religion) der sozialistischen Theorie voranstellt und mit ganz besonderem Nachdruck behandelt, so daß in dem Schüler total falsche Vorstellungen von der Bedeutung dieser Disziplin für die Bildung des sozialdemokratischen Referenten erweckt werden müssen.“ Dabei muß es schon bleiben; die nachträglichen kleinen Einschränkungen ändern nichts daran, daß David dies Kapitel mit ganz besonderem Nachdruck behandelt hat. Der Anfänger muß den Eindruck gewinnen, daß die Philosophie für die Bildung des sozialdemokratischen Referenten von ganz besonderer Wichtigkeit ist, er wird leicht dahin kommen, sie als eine Grundlage, anstatt als eine Ergänzung seiner Bildung anzusehen. Und so wird er zu falscher Disposition für sein Studium geführt werden.

Mit der Stellung zu den einzelnen philosophischen Systemen hat das nichts zu tun und die gequälten Witze über den philosophischen Kirchenvater Spinoza hätte David daher ruhig sparen können. Seine freundliche Einladung, in einem tiefgründigen Werke nachzuweisen, daß der „bunte Wechsel“ der philosophischen Systeme „in der Entwickelung der Produktionsverhältnisse begründet ist“, muß ich ablehnen. Solche Arbeit muß ich berufeneren Federn überlassen, wobei ich dahingestellt sein lassen will, ob nicht vorerst noch andere wichtigere Arbeit zu tun ist. Indessen kann David in der wissenschaftlichen Literatur des Sozialismus immerhin einige Stellen finden, die als erste Ansätze zu solch einem Werke betrachtet werden können. Und wenn er darüber lachen will, so werde ich's ruhig dem Urteil der Leser überlassen, wer durch solches Lachen blamiert wird.

Da David die Stelle selbst anführt, wo er vom Studium des „Kapitals“ redet, so brauche ich wirklich nicht nochmals nachzuweisen, daß er davor warnt. Nicht mit dürren Worten, aber der Sache nach. Allerdings, demjenigen, der sich berufen und befähigt fühlt, ein theoretisch Schaffender zu werden, hat David das Studium des „Kapitals“ zur Pflicht gemacht. Sogar das aller drei Bände! Kolossal! Aber das imponiert mir wahrhaftig nicht. Ich bin so unbescheiden, zu fordern, daß auch den anderen, die sich nicht berufen fühlen, theoretisch Schaffende zu werden, in unzweideutigen Worten mindestens das Studium des 1. Bandes empfohlen wird. Ich fürchte die schrecklichen Folgen nicht, die David so beweglich auszumalen weiß.

Furchtbar wird David im letzten Absatz. Die Methode der alleinseligmachenden Kirche habe ich empfohlen, und wenn die Sozialdemokratie sie anwenden wollte, so müßte sie ihren geistigen Bankrott anmelden! Schreckliche Anklage! Und ich glaubte eine Forderung des gesunden Menschenverstandes und jeder vernünftigen Pädagogik aufzustellen, die nämlich, daß der Schüler vom Leichteren zum Schwereren, vom Einfacheren zum Komplizierteren geführt werde. Ist dieser Fundamentalsatz der Pädagogik vom nimmer rostenden Revisionismus auch schon revidiert worden?

Hans Block.

Aus der Partei.

Adressen der deutschen Arbeitersekretariate.

(Die mit einem * bezeichneten sind Sekretariate des Bergarbeiter-Verbandes.)

Zentral-Arbeitersekretariat, Berlin SO. 16, Engelufer 15. T.-A. IV. 4681.

Aachen*, Mauerstr. 46.
Altenburg (S.-A.), Frauenfelsstr. 41 I.
Aschaffenburg, Stiftsgasse 10.
Augsburg, Am Katzenstadl F 152 (Augustusbad).
Bant, Peterstr. 30.
Barmen, Marienstr. 22, I. I.
Bayreuth, Erlangerstr. 2 I.
Berlin SO. 16, Engelufer 15 I.
Bernburg, Roschwitzerstr. 26.
Bielefeld, Turnerstr. 45.
Bochum, Wiemelhauserstr. 40b.
Brandenburg a. H., Neustädtischer Markt 2.
Braunschweig, Schloßstr. 2.
Bremen, Faulenstr. 58/60.
Bremerhaven, Am Hafen 49.
Breslau, Nikolaistraße 18/19.
Bromberg, Jakobstr. 17.
Cassel, Wolfhagerstr. 5/7 I.
Castrop*, Ph. Hermes, Carlstr. 158c.
Chemnitz, Zwickauerstraße 152, T. Nr. 3356.
Coburg, Rosengasse 1.
Cöln a. Rh., Perlgraben 20 I.
Cottbus, Burgstr. 29.
Crefeld, Klosterstr. 43.
Darmstadt, Elisabethstr. 31.
Dessau, Askanischestr. 107.
Dortmund, Kielstr. 5 I.
Dresden, Ritzenbergstr. 2 III.
Düsseldorf, Kasernenstr. 67a.
Duisburg, Friedrich Wilhelmstr. 76.
Elberfeld, Robertstr. 8a.
Erfurt, Magdeburgerstr. 51.
Essen, Weberstr. 29.
Forst i. L., Promenade 5.
Frankfurt a. M., Stoltzestr. 17 p.
Freiburg i. Br., Moltkestr. 30.
Fürth, Theaterstr. 19 part.
Gelsenkirchen, Hochstr. 1.
Gera (Reuß), Alte Schloßgasse 11 I.
Gersdorf* (Bez. Chemnitz), Rob. Frauenstein.
Gladbeck*, Kolpingstr. 8.
Görlitz, Langenstr. 31 part.
Gotha, Erfurterstr. 2 (altes Gerichtsgebäude).
Guben, Schulstr. 7.
Halle a. S., Harz 42/43.
Hamburg I, Besenbinderhof 57 II.
Hamm i. W., Ritterstr. 43.
Hanau, Mühlenstr. 2.
Hannover, Münzstr. 5.
Harburg a. Elbe, Sand 1 I.
Herford, Hämelingerstr. 5.
Hildesheim, Schuhstr. 4.
Hochheide*, Anton Dunker, Prinzstraße 95.
Jena, Otto Günther, Schloßgasse 19.
Karlsruhe, Kurven 19.
Kattowitz (O.-S.), Rathausstr. 12.
Kiel, Fährstr. 24, part. rechts.
Königsberg i. Pr., Vorderroßgarten 50, Hof I.
Kronach, Kirchenplatz 74.
Landeshut i. Schl., Gasthof „Zur Sonne“, II.
Leipzig, Zeitzerstr. 32.
Luckenwalde, Karlstr. 56.
Lübeck, Johannisstr. 46, part.
Lüdenscheid, Rob. Fischer, Klusserstraße 8.
Magdeburg, Gr. Münzstr. 3 I.
Mainz, Zanggasse 13, Hinterh. II.
Mannheim, F. 4, 9.
Meißen, Poststr. 13, T.-Nr. 567.
Minden i. W., K. Lizinger, Kampstraße 39.
München 1, Baaderstr. 1.
Neu-Ruppin, Siechenstr. 1a II.
Nordhausen, Barfüßerstr. 12.
Nürnberg, Egydienplatz 22.
Oberhausen Rhl.*, Marktstr. 5.
Offenbach a. M., Austr. 9 II.
Osnabrück, Klusstr. 11.
Pforzheim, östliche Karl Friedrichstraße 37.
Posen O., Schießstr. 3.
Recklinghausen*, Hernerstr. 68.
Remscheid, Kirchhofstr. 1a.
Rostock, Doberanerstr. 6.
Siegen, Heerstr. 8 II.
Solingen, Kaiserstr. 25.
St. Johann a. d. Saar, Gerberstraße 5.
Stettin, Bismarckstr. 9.
Straßburg i. E., Finkmattstaden 2.
Stuttgart, Eßlingerstr. 17/19.
Thamm b. Senftenberg*, Eisenbahnstr. 7.
Vegesack, Langenstr. 52.
Waldenburg i. Schl., Friedländerstraße 28.
Wiesbaden, Wellritzstr. 41 II.
Worms, Mainzerstr. 19.
Würzburg, Obertürstr. 11.
Wunsiedel, Koppenertor 324.
Zeitz*, Nikol. Dölle, Nordstr. 4.
Zwickau*, Ant. Strung, Richardstraße 15.

Parteiliteratur.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Preußischen Parteitages ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Verhandelt wurden auf diesem Parteitage: Die Organisation in Preußen. — Die bisherige Tätigkeit des preußischen Landtages und die Wahlrechtsfrage in Preußen. — Die Landtagswahlen 1908. — Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. — Selbstverwaltung und Gemeinde.

Wir empfehlen das Protokoll, das reichhaltiges Material zur Beurteilung der preußischen Staatszustände darbietet.

Der Preis für eine besser ausgestattete Ausgabe beträgt 2 Mark; eine billige Ausgabe für Vereine usw. kostet 50 Pfennig.

Von der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, das 14. Heft erschienen. Es behandelt die **Verhütung und Heilung des Stotterns.**

In einer mit fünf Abbildungen ausgestatteten Einleitung gibt der Herausgeber einen kurzen Abriß der gesamten Lehre von der Stimme und Sprache, eine Beschreibung der stimmbildenden Organe und der verschiedenen Mundstellungen bei der Bildung von Vokalen und Konsonanten. Er schildert ferner die Sprachstörungen und die Entwickelung der Sprache beim Kinde.

In den folgenden Kapiteln: Die ersten Anfänge des Stotterns. Welcher Mittel bedient sich das Kind, um nicht als Stotterer erkannt zu werden?, Wie behandeln wir das stotternde Kind bei den ersten Anfängen des Leidens?, Welches ist das geeignetste Heilverfahren? teilt dann der Verfasser, selbst ein geheilter Stotterer, seine bei der Erziehung jedes Kindes von jedem Vater und jeder Mutter zu beherzigenden Erfahrungen mit.

Jedes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek kostet 20 Pf.

Die Gemeindewahlen in Württemberg.

Eine erfreuliche Korrektur ist an der in Nr. 8 des „Vorwärts“ gebrachten Zusammenstellung sozialdemokratischer Gemeindewahlsiege in Württemberg im Dezember 1907 vorzunehmen. Nachträglich haben sich noch vier Gemeinden gemeldet, die sozialistische Gemeinderäte aufs Rathaus gesandt haben, nämlich Schorndorf, Heselwangen, Bartenbach und Engelsbrand. Dadurch erhöht sich die Zahl der Gemeinden auf 60, die der Gemeinderäte auf 91 gegen 39 Gemeinden und 69 sozialistische Gemeinderäte im Jahre 1905.

Wachstum der finnländischen Sozialdemokratie im Jahre 1905/1906.

Der soeben erschienene Bericht der finnländischen sozialdemokratischen Partei enthält folgende Angaben über das Wachstum der Partei in den Jahren 1905 und 1906. Die Zahl der Parteiorganisationen stieg von 99 im Jahre 1904 auf 177 im Jahre 1905 und erreichte Ende 1906 die Höhe von 937. Die Zahl der Parteimitglieder stieg während derselben Zeit von 16 610 auf 85 027 (darunter 18 936 Frauen). Zur Partei gehörten Ende 1906 66 Bauernorganisationen und 457 Gewerkschaftsfilialen.

Die Einnahmen beliefen sich im Jahre 1906 auf 1 080 875 M., denen 928 760 M. Ausgaben gegenüberstanden, so daß das Rechnungsjahr mit einem Ueberschuß von 152 115 M. abgeschlossen werden konnte. Die Partei besitzt im ganzen Lande 129 Häuser, während ihr Mobiliarvermögen einen Wert von 1 052 986 M. besitzt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Die Genossen Dr. Weil und Schlegel von der „Fränkischen Tagespost“ wurden vom Schöffengericht zu Nürnberg wegen angeblicher Beleidigung des Reporters Mohr vom freisinnigen „Fränkischen Kurier“ zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Sie hatten den Mann, der die Sozialdemokratie und einzelne Personen der Arbeiterbewegung beständig in der niederträchtigsten Weise angriff und eine Spezialität aus der Rechtfertigung arbeiterfeindlicher Maßregeln machte, gebührend gekennzeichnet. Der Wahrheitsbeweis wurde vom Schöffengericht abgelehnt, da schon die Form beleidigend sei. Die verurteilten Genossen haben Berufung eingelegt.

Orts-Krankenkasse der Tischler, Spandau.

Donnerstag, den 23. Januar, abends 8½ Uhr, bei **Kumke**, Schönwalderstr. 80:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes, a) ein Arbeitgeber, b) zwei Arbeitnehmer. 3. Wahl einer Rechnungsprüfungskommission. 4. Verschiedenes. 270/7

Der Vorstand. Gottwalt, Vorsitzender.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bureau: Engel-Ufer 15 v. III, Zimmer 32. **Fernsprecher:** Amt 4 Nr. 2789.

Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr:

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung

in der „Alhambra", Wallnertheaterstraße 15.

Tages-Ordnung: 1. „Die sozialpolitischen Gesetzesvorlagen im Reichstag".
Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **Robert Schmidt**. 2. Diskussion. 254/1
Um zahlreichen Besuch der Mitglieder bittet Der Vorstand.

Gemeinsame Ortskrankenkasse für Dt.-Wilmersdorf und Umgegend.

Einladung.

Nach § 50 des Statuts ist eine Ergänzungswahl der Vertreter zur Generalversammlung erforderlich und zwar für die Wahlperiode bis 31. Dezember 1909.

Es sind von den Kassenmitglieder für ausgeschiedene Delegierte drei Vertreter zu wählen.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen **Kassenmitglieder**, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Sämtliche wahlberechtigten Kassenmitglieder werden zu einem zwecks Vornahme der Wahlen am

Mittwoch, den 22. Januar 1908
abends ½7 Uhr
im „Luisenpark", Wilhelmsaue 112

stattfindenden Termin hierdurch mit der Aufforderung eingeladen, zur Legitimation ihre Krankenkassenbücher mitzubringen.

Von den **Arbeitgebern** sind neun Vertreter zu wählen. Jeder Arbeitgeber, welcher Beiträge aus eigenen Mitteln an die Kasse zahlt, hat eine Stimme.

Sämtliche wahlberechtigten Arbeitgeber werden zu einem zwecks Vornahme der Wahlen

auf denselben Tag, abends ½8 Uhr,
in dem vorbezeichneten Lokale

anberaumten Termine hierdurch eingeladen.

Die Wahlen sind geheim und werden durch Stimmzettel je in einem Wahlgange in der Weise vorgenommen, daß der Stimmberechtigte soviel Namen auf einen Stimmzettel schreibt, wie Vertreter zu wählen sind.

Wilmersdorf bei Berlin, den 13. Januar 1908.

Der Vorstand
der gemeins. Ortskrankenkasse für Dt.-Wilmersdorf u. Umgegend
P. Hanuschke, Vorsitzender. **A. Kriedemann**, stellv. Schriftführer.

Hieran anschließend findet eine

Außerordentliche General-Versammlung

der Vertreter der Arbeitgeber und Kassenmitglieder statt.

Tages-Ordnung:
1. a) Ersatzwahl für das durch Amtsniederlegung ausgeschiedene Vorstandsmitglied Herrn August Hoffmann für die Wahlperiode bis 31. Dezember 1910.
   b) Ersatzwahl für das durch Amtsniederlegung ausscheidende Vorstandsmitglied Herrn Baumeister Hanuschke für die Wahlperiode bis 31. Dezember 1910.
   c) Ersatzwahl für das durch Amtsniederlegung ausgeschiedene Vorstandsmitglied Herrn Wilhelm Arndt für die Amtsdauer bis 31. Dezember 1908.
   d) Ersatzwahl für das durch Amtsniederlegung ausgeschiedene Vorstandsmitglied Herrn Otto Weiß für die Amtsdauer bis 31. Dezember 1909.
2. Verschiedenes. 270/8

Der Vorstand
P. Hanuschke, Vorsitzender. **A. Kriedemann**, stellv. Schriftführer.

Vereinigung der Fliesenleger und Hülfsarbeiter.

Ortsverein Berlin, Abteilung 1 und 2.
Donnerstag, 16. Januar, abends 8 Uhr, im „Neuen Klubhause", Kommandantenstr. 72:

Gemeinsame Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zu den nochmaligen Einigungsbestrebungen des Parteivorstandes. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Der wichtigen Tages-Ordnung halber darf kein Mitglied, Fliesenleger sowie Hülfsarbeiter dieser Versammlung fernbleiben.
Mitgliedsbuch legitimiert.
281/16 **Die Vorstände.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. **Verwaltungsstelle Berlin.** Charitéstraße 3. **Hauptbureau:** Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 16. Januar 1908, abends 6 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Ober-Schöneweide und Umgegend

im Lokale „Hasselwerder".

Tages-Ordnung:
1. Beratung über die von unserer letzten Generalversammlung noch nicht erledigten Paragraphen des neuen Ortsstatuts. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Bezirksleitung. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlreichen Besuch erwartet
110/11 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Maler.

Bureau: Melchiorstr. 23. **Filiale Berlin.** Fernspr.: Amt IV, 4767.
Donnerstag, den 16. Januar 1908, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Abrechnung vom 4. Quartal 1907. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes. 131/3
Mitgliedsbuch legitimiert. **Die Ortsverwaltung.**

Konsum-Verein für Tegel und Umgegend.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Götz, Tegel, Schloßstr. 7/8:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Einführung von Hausanteilscheinen. 3. Erwerbung eines Geschäftsanteils bei der Baugenossenschaft „Freie Scholle". 4. Vereinsangelegenheiten.
108/6 **Der Aufsichtsrat.**

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (Saal 4):

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über die Revidierung des Ortsstatuts.
2. Verbandsangelegenheiten. 23/2
Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Zahnärztliche Klinik

SW., Belle-Alliancestraße 106 I, gegenüber Warenhaus Jandorf, und **N., Brunnenstraße 185 I,** am Rosenthaler Tor.
Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Plomben w. d. Unkosten berechnet. — Geöffnet von 9—6 Uhr. Sonntags 9—12 Uhr. 14212*

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. +1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 1†

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre +1

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme Postkarte genügt. Brewer, Frankfurter Allee 101, Laden. 29706R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Steppdecken spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 29068R*

Winterpaletots. Anzügeverkauf, Uhrenverkauf, Goldsachen, Silbersachen spottbillig Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 828R*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Wäsche, Decken, Gardinen spottbillig Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 818R*

Nähmaschinen. Zahle hohe Vergütung. Hauptlager aller Fritter-Rohmann-Systeme Hruda, Rosenthalerstraße 19. †161*

Hygienische Bedarfsartikel, billigste Bezugsquelle. Drogerie Weinbergsweg 1. 358R*

Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Pfänderverkauf! Riesenauswahl. Winterpaletots. Herrenanzüge. Bettenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Teppichverkauf, Gardinenverkauf. *

Wenn man eine Wohnungs-Einrichtung oder einzelnes Möbelstück reell und preiswert kaufen will, so muß man hingehen nach Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor. Besichtigung in 5 Etagen! Große Auswahl! Komplette Einrichtung 200 Mark an! Kleiderschrank, geschnitzte Füllungen, 60 Mark! Jugendstil-Schränke, passende Vertikos, Trumeaus, große Auswahl! Bin billiger wie fast alle Möbelhändler! Verkauf nur Hof im Speicher und 5 Etagen! Einzelne Möbel 30 Prozent billiger! Ankleideschränke, Säulentrumeaus, Plüschsofas, Ausziehtische, Bettstellen, Chaiselongues, Schreibtische, Umbaue, Garnituren, Büfetts, Bücherschränke, Moderne Küchen, 65 Mark an! Transport und Aufbewahrung frei! Jetzt kaufen Sie am billigsten! Lothringerstraße 26, Hof, Speicher. *

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Silbern, Bilder, Teppiche, spottbillig Lucke, Oranienstraße 131. 24905*

10.00. Deckbett, Unterbett, Kissen, rotrosa Inlett. Pfandleihe Andreasstraße 38. 748R*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00, Pfandleihe Andreasstraße 38. 758R*

Bauerndeckbett. Unterbett, zwei Kissen 27,00, große Freischwinger, Regulatore 9,00 Pfandleihe Andreasstraße 38. Fahrgeld wird vergütet. *

Taubenbörse, Ober-Schöneweide Wilhelminenhofstraße 3. 268R*

Bettfedern, Gänsehalbdaunen, sehr volldaunig, ist die beste Bettenfüllung, Schönhauser Allee 57, Geflügelhandlung, Pohlmann. 448R*

Uhren, Gold- und Silbersachen kauft man gut und billig bei Adalbert Schiltz, Beusselstraße 26. 2841R

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Kinderwagen, Kinderbettstelle. Sommer, Wienerstraße 51. 2975b*

Restaurant wegen anderen Unternehmens billig zu verkaufen. Näheres beim Wirt, Lichtenberg, Kronprinzenstraße 8. †61*

Winterpaletots, Monatsanzüge wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10. 265/1*

Littauer-Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Wienerstraße 1—6, Warschauerstraße 67, Ackerstraße 111. 2516b

Monatsanzüge und Winterpaletots sowie Joppen von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Naz, Mulackstraße 14. 2518b*

Bilder, Spiegel ohne Anzahlung, Uhren, Steppdecken, Tischdecken, Portieren, Gardinen, Teppiche, Polsterwaren, Gaskronen, Herren-Konfektion, Teilzahlung von 0,50 pro Woche an, liefert Weber, Prenzlauerstraße 49. *

Gasbronzekronen!!! Gaszuglampen! 9,00. Gasuhren! 1½, Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32.

Plüschsofa 48, Kleiderspinden, furniert 38, Trumeau 27, ganze Einrichtungen spottbillig. Hirschowitz, Brunnenstraße 30. 2508b

Similiseidene Steppdecken 4,15 (Seidenersatz), Wollatlas-Steppdecken 5,85, Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1068R

Konkurrenzlos! Anzüge nach Maß mit Anprobe nach Inventur Serie I 38, Serie II 42, Serie III 45 Mark. Bluhm u. Co., Englische Herrenmoden, Friedrichstraße 212, I. Etage.

Plätterei zu verkaufen Manteuffelstraße 56. 2515b

Restauration mit vollem Schank, gutgehend, in größter Verkehrsstraße Berlins, neben Theater, ist wegen Krankheit preiswert zu verkaufen. Näheres P. W. 60 Postamt 48. 2512b

Grünkram- und Kolonialwarengeschäft mit Destillationsniederlage zu verkaufen Uferstraße 14d. †77

Seifengeschäft, gute Lage, Miete 54,00 inklusive zwei Zimmerwohnung billig zu verkaufen Schreinerstraße 13. 119R

Grünkramgeschäft mit Feuerung, gute Existenz, verkauft krankheitshalber. Zu erfragen bei Robert Scholz, Weidenweg 12, Hof I. †34

Mechaniker-Drehbank spottbillig sofort, 4—7. Erfragen Zeitungsstand Belle-Alliancestraße 11. 2528b

Kraustraße 50. Möbel, Spiegel, Polsterwaren spottbillig. Möbelspeicher Saalfeld. 2529b*

Ueberzählige Herrenanzüge, Herrenpaletots, nur hochfeinste Ausführung, ausverkauft Engrosfabrik einzeln zu Engrospreisen. Enorme Geldersparnis 2—4 geschlossen. Sonntagsverkauf 12—2. Neue Friedrichstraße 87, III. 292/14*

Anzüge, Paletots, zurückgebliebene Maßsachen nach Inventur für die Hälfte des sonstigen Wertes. Bluhm u. Co., Friedrichstraße 212 I. Kein Laden! 2510b

Teppichhaus Lefèvre, Oranienstraße 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extraliste gratis. 1098R*

Grünkramgeschäft umstandshalber zu verkaufen, Holländerrolle, 600. Sempf, Griebenowstraße 19.

Verschiedenes.

Eisholz, Komiker, Gropiusstraße 6. 2453b*

„Schmelzer". Beliebter Original-Volkshumorist, auch Gesellschaft, Stettinerstraße 57. †77

Die Beleidigung gegen Herrn Fischer seinen Sohn nehme ich zurück. Paul Domke, Dunckerstraße 14. †71

Lerne die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunstkopierei von Frau Rokoski Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Platina, Gold, Silber, Gebisse, Kebrgold, photographische Rückstände, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Goldschmelze Köpenickerstraße 29. Telephon IV, 6068. 100/17*

Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56. 2840R*

Wäsche wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet. Laken, Leibwäsche 10 Pfennig, 3 Handtücher, 4 Taschentücher 10 Pfennig. Abholung nach Wunsch. Frau Becher, Köpenick, Grünauerstraße 66. 988R*

Achtung! Allen Genossen, Kollegen, Freunden, Bekannten zur Nachricht, daß ich das Lokal von Wallburg, Kaiser Wilhelmstraße 18 N, neben den Musiksälen, übernommen habe. Vereinszimmer für 30 und 70 Personen zur Verfügung. Max Möckel.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Heimarbeit lehre Nähmaschinenkäufern umsonst. Frau Wallstab, Litthauerstraße 9. 2517b

Parteigenossen empfehle mein Lokal mit Vereinszimmer, 30 Personen fassend. Ernst Winnig, Nostitzstraße 9.

Vereinszimmer für 30—50 Personen, passend für Gewerkschaften, Vereine, ist zu vergeben. H. Cibrovius, Alexanderstraße 8. †44

300 Mark sofort zu leihen gesucht. Sicherheit Wirtschaft. „Hoffnung 67", Postamt 26. 2527b

Brocken sind abzuholen. †94

Vermietungen.

Laden, Stube, Küche 700 Mark, vermietet Eichbaum, Schöneberg, Hauptstraße 10.

Baurestauration Aschaffenburgerstraße 4 sofort zu vermieten. Großer Laden mit 2 Zimmern, Küche, Mädchen- und Hausdienerstube, zwei Klosetts, Pissoir. Gegenüber werden 2 große Bauten begonnen. Auskunft daselbst beim Portier oder Baumeister Schurig, Landshuterstraße 22. 2509b

Wohnungen.

Prächtige Zweizimmer-Balkonwohnungen billigst Soldinerstraße 32.

Wohnungen, billige, Balkon, Doppelfenster, Gas usw., zwei Zimmer, Küche (Bad), von 35 Mark an, ein Zimmer, Küche, Balkon, von 19 Mark an. Koloniestraße 30—31, Soldinerstraße 67—68. 2391b*

Pannierstraße 20, Rixdorf, schöne Ein- bis Dreizimmerwohnungen zum April, auch früher. 2450b*

Wohnung, 2 oder 3 Stuben mit Küche für April gesucht, als Privatmöbelverkauf. Fräulein Bölling, Kastanienallee 21, vorn I. Preisangabe. 2500b

Separatzimmer, zweifenstrig, 1—2 Herren, 12,00 inklusive, Weinstraße 13, Eingang Barnimstraße, III rechts. 2521b

Möbliertes Zimmer für 1, auch 2 Herren vermietet Langestraße 31, Frau Quandt. 2522b

Schlafstellen.

Schlafstelle, zwei Herren, sofort. Bieckocki, Romintenerstraße 9, Hof IV.

Schlafstelle (2 Herren) bei junger Frau. Eichert, Rixdorf, Karlsgartenstraße 19, vorn III. †57

Separate möblierte Schlafstelle (Vorderzimmer), Herrn oder Dame zu vermieten. Weber, Neue Hochstraße 26. †61

Möblierte Schlafstelle zu sofort oder später vermietet Frau Spude, Lichtenberg, Wagnerstraße 8. †5

Mietsgesuche.

Wagenstand gesucht, Nähe Schönhausertor, Lothringerstraße 26, Möbelgeschäft. 2519b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Zigarrenkistentischler gesucht zum Umarbeiten von Zigarrenkisten. Stellung dauernd. Bewerbungen mit Zeugnissen vormittags 10—1 Uhr bei J. Neumann, Kaiser Wilhelmstraße 38. 2531b

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Königstraße 56/57 I. 101/4*

Barock-Vergolderinnen Goldleistenfabrik, Rixdorf, Pflügerstraße 18.

Tüchtige Ausfertigerin, die auch Knopflöcher macht, bei hohem Lohn sucht Buchholz, Reinickendorferstraße 70. 2530b

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Schöneberg, Vorbergstraße 8, Laden. 100/7*

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Prinzenstraße 41, Keller. 100/8*

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Rykestraße 31, Laden. 100/9*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Zentrum:
Fritz Zinke, Mauerstr. 89.
A. Habnisch, Auguststr. 50.

Westen:
G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.

Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
R. Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 82.

Nordosten:
L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12.
J. Neul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Malchke, Ackerstr. 36.
F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Karl Mars, Lychenerstr. 123.
Karl Weiße, Nazarethkirchstr. 49.
L. Dechand, Aubeplatzstr. 34.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
W. Schrolle, Gotzkowskystr. 29.

Südwesten:
H. Werner, Gneisenaustr. 72.
H. Schröder, Hagelbergerstr. 27.

Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horich, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Seifel, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf:
M. Heinrich, Neckarstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Rummelsburg:
A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee:
K. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 39a.

Reinickendorf:
P. Gurich, Provinzstraße, Ecke Grünerweg.

Treptow: 245/2*
R. Gramenz, Kiefholzstr. 412.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.